

EUROPÄISCHE KOMMISSION

EUROBAROMETER

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Bericht Nr. 53

Veröffentlichung: Oktober 2000

Umfragen: April – Mai 2000

Generaldirektion für Bildung und Kultur
Rue de la Loi 200 (VM18 – 1/54)
B - 1049 Brussels

Telefon: (32.2) 296.54.50
Fax: (32.2) 299.45.77
E-mail: eurobarometer@cec.eu.int

Internet: <http://europa.eu.int/comm/dg10/epo/>

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet

Vorbemerkung

EUROBAROMETER-Meinungsumfragen ("Standard-Eurobarometer") werden im Auftrag der Generaldirektion für Bildung und Kultur der Europäischen Kommission seit dem Herbst 1973 jedes Frühjahr und jeden Herbst durchgeführt. Seit Herbst 1980 schließen sie Griechenland, seit Herbst 1985 Portugal und Spanien, seit Herbst 1990 die ehemalige DDR und seit dem Frühjahr 1995 Österreich, Finnland und Schweden ein.

Befragt wird ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren, dem ein für alle Mitgliedsländer gleichlautender Fragebogen vorgelegt wird. In der Regel umfasst die Stichprobe für die Standard-Eurobarometer-Umfrage 1000 Personen je Land; einzige Ausnahmen sind Luxemburg (600) und das Vereinigte Königreich (1000 in Großbritannien und 300 in Nordirland). Um die Integration der fünf neuen Länder in das vereinigte Deutschland und in die Europäische Union zu beobachten, werden seit dem Eurobarometer Nr. 34 in Deutschland jeweils 2000 Personen befragt: 1000 in West- und 1000 in Ostdeutschland.

Die Umfragen in den 15 Mitgliedsländern werden von nationalen Instituten durchgeführt, die dem "INRA (EUROPE) - European Coordination Office" angehören. Dieses Netz von Meinungsforschungsinstituten wurde über Ausschreibungen ausgewählt. Alle beteiligten Institute gehören der "European Society for Opinion and Marketing Research" (ESOMAR) an, deren Normen für sie verbindlich sind.

Die im Eurobarometer-Bericht enthaltenen Zahlen für die einzelnen Mitgliedsländer sind nach Geschlecht, Alter, Region und Ortsgröße gewichtet. Die Zahlen für die gesamte Europäische Union sind gemäß der Erwachsenenbevölkerung eines jeden Landes gewichtet. Wegen Auf- oder Abrundung summieren sich die Prozentwerte in den Tabellen nicht immer genau auf 100, sondern z.B. auf 99 oder 101. Wenn mehrere Antworten zugelassen sind, können die Prozentwerte auch deutlich über 100% hinausgehen. Die in den Schaubildern ausgewiesenen Prozentwerte können aufgrund der Verwendung bereits zuvor gerundeter Zahlen um 1% von den Zahlen in den Tabellen abweichen.

Der vorliegende Bericht wurde durch das Zentrum für den Bürger – Referat "Meinungsumfragen und –analysen" (EAC D/2; Referatsleitung: Harald Hartung) der Generaldirektion für Bildung und Kultur erstellt und ist für den Dienstgebrauch der Europäischen Kommission bestimmt.

Erhebungen der Eurobarometer-Serie

Die Europäische Kommission (Generaldirektion für Bildung und Kultur) veranstaltet allgemeine Meinungsumfragen sowie Befragungen spezieller Zielgruppen und qualitative Analysen (Gruppendiskussionen, Intensiv-Interviews) in allen Mitgliedstaaten und gelegentlich auch in Drittländern. Dabei werden vier verschiedene Erhebungsinstrumente eingesetzt:

- das traditionelle Standard-Eurobarometer mit seinem zweimal jährlich erscheinenden Bericht
- Telefon Flash EB, das auch für Befragungen bestimmter Zielgruppen eingesetzt wird (z.B. Spitzenentscheidungsträger)
- Qualitative Analysen (Fokusgruppen, Intensiv-Interviews)
- in Kürze: Eurobarometer Bewerberländer (Nachfolger von Eurobarometer Mittel- und Osteuropa)

Die persönlichen Befragungen im Rahmen des Standard-Eurobarometers und der künftigen Eurobarometer Bewerberländer sowie das Telefon Flash EB und die qualitativen Analysen dienen im Wesentlichen dazu, im Auftrag der verschiedenen Generaldirektionen und vergleichbarer Sonderdienste der Kommission Erhebungen durchzuführen.

Internet-Adresse für das Eurobarometer:
<http://europa.eu.int/comm/dg10/epo/>

SCHLAGZEILEN

Dieser Eurobarometer Bericht 53 veranschaulicht die öffentliche Meinung in Bezug auf die Europäische Union während des ersten Halbjahres 2000. Die wesentlichsten Ergebnisse sind:

Unterstützung und Vorteile der EU-Mitgliedschaft

- Fast die Hälfte (49%) der Europäer unterstützen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes. Dies ist ein bisschen weniger als im Herbst 1999 (-2). 47% der EU-Bürger sind der Ansicht, dass ihr Land aus der EU-Mitgliedschaft Vorteile zieht (+1).

Image der Europäischen Union

- Mehr als 4 von 10 Europäern haben ein positives Image von der Europäischen Union (43%), nur 18% denken negativ über sie.

Vertrauen in die EU-Institutionen

- Unter den neun Institutionen wird weiterhin dem Europäischen Parlament das größte Vertrauen geschenkt (52%, -1). Seit Herbst 1999 ist das Vertrauen in die Europäische Kommission in 10 Mitgliedstaaten gestiegen. Nur in 4 Ländern hat sich das Vertrauen verringert.

Unterstützung der EU-Verfassung

- Mit 70% gibt es eine weitverbreitete Unterstützung der Europäer für eine EU-Verfassung, während nur 6% gegen dieses Konzept sind. Zu diesem Thema wurde in allen 15 Mitgliedstaaten die Unterstützung der Mehrheit der Öffentlichkeit erhalten.

Zufriedenheit mit der EU-Demokratie

- Im Vergleich zum Herbst 1999 sind jetzt mehr Europäer mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden. Die wesentlichsten Steigerungen sind in Griechenland (+18), Luxemburg (+12), Belgien und Frankreich (beide +11) bemerkbar. Im Schnitt sind 43% der Europäer zufrieden (+3).

Die einheitliche Währung, der Euro

- Fast 6 von 10 Bürgern unterstützen die einheitliche Währung, während sich 33% dagegen aussprechen. Mit dem Eintritt Griechenlands in die sogenannte Euro-Zone im Jahr 2001, scheint die Unterstützung in Griechenland dieselbe wie in den anderen "EURO 11" Ländern und viel größer als in den anderen drei "Pre-in" Ländern zu sein.
- Der Durchschnitt der Europäer, die sich über den Euro als informiert betrachten, ist im Steigen. 46% meinen, sie sind sehr gut oder gut darüber informiert, im Vergleich zu 42% im Herbst 1999. Als die Frage zum ersten Mal im Herbst 1996 gestellt wurde, betrachteten sich nur 21% der Europäer als gut informiert.

Erweiterung

- Die Reform der EU-Institutionen, die auch das Grundthema der jetzigen Intergouvernementalen Konferenz ist und welche den Erweiterungsprozess vorbereitet, wird von 50% der Europäer als Priorität betrachtet.
- Die Öffentlichkeit steht der Erweiterung weiterhin unentschieden gegenüber und bezeichnet sie (noch) nicht als eine Priorität (27%). Bezüglich der Aufnahme der 13 neuen EU-Bewerberländer variiert die Unterstützung von 30% für die Türkei bis 50% für Malta.
- Für die Zeit nach der Erweiterung tendieren die Europäer bezüglich der EU-Beschlüsse eher zu einem mehrheitlichen (45%) als zu einem einstimmigen Prinzip (38%).

Das Europäische Parlament

- Im Laufe der Jahre glauben die Europäer immer mehr an die bedeutende Rolle des Europäischen Parlaments in der Europäischen Union. Heute haben 62% diese Ansicht, im Vergleich zu nur 47% im Herbst 1997. Die Menschen wünschen sich eine noch bedeutendere Rolle für das Europäische Parlament (43% gegenüber 38% im Herbst 1997).
- 47% der EU-Bevölkerung möchten, dass das Europäische Parlament der Beschäftigungslage eine besondere Aufmerksamkeit schenkt. 36% denken, dass der Kampf gegen Drogen und Kriminalität eine Priorität sein sollte und 28% empfinden dies für Umweltangelegenheiten und Verbraucherschutz.

Massenmedien und Information über die Europäische Union

- Die Öffentlichkeit wird über die EU hauptsächlich durch Nachrichtensendungen informiert, wobei das Fernsehen die beliebteste Informationsquelle bleibt. Trotzdem ist ein bedeutender Prozentsatz der Menschen der Ansicht, dass das Fernsehen (31%), der Rundfunk (28%), die Tageszeitungen (25%) nicht genügend über EU-Angelegenheiten berichten. Wenig überraschend ist, dass nur 26% der EU-Bürger glauben, sie wissen (ziemlich) viel über die Europäische Union. 50% der EU-Bürger teilen die Ansicht, dass EU-Angelegenheiten gut verbreitet werden.

Die gewünschte Rolle der Europäischen Union in 5 Jahren

- In 5 Jahren wünschen 44% der Europäer eine bedeutendere, 27% eine ähnliche und nur 14% eine weniger bedeutende Rolle der Europäischen Union.

Überblick über das Leben

- Im Gegensatz zum Herbst 1999 sind die Menschen weniger zufrieden mit ihrem Leben (77% gegenüber 82%). Trotzdem sind deren Erwartungen optimistisch, mit 41%, die in den nächsten 5 Jahren eine Verbesserung ihrer persönlichen Situation erwarten und nur 9% die sagen, es wird sich verschlechtern.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Einleitung

1.	Zufriedenheit mit dem Leben	1
1.1.	Die Entwicklung im Laufe der Zeit und Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten.....	1
1.2.	Erfahrungen der Bürger in den vergangenen 5 Jahren	3
1.3.	Erwartungen der Bürger in den kommenden 5 Jahren.....	5
2.	Einstellungen gegenüber der Europäische Union im Jahr 2000.....	7
2.1.	Unterstützung der EU-Mitgliedschaft	7
2.2.	Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft.....	9
2.3.	Image der Europäischen Union	26
2.4.	Geschwindigkeit der europäischen Integration	29
2.5.	Institutionen und Körperschaften der EU	31
2.6.	Unterstützung der EU-Verfassung.....	36
2.7.	Die erwartete und gewünschte Rolle der EU in 5 Jahren	37
3.	Unterstützung der derzeitigen Politik.....	40
3.1.	Die Unterstützung der Beschlussfassung auf europäischer Ebene	40
3.2.	Die Unterstützung der EU-Prioritäten	42
3.3.	Unterstützung der wichtigsten Aspekte.....	43
3.4.	Unterstützung der einheitlichen Währung.....	45
3.5.	Information über die einheitliche Währung.....	50
3.6.	Unterstützung der Erweiterung.....	54
4.	Das Europäische Parlament	58
4.1.	Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments durch die Medien.....	58
4.2.	Die empfundene und die gewünschte Bedeutung des Europäischen Parlaments	60
4.3.	Die Interessen der Bürger	61
5.	Informationsquellen und Wissensstand der EU-Bürger.....	66
5.1.	Informationsquellen über die EU	66
5.2.	Die Berichterstattung der Medien über EU-Angelegenheiten	67
5.3.	Beurteilung des eigenen Kenntnisstandes über die EU	74
5.4.	Bekanntheitsgrad der EU-Institutionen und Körperschaften.....	76
5.5.	Bekanntheitsgrad und Bedeutung der Ratspräsidentschaft.....	79
6.	Demokratie und Staatsbürgerschaft.....	80
6.1.	Zufriedenheit mit der Demokratie	80
6.2.	Europäische und nationale Identität	81
7.	Andere Dimensionen der Europäischen Union	84
7.1.	Das Internet.....	84
7.2.	Etiketten auf Lebensmitteln	87
7.3.	Einstellung zu Menschen mit anderer Nationalität, Rasse oder Religion	88

Inhaltsverzeichnis - Anhänge

Seite

A.	Listen	
A.1.	Auflistung der Schaubilder	A.1
A.2.	Auflistung der Tabellen	A.5
A.3.	Deutscher Text der in den Tabellen verwendeten Fragen und Antwortkategorien	A.8
A.4.	Erklärung der Tabellenüberschriften.....	A.22
B.	Tabellen	B.1
C.	Technische Spezifikationen	
C.1.	Beteiligte Institute und Ansprechpartner	C.1
C.2.	Regionale Verwaltungseinheiten	C.2
C.3.	Stichprobenspezifikationen	C.3
C.4.	Definition und gewichtete Verteilung der soziodemographischen Variablen	C.6
D.	Eurobarometer-Umfragen zu Meinungen der Europäer	D.1

BERICHT

Einleitung

Dieser erste Bericht des Jahres 2000 stellt die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfragen vor, die vom 5. April bis 23. Mai in sämtlichen Mitgliedstaaten durchgeführt wurden. Der 53er Bericht wurde in der Absicht erstellt, den Lesern einen Überblick über die Einstellungen der europäischen Bürger bezogen auf die Europäische Union, deren Politik und Institutionen sowie auf andere verwandte Themen zu geben.

Der Bericht beginnt mit der Überprüfung der **allgemeinen Zufriedenheit der EU-Bürger** am Anfang des Jahres 2000 und berücksichtigt darüber hinaus die Entwicklung der Zufriedenheit seit 1973. Innerhalb dieses Kapitels wird auch auf die Einschätzungen der Menschen über ihren heutigen **Lebensstand** im Vergleich zu dem vor 5 Jahren und auf deren Erwartungen in 5 Jahren eingegangen.

Kapitel 2 analysiert die **langfristige Entwicklung der öffentlichen Meinung** in Bezug auf die Europäische Union. Hier werden Standardindikatoren wie die **Unterstützung der EU-Mitgliedschaft, die dank der EU-Mitgliedschaft wahrgenommenen Vorteile, die gewünschte und wahrgenommene Schnelligkeit der europäischen Integration** sowie neue Indikatoren der Unterstützung vorgestellt. Auch die **Rolle der neun ausgewählten Institutionen und Körperschaften der EU** und das **Vertrauen in diese neun EU-Institutionen und -Körperschaften** wird behandelt. Zum Schluss werden die Ergebnisse langjähriger Trendfragen vorgestellt, die die **erwartete und gewünschte Rolle der EU in 5 Jahren** untersuchen.

Schwerpunkt in Kapitel 3 ist die Zustimmung zu einer Reihe von **aktuellen politischen Angelegenheiten der EU**. Am Anfang wird auf das Ausmaß des Vorzugs der Bürger bezüglich der **gemeinsamen EU-Beschlussfassung** im Gegensatz zur **nationalen Beschlussfassung** eingegangen. Ferner wird überprüft, inwieweit die **Bevölkerung die aktuellen Tätigkeiten der EU als Prioritäten betrachtet**, und es wird auf den **Unterstützungsgrad einer Reihe von aktuellen politischen Fragen** eingegangen. Zwei von diesen, die einheitliche Währung, der Euro, und die Erweiterung sind Gegenstand einer eingehenden Analyse.

Kapitel 4 befasst sich mit der Einstellung zum **Europäischen Parlament** und gibt Auskunft über dessen **empfundene und gewünschte Bedeutung**. Das Kapitel analysiert die **Kapazität des Europäischen Parlaments, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten** und erörtert die von der Öffentlichkeit als vorrangig betrachteten Aktionsbereiche des Europäischen Parlaments.

Das 5. Kapitel stellt die **Bewertung des Umfangs der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten durch die Medien** vor. Auch die **am häufigsten verwendeten Quellen der Vermittlung von Informationen über die EU** und die **bevorzugten Informationsquellen der Öffentlichkeit** werden umfasst. Das Kapitel enthält eine **subjektive Beurteilung der Kenntnisse über die Europäische Union** und betrachtet den **Bekanntheitsgrad der neun Institutionen und Körperschaften der Europäischen Union**. Der Abschnitt endet mit einem kurzen Blick auf den Bekanntheitsgrad der **Präsidentschaft im Ministerrat** im Frühjahr 2000.

Kapitel 6 trägt die Überschrift **Demokratie und Bürgerschaft** und handelt vom Ausmaß der **Zufriedenheit der Öffentlichkeit mit der Funktionsweise der Demokratie im eigenen Land und in der Europäischen Union**. Das Kapitel betrifft auch die Ansichten der Bürger, inwieweit sie sich am Anfang des Jahres 2000 **„als Europäer fühlten“**.

Der Bericht endet mit einer Betrachtung **anderer Dimensionen des Lebens in der Europäischen Union**. Genauer gesagt untersucht das Kapitel die Anwendung des **Internets** durch die EU-Bürger und generell, wie viele Menschen eigentlich Zugang zum Internet haben. Ebenfalls präsentiert werden einige Ergebnisse betreffend der **Etikettierung von Lebensmitteln** und den Abschluss bilden Auffassungen der Menschen in Verbindung mit einer Reihe von Fragen über die **Ausländerfeindlichkeit**.

Wir möchten allen Bürgern der Europäischen Union danken, die im Laufe der Jahre an den Erhebungen teilgenommen haben. Ohne ihre Teilnahme hätte dieser Bericht nicht erarbeitet werden können.

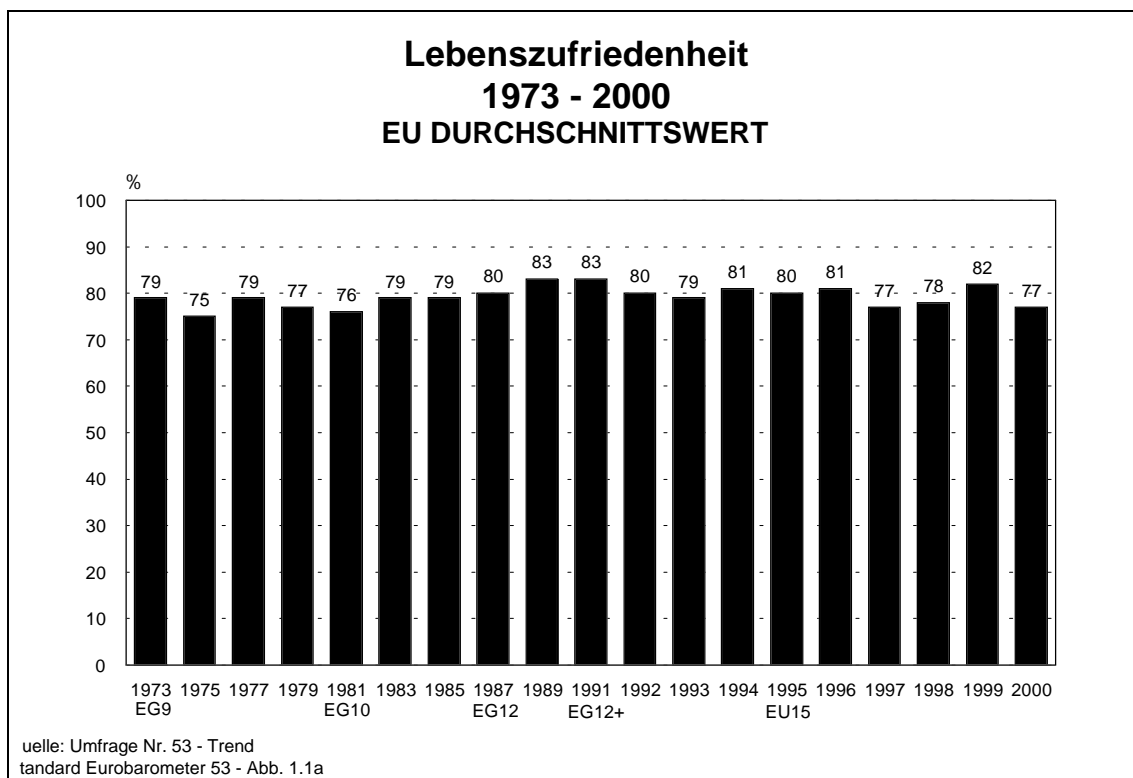
1. Zufriedenheit mit dem Leben

In diesem Kapitel betrachten wir, inwieweit die Bürger der Europäischen Union am Anfang des Jahres 2000 zufrieden waren. Da diese Frage seit Beginn des Eurobarometers im Jahr 1973 regelmäßig gestellt wurde, kann man beobachten, wie sich der Grad der Zufriedenheit im Laufe der letzten 27 Jahre entwickelt hat. Außerdem wird untersucht, in welchem Ausmaß die Menschen fühlen, dass sich ihre jetzige Situation im Vergleich zu der vor 5 Jahre verbessert hat, gleich geblieben ist oder verschlechtert hat, und deren Erwartungen für die kommenden 5 Jahre.

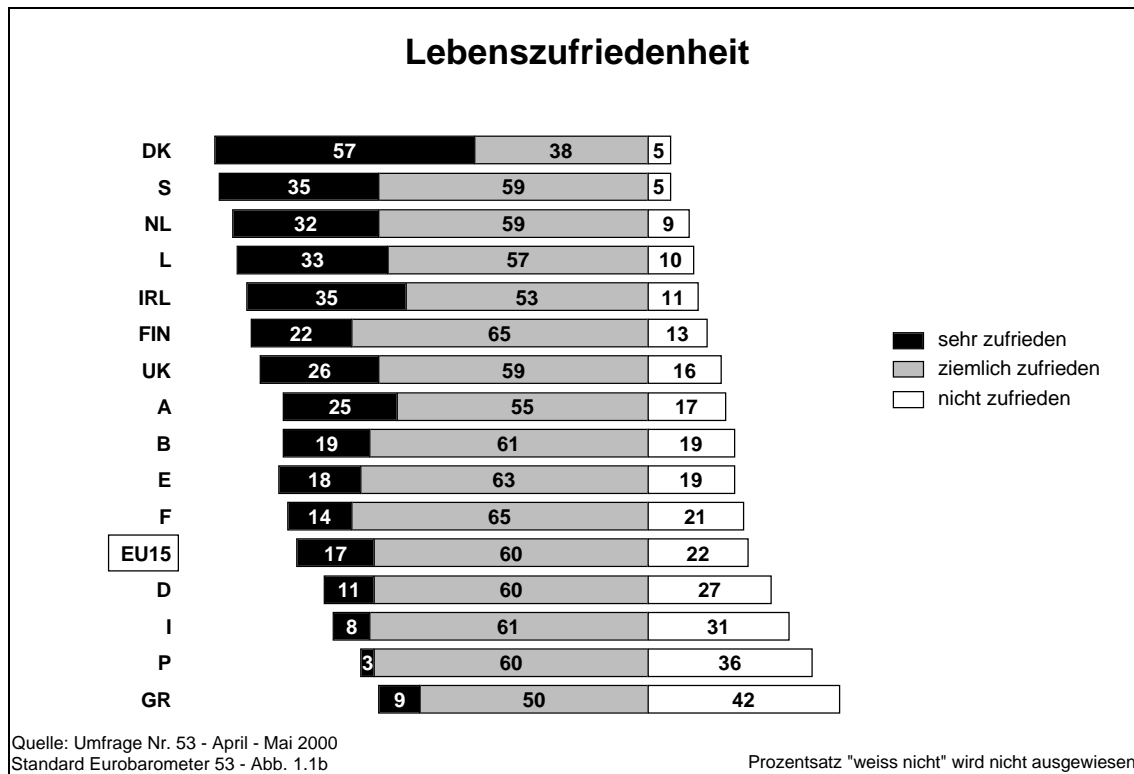
1.1. Die Entwicklung im Laufe der Zeit und Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten

Die Frage nach der Zufriedenheit ist ein zusammengefasster Maßstab dafür, wie zufrieden die Menschen mit allen zu ihrem Leben gehörenden Aspekten sind - von ihrem persönlichen Glück, ihrer Gesundheit, ihrer familiären und wirtschaftlichen Situation bis zu ihrer Sicht der Gesellschaft im Allgemeinen.

Seit die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, ist der Grad der Zufriedenheit der EU-Bürger immer hoch gewesen. Im Durchschnitt gaben mindestens 75% der Befragten eine positive Beurteilung ihres Lebens ab. Dennoch weist das Diagramm einige Schwankungen im Laufe der Zeit auf. Überraschenderweise fühlen sich die EU-Bürger heute weniger zufrieden (77%) als im Herbst 1999 (82%).



Das folgende Schaubild zeigt die großen Schwankungen der Zufriedenheitsebene zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten.



Dänemark ist das einzige Land, in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung sehr zufrieden ist (57%) mit weiteren 38% der Bürger, die ziemlich zufrieden sind. Andere Länder, in denen wenigstens 9 von 10 Menschen mit ihrem Leben zufrieden sind, wären Schweden (94%), die Niederlande (91%) und Luxemburg (90%). Der niedrigste Grad der Zufriedenheit wurde in Griechenland (59%), Portugal (63%) und Italien (69%) bemerkt.

Wie schon früher erwähnt, ist der Grad der Zufriedenheit im Frühjahr 2000 im Vergleich zum Herbst 1999 um 5 Prozentpunkte gefallen. Dennoch, mit der Ausnahme von Deutschland (-11) und Italien (-9), ist der Grad der Zufriedenheit in den anderen Ländern nicht bedeutend abgefallen. (Tabelle 1.1a)

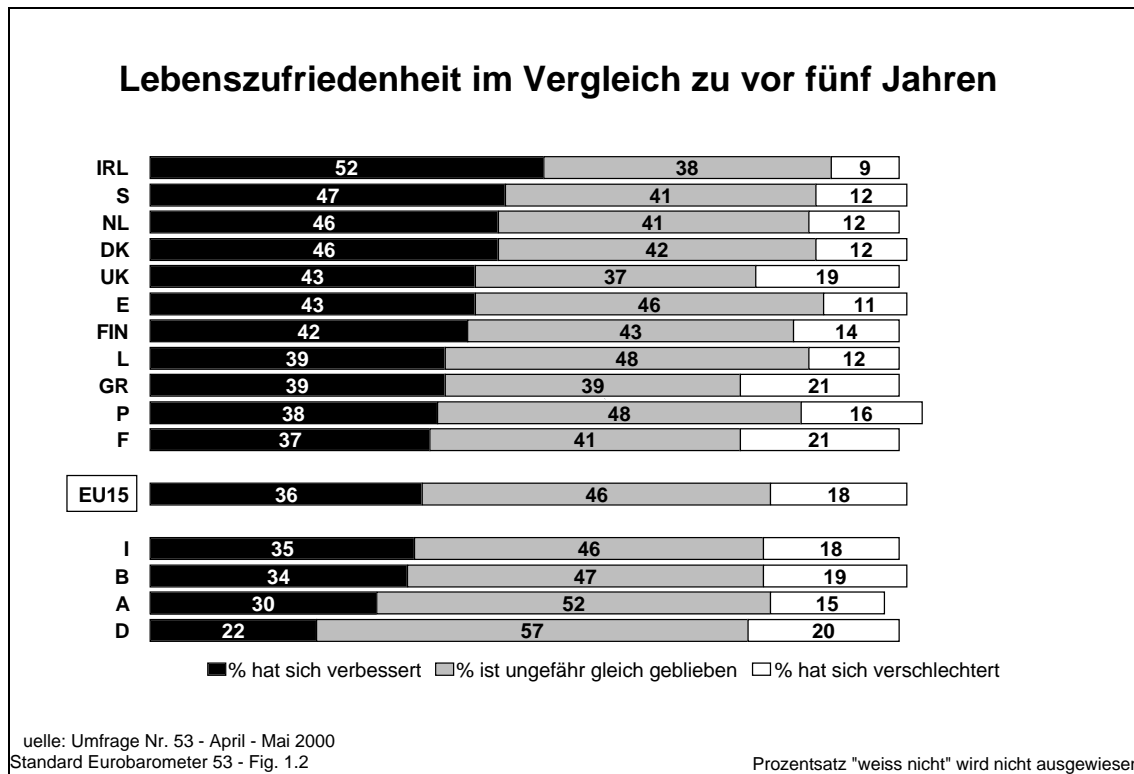
Die demographische Analyse weist keine bedeutenden Unterschiede zwischen Männern und Frauen und nur sehr wenige Unterschiede unter den 4 Altersgruppen (im Alter von 15 bis 24, 25 bis 39, 40 bis 54 und 55 und mehr) auf. Bedeutende Unterschiede findet man zwischen den verschiedenen soziodemographischen Gruppen der Bevölkerung, mit einem Grad der Zufriedenheit von 56% der Arbeitslosen bis 84% der Führungskräfte. Die Ausbildung ist auch ein guter Indikator für die Zufriedenheit der Befragten mit ihrem Leben. Studenten (86%) oder Personen, die bis zum Alter von 20 (83%) oder länger in der Ausbildung verblieben sind, fühlen sich eher zufrieden als Personen, die die Schule im Alter von 15 oder jünger (71%) oder im Alter von 16 bis 19 (76%) verlassen haben¹.

Letztendlich zeigen die Analysen, dass der Anteil der Europäer (84%), die die Mitgliedschaft ihres Landes zur Europäischen Union unterstützen, eher zufrieden ist als der, der die Mitgliedschaft nicht gutheißt (67%). (Tabelle 1.1b)

¹ Anhang C.4 enthält weitere Erklärungen über die Kodierung der demographischen Variablen.

1.2. Erfahrungen der Bürger in den vergangenen 5 Jahren

Das folgende Schaubild zeigt, dass 36% der EU-Bürger eine Verbesserung, 46% eine Beständigkeit und nur 18% eine Verschlechterung ihrer aktuellen Situation im Vergleich zu der vor 5 Jahren betrachten.



Wie man sehen kann, gibt es einen großen Meinungsunterschied zwischen den Bevölkerungen der 15 Mitgliedstaaten. Mit 52% glauben die Iren am ehesten, dass ihre heutige Situation besser ist. In Schweden, den Niederlanden und Dänemark teilen fast die Hälfte der Menschen diese Ansicht. In Deutschland fühlen nur 22% der Bürger, dass sich ihre Situation verbessert hat, jedoch setzt das keine Verschlechterung ihrer Situation voraus. Eigentlich denken die Deutschen (57%), gefolgt von den Österreichern (52%) eher, dass ihr Lebensstand genauso wie vor 5 Jahren geblieben ist. Der Anteil der Europäer, die glauben, dass sich ihr Leben verschlechtert hat, ist recht gering und geht von 9% in Irland bis 21% in Griechenland und Frankreich.

Das Eurobarometer 47.1 (Frühjahr 1997) schätzte auch die Ansicht der Menschen über ihre persönliche Situation in den vorhergehenden 5 Jahren ab. Aus dem Vergleich mit dieser Befragung ergibt sich, dass die Menschen die Vergangenheit günstiger ansehen. In mehreren Ländern berichten die Bürger eher von einer Verbesserung ihres Lebens. Das wären Belgien, Spanien (beide +9), Frankreich (+8), Finnland, Schweden (beide +6), und Irland (+4). Dänemark ist das einzige Land, in dem eine geringfügige Steigerung des Anteils der Menschen (+3) zu betrachten ist, die fühlen, dass sich ihre persönliche Situation verschlechtert hat. (Tabelle 1.2a)

Auf einer demographischen Ebene findet man erwartungsgemäß, dass junge Leute am ehesten glauben, dass ihre aktuelle Situation im Vergleich zu der vor 5 Jahren besser ist (53% gegenüber nur 17% der Rentner) und, dass Arbeitslose am meisten fühlen, dass sich ihre heutige Situation verschlechtert hat (32%).

Die folgende Tabelle weist auf die enge Korrelation zwischen der Lebenszufriedenheit und den Empfindungen der Bürger über ihre aktuelle Situation verglichen mit der vor 5 Jahren hin.

Beziehung zwischen der Lebenszufriedenheit und den Empfindungen der Bürger über ihre aktuelle Situation verglichen mit der vor 5 Jahren		
die aktuelle Situation im Vergleich zu der vor 5 Jahren:	Empfindungen über das Leben im Allgemeinen:	
	Zufrieden	Nicht zufrieden
	%	%
Hat sich verbessert	42	15
Ist unverändert geblieben	48	38
Hat sich verschlechtert	9	47
Weiß nicht	1	1
<i>Total</i>	100	101

Zum Schluss zeigt die Analyse der allgemeinen Einstellungen, dass der Anteil der Befragten, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache halten, viel eher fühlt, dass sich seine persönliche Situation im Vergleich zu der vor 5 Jahren verbessert hat (43%), als die Bürger, die die Mitgliedschaft ihres Landes nicht gutheißen (27%). In der letzten Gruppe glauben 29%, dass sich ihre persönliche Situation verschlechtert hat. (Tabelle 1.2.b)

In der Fortsetzung sehen wir, inwieweit die Menschen irgendeine der folgenden Situationen während der letzten 5 Jahren erlebt haben:

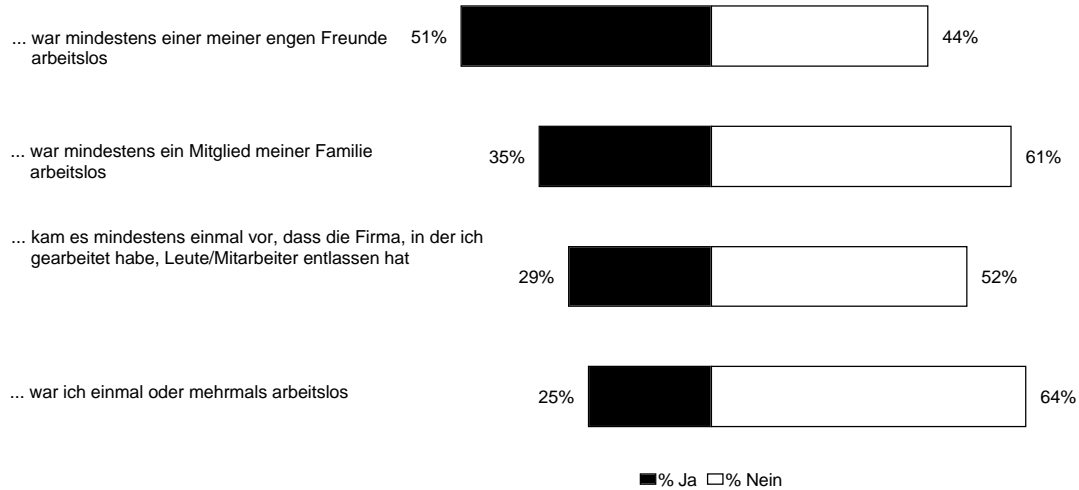
- ist einmal oder mehrmals arbeitslos gewesen
- mindestens ein Mitglied der Familie war arbeitslos
- mindestens ein enger Freund war arbeitslos
- es kam wenigstens einmal vor, dass die Firma Mitarbeiter entlassen hat

Die folgende Tabelle zeigt, dass die Menschen, die mit ihrem Leben zufrieden sind, wahrscheinlich weniger Erfahrungen dieser Art erlebten, als die unzufriedenen Menschen.

Beziehung zwischen der Lebenszufriedenheit und den persönlichen Erlebnissen während der letzten 5 Jahre		
Erlebnis:	Empfindungen über das Leben im Allgemeinen:	
	Zufrieden	Nicht zufrieden
	%	%
Ist arbeitslos gewesen	22	35
Die Firma hat Mitarbeiter entlassen	27	35
Ein Mitglied der Familie ist arbeitslos gewesen	33	44
Ein enger Freund ist arbeitslos gewesen	49	61

Die Ergebnisse bezüglich der Bevölkerung im Allgemeinen weisen darauf hin, dass 51% der EU-Bürger mindestens einen engen Freund haben, der arbeitslos war, 35% mindestens ein Mitglied der Familie haben, das arbeitslos war, 29% arbeiteten in einer Firma, in der Mitarbeiter entlassen wurden, und 25% waren selbst arbeitslos.

Während der letzten fünf Jahre ... (EU15)



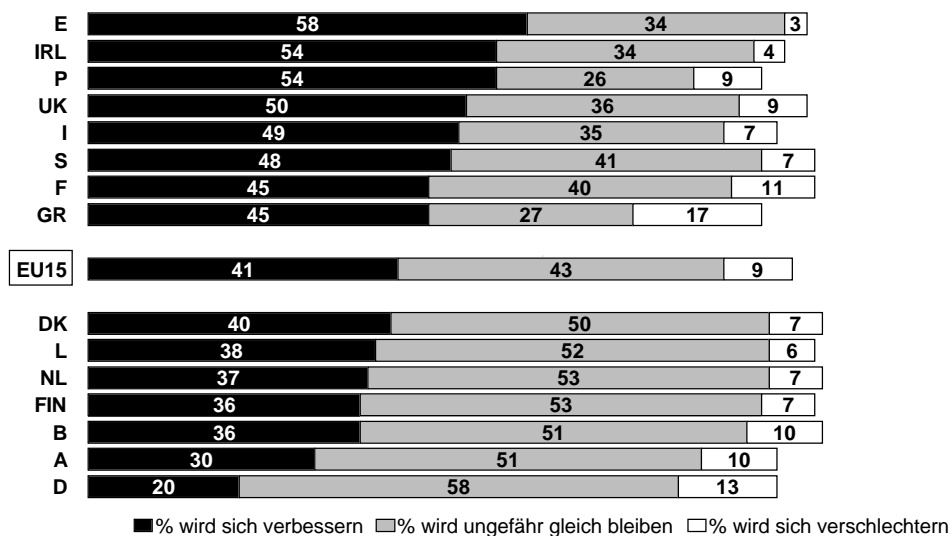
Quelle: Umfrage Nr. 53 - April - Mai 2000
Standard Eurobarometer 53 - Fig. 1.3

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

1.3. Erwartungen der Bürger in den kommenden 5 Jahren

Im Allgemeinen haben die EU-Bürger positive Erwartungen über ihre persönliche Situation in den kommenden 5 Jahren. Wie das folgende Schaubild zeigt, glauben 41%, dass es besser wird, nur 9% denken, es wird schlechter werden. 43% der EU-Bevölkerung glauben, dass ihre persönliche Situation gleich bleiben wird.

Lebenszufriedenheit in den nächsten fünf Jahren



Quelle: Umfrage Nr. 53 - April - Mai 2000
Standard Eurobarometer 53 - Fig. 1.4

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

In Betrachtung der einzelnen Ländern zeigt sich, dass die Menschen in Spanien am ehesten glauben, dass ihre persönliche Situation in den nächsten 5 Jahren besser sein wird (58%), danach folgen die Menschen in Irland und Portugal (beide 54%). Noch mal finden wir, dass die Deutschen am wenigsten denken, dass sich ihre Situation verbessern wird (20%) und am ehesten glauben, dass sie genauso bleiben wird (58%). Im Allgemeinen glauben nur sehr wenige EU-Bürger, dass sich ihre Situation verschlechtern wird. Der Anteil der Menschen, die diese Ansicht teilen, variiert von 3% in Spanien bis 17% in Griechenland.

Im Gegensatz zum Frühjahr 1997 zeigen die Ergebnisse, dass die Bürger jetzt eher optimistisch über ihre Zukunft denken. Die bedeutendste Erhöhung des Anteils der Menschen, die glauben, ihre persönliche Situation wird sich verbessern, wurde in Belgien (+10), dann in Griechenland, Frankreich (beide +8), Schweden (+7), Deutschland und Spanien (beide +5) gemessen. (Tabelle 1.4a)

Die demographische Analyse bezeugt, dass das Alter betreffend der Empfindungen der Menschen ihrer Zukunft gegenüber sehr aufschlussreich ist. Studenten und junge Leute im Allgemeinen (71% beziehungsweise 66%) drücken ihren Optimismus aus, jedoch ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Rentner diese Einstellung auch teilen (16%). Der größte Anteil der Rentner denkt, dass ihre Situation genauso bleiben wird (59%), eher glaubt diese Altersgruppe, dass sich ihre persönliche Situation in den nächsten 5 Jahren verschlechtern wird (17%).

Die folgende Tabelle zeigt die Beziehung zwischen der Lebenszufriedenheit der Menschen und deren Erwartungen über ihre persönliche Situation in 5 Jahren.

Das Verhältnis zwischen der Lebenszufriedenheit und den Erwartungen über die persönliche Situation in 5 Jahren		
Persönliche Situation in 5 Jahren:	Einstellungen über das Leben im Allgemeinen:	
	Zufrieden	Nicht zufrieden
	%	%
Verbessert	44	34
Gleich geblieben	45	34
Verschlechtert	6	22
(Weiß nicht)	5	10
<i>Total</i>	100	100

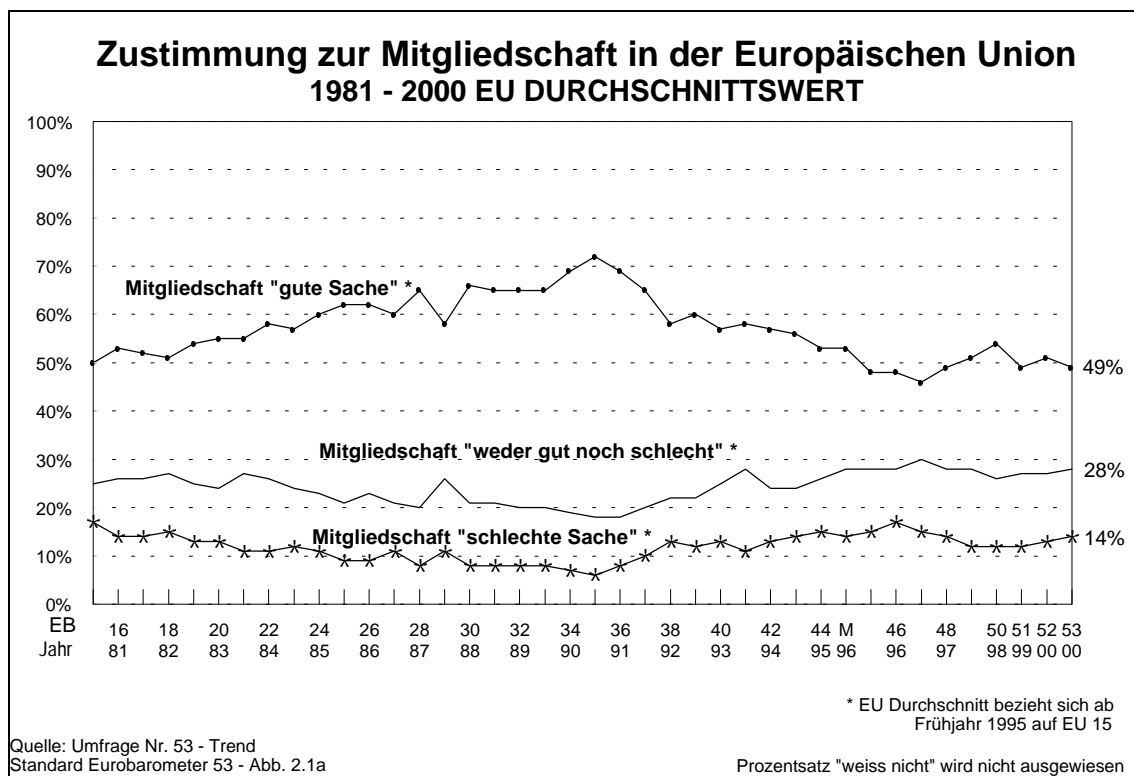
Wieder entdecken wir, dass die Menschen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes gutheißen, viel eher fühlen, dass sich ihr Lebensstand verbessern wird (49%), verglichen mit denjenigen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine schlechte Sache halten (32%). (Tabelle 1.4b)

2. Einstellungen gegenüber der Europäischen Union im Jahr 2000

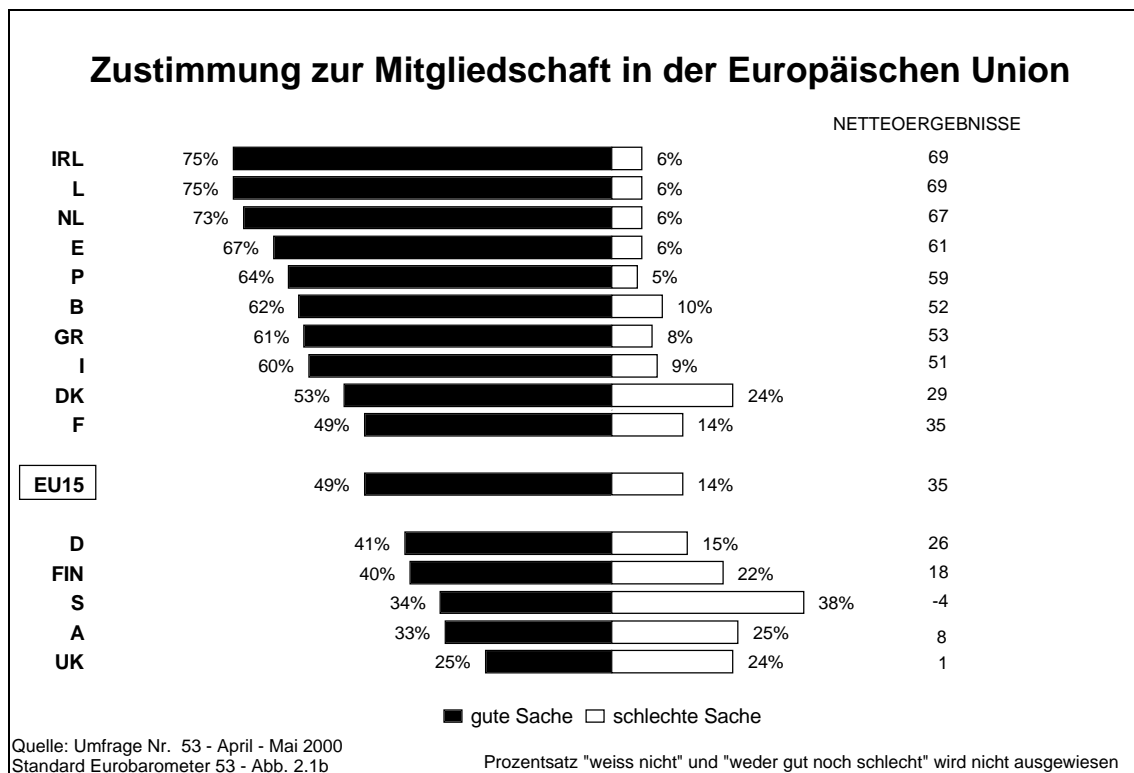
Dieses Kapitel betrifft die Entwicklung einiger Standardindikatoren der Unterstützung der Europäischen Union. Wir stellen auch die Ergebnisse in Bezug auf mehrere Fragen, die die öffentliche Meinung über die Europäische Union abschätzen, vor.

2.1. Unterstützung der EU-Mitgliedschaft

Im Frühjahr 2000 halten 49% der Europäer die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache. Dieser Wert ist ein bisschen niedriger als der vom Herbst 1999 (51%). Dennoch bleibt der Anteil der Menschen, die die EU-Mitgliedschaft ablehnen weiterhin niedrig, mit nur 14% der Menschen, die dieser Ansicht sind.



Nach dem absoluten Spitzenwert von 72% im Frühjahr 1991 ging die Unterstützung der Öffentlichkeit für die Europäische Union Mitte der 90er Jahre zurück und erreichte im Frühjahr 1997 einen Tiefpunkt von 46%. Der Golfkrieg, die Wirtschaftskrise und die damit verbundenen hohen Arbeitslosenquoten, die Diskussion über den Vertrag von Maastricht, der Krieg in Jugoslawien, der Beitritt von drei Ländern, die der EU eher skeptisch gegenüber stehen und die BSE-Krise sind nur einige Gründe für dieses niedrige Vertrauensniveau. Bis zum Herbst 1998 ist die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft stetig gestiegen. Dennoch, der Rücktritt der Santer-Kommission am 15. März 1999 führte zu einer Senkung der Zustimmung von 54% im Herbst 1998 bis 49% im Frühjahr 1999. Seither hat sich das Unterstützungsniveau für die EU-Mitgliedschaft um etwa 50% völlig stabilisiert. Jedoch lehnen die Menschen, gemäß der Statistik, die EU-Mitgliedschaft ihres Landes nach dem Rücktritt der Kommission nicht mehr ab. (Siehe auch Schaubilder zu den einzelnen Ländern, Abb. 2.4a-o)



Das Schaubild oben zeigt, dass in Irland und Luxemburg 3 von 4 Menschen der EU-Mitgliedschaft ihres Landes zustimmen, mit ungefähr dem gleichen Grad der Unterstützung wie in den Niederlanden (73%). In Spanien unterstützen 2 von 3 Menschen die EU, direkt danach kommen Portugal (64%), Belgien (62%), Griechenland (61%) und Italien (60%). In Dänemark befürworten 53% der Öffentlichkeit die EU-Mitgliedschaft, obwohl der Anteil der Gegner (24%) deutlich über dem Durchschnitt liegt. Wie gewohnt ist die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft im Vereinigten Königreich (25%) am niedrigsten, wobei in Schweden die höchsten Ablehnungsraten registriert wurden (38%).

Die Trendanalyse weist darauf hin, dass Belgien der einzige Mitgliedstaat ist, in dem die Öffentlichkeit weitaus günstiger ist als im Herbst 1999 (+8). Dabei ist der Anteil der belgischen Bürger, die sich gegen die Mitgliedschaft ihres Landes aussprechen, auch gestiegen (+4). In vielen anderen Ländern hat sich die öffentliche Meinung weder verbessert noch verschlechtert. Diese wären Spanien, die Niederlande, Griechenland und Frankreich. In Dänemark und Italien ist der Anteil der Menschen, die die EU-Mitgliedschaft befürworten unverändert, doch steigt in beiden Ländern die Anzahl der Personen, die die EU-Mitgliedschaft ablehnen (beide +3).

Am meisten ist die EU-Unterstützung in Österreich gesunken. Offensichtlich ist dies mit den Sanktionen verbunden, die von den 14 anderen Mitgliedstaaten gegenüber diesem Land verhängt wurden, als Folge der Beteiligung der Freiheitlichen Partei Österreichs an der Regierungskoalition (Bündnis). Der Anteil der österreichischen Bürger, die die Mitgliedschaft von Österreich unterstützen ist um 9% gefallen während die die ablehnen um 7 Prozentpunkte gestiegen sind. Die anderen Staaten, in denen ein negativer Umschlag registriert wurde, sind Schweden (+8 Erhöhung der Ablehnungsraten), Irland, Luxemburg, Deutschland, Finnland, das Vereinigte Königreich und Portugal, wo auch ein bedeutender Rückgang des Unterstützungsniveaus festgestellt wird. Dennoch haben sich die Ablehnungsraten in den letzten 3 Ländern nicht bedeutend verändert. (Tabelle 2.1a)

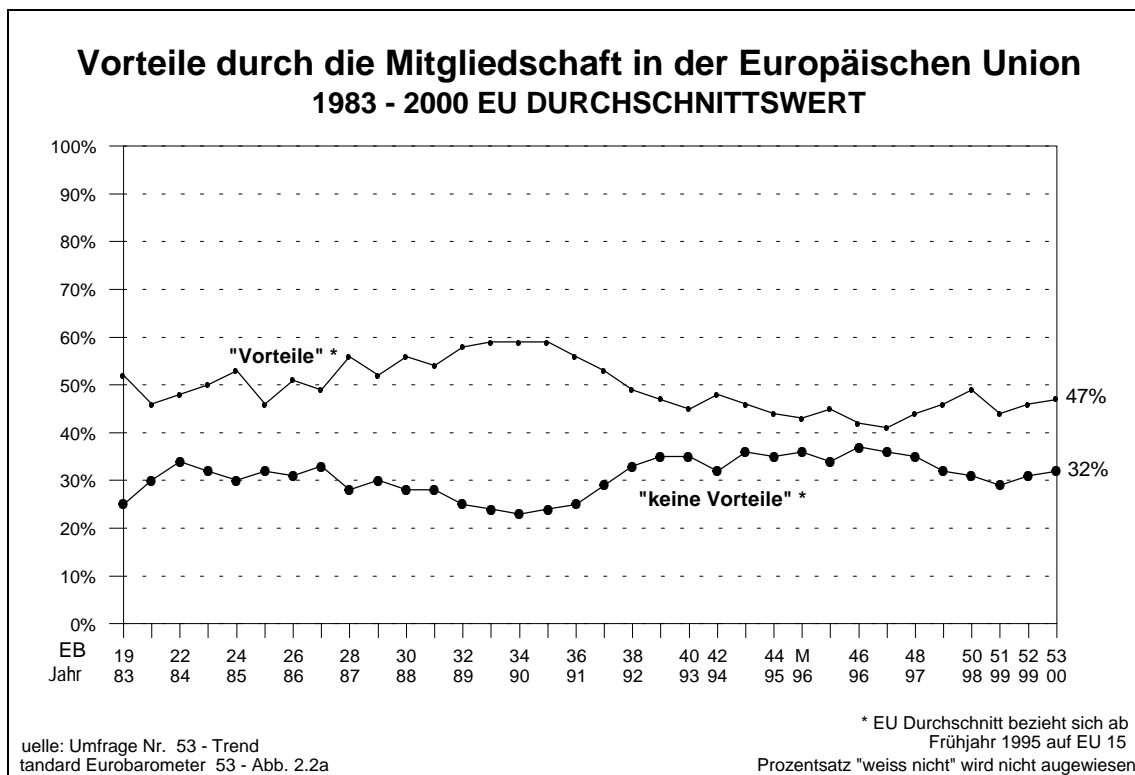
Das schon bekannte Muster für die beiden Geschlechter zeigt, dass Männer die EU-Mitgliedschaft ihres Landes eher für eine gute Sache halten als Frauen (52% gegenüber 46%), und dass Frauen wesentlich häufiger keine Meinung haben als Männer (12% gegenüber 7%).

Der Bildungsabschluss ist eine der wichtigsten erklärenden Variablen. Wir stellen fest, dass das Unterstützungsniveau der EU-Mitgliedschaft mit der Bildung hinaufgeht. So ist eine Schwankung von 41% unter den Personen, die die Ausbildung mit 15 oder früher beendeten bis 65% unter denen mit einer Vollzeitausbildung bis zum Alter von 20 oder älter, bemerkbar. Der Grad der Unterstützung steigt auch mit dem Lebensalter: die 15-24jährigen (55%) befürworten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes in sehr viel stärkerem Maße als Personen im Alter von 55 und älter (44%). Die Aufschlüsselung nach Berufskategorien lässt eine Differenz von 24 Prozentpunkten zwischen den Zustimmungsraten von Führungskräften (65%) einerseits und Handarbeitern und Arbeitslosen (beide 41%) andererseits feststellen.

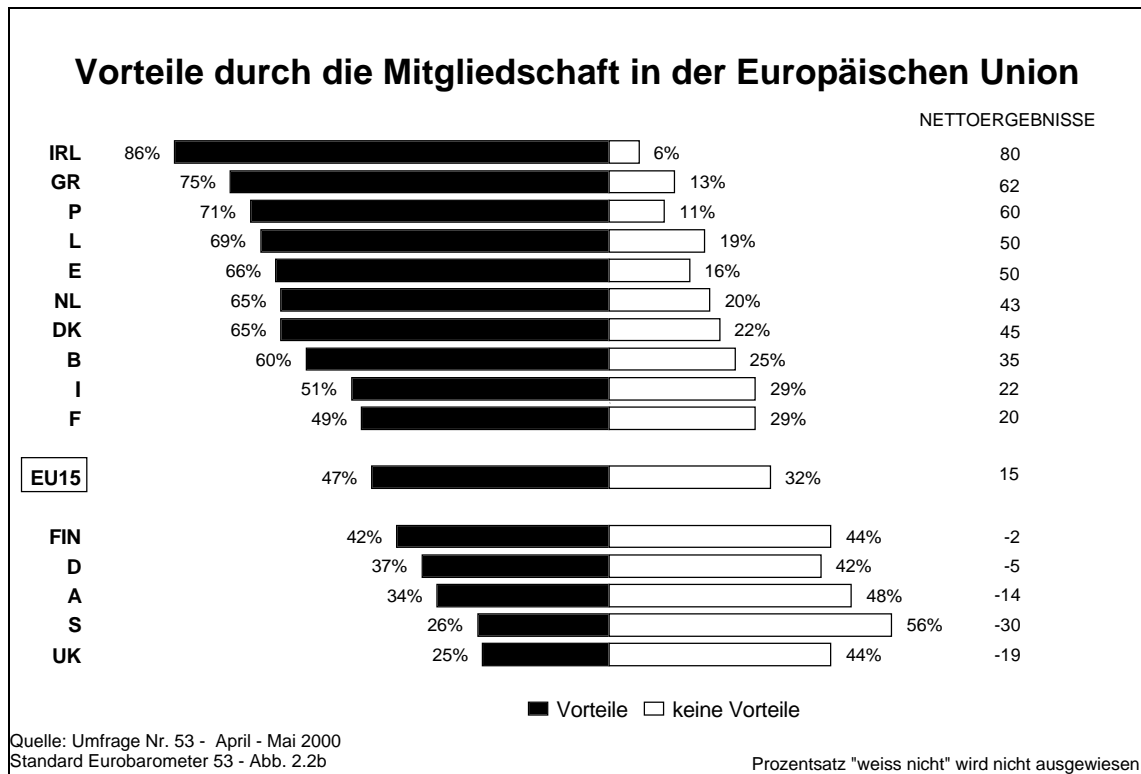
Bezüglich der Einstellung zur Europäischen Union stellen wir einen großen Meinungsunterschied zwischen Personen, die ihr eine wichtigere Rolle zugestehen möchten, und Personen, die ihr eine weniger wichtige Rolle zuschreiben möchten, fest. 71% der Personen, die der Europäischen Union eine wichtigere Rolle zugestehen möchten, unterstützen die Mitgliedschaft ihres Landes, während nur 19% der Menschen, die ihre Rolle verkleinern möchten, die EU-Mitgliedschaft ihres Landes unterstützen. (Tabelle 2.1b)

2.2. Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft

Fast die Hälfte der EU-Bürger sind der Ansicht, dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat (47%), während 3 von 10 Menschen das Gegenteil glauben (32%). In allen 15 Mitgliedstaaten hat sich die Einstellung der Öffentlichkeit diesbezüglich seit Herbst 1999 nicht bedeutend verändert.



Die irische Bevölkerung ist immer noch am ehesten der Ansicht, dass ihr Land von der Mitgliedschaft profitiert hat (86%), gefolgt von der Bevölkerung in Griechenland (75%). In Portugal, Luxemburg, Spanien, den Niederlanden und Dänemark wird diese Ansicht von etwa 2 von 3 Personen geteilt. In Italien und Frankreich wird die EU-Mitgliedschaft von der Hälfte der Menschen für vorteilhaft gehalten. Die Meinung der Befragten in Schweden und dem Vereinigten Königreich ist weiterhin äußerst negativ, mit nur einem Viertel der Menschen, die glauben, dass ihr Land Vorteile ziehen können. Schweden ist das einzige Land, in dem die absolute Mehrheit der Bevölkerung glaubt, dass ihr Land von der Mitgliedschaft nicht profitiert hat. In Österreich sind fast die Hälfte der Personen derselben Meinung.



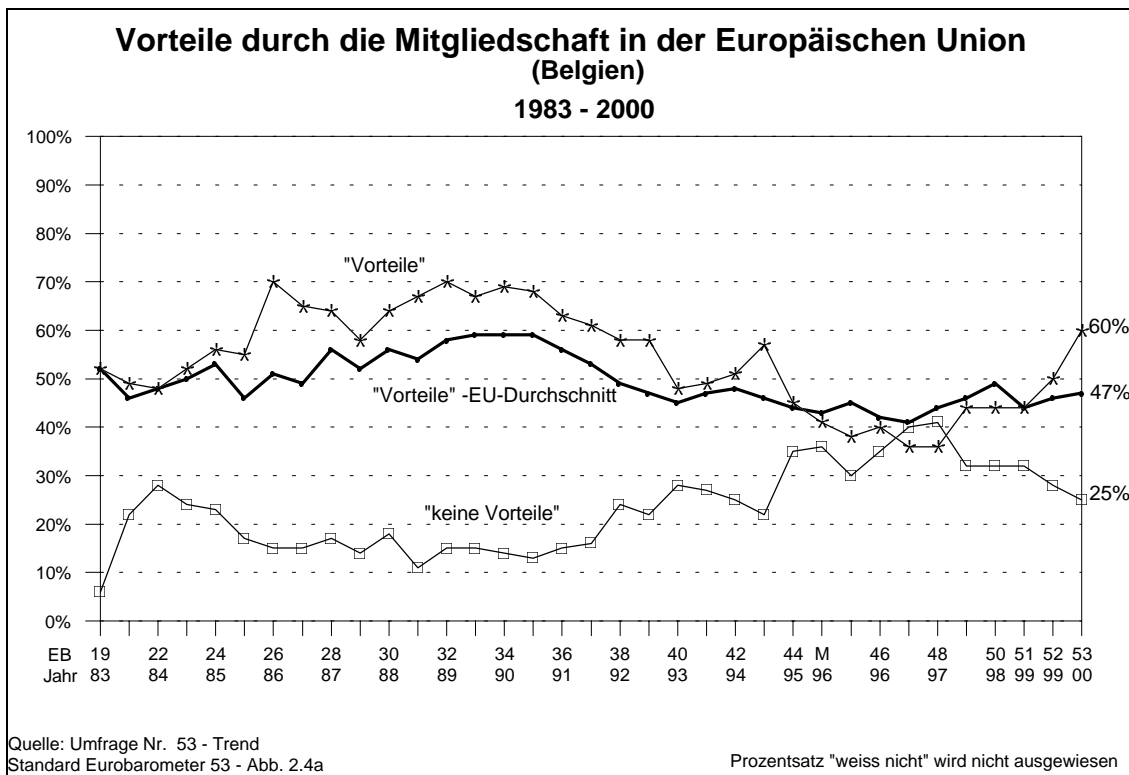
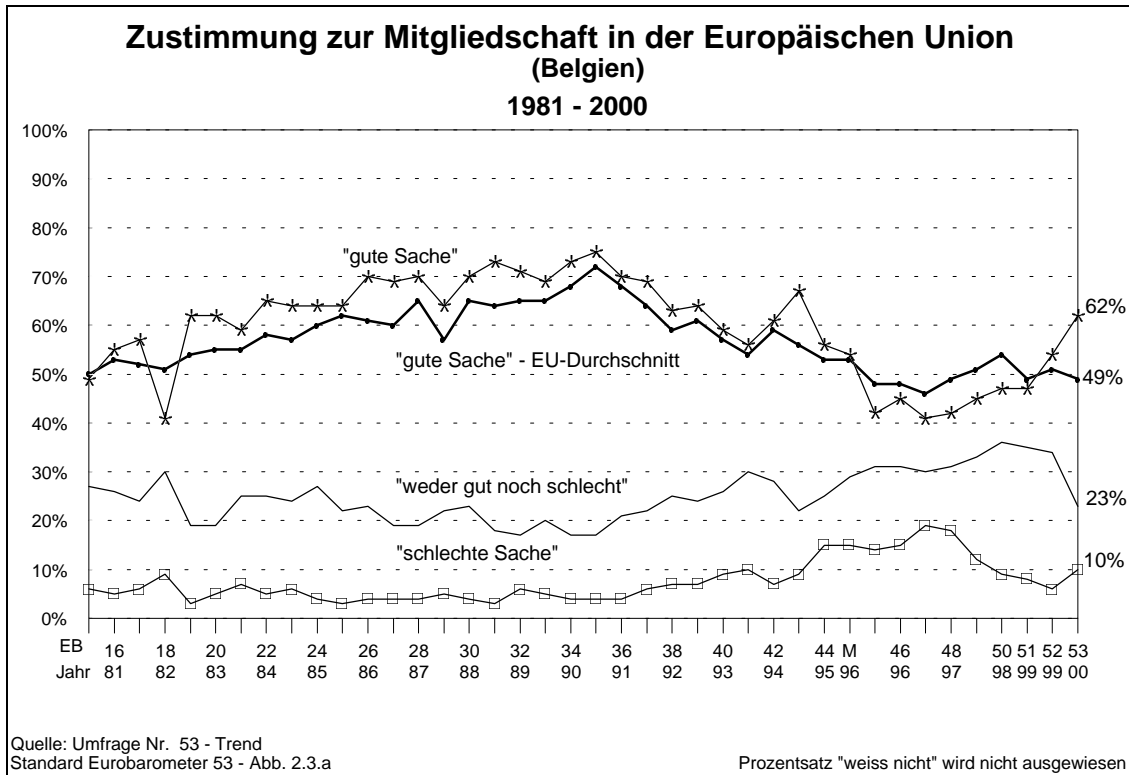
Im Vergleich zum Herbst 1999 haben sich die Ergebnisse in Belgien (+10), gefolgt von Griechenland und Spanien (beide +5), deutlich zum Positiven gewendet. In den Niederlanden, Dänemark, Frankreich, Finnland und Deutschland sind keine bedeutenden Veränderungen zu verzeichnen.

Wieder stellen wir einen bedeutenden negativen Umschlag in Österreich fest. Der Anteil der Menschen, die überzeugt sind, dass Österreich aus der EU-Mitgliedschaft Vorteile zog, ist um 11 Prozentpunkte gefallen, während der Anteil, der glaubt, dass sein Land von der Mitgliedschaft nicht profitiert hat, um 16 Prozentpunkte gestiegen ist. Offensichtlich spiegelt dieser Umschlag die Wahrnehmungen der österreichischen Öffentlichkeit hinsichtlich der Sanktionen wieder, die von den anderen Mitgliedstaaten verhängt wurden. In Wirklichkeit handelt es sich um Sanktionen von diplomatischem und bilateralem Charakter, die das Ausmaß, in dem die Österreicher von der EU-Mitgliedschaft profitieren, nicht direkt verringert haben. (Siehe auch die Diagramme der einzelnen Länder, Abbildungen 2.5a-o.)

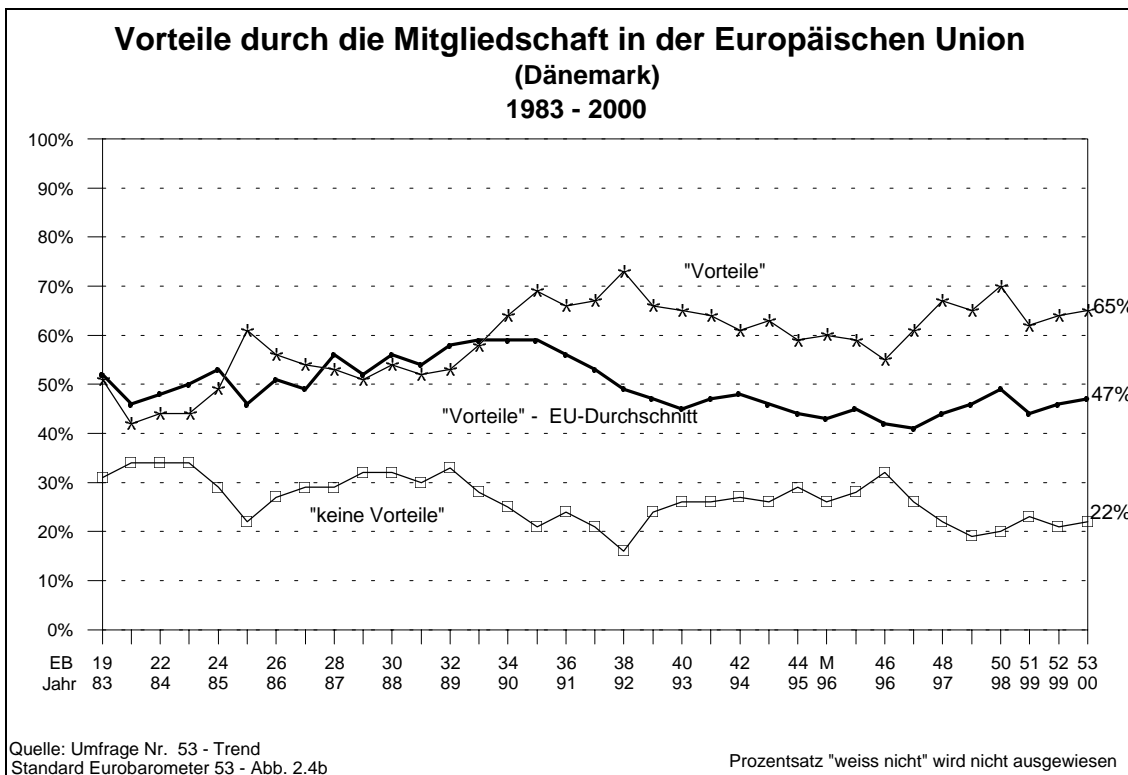
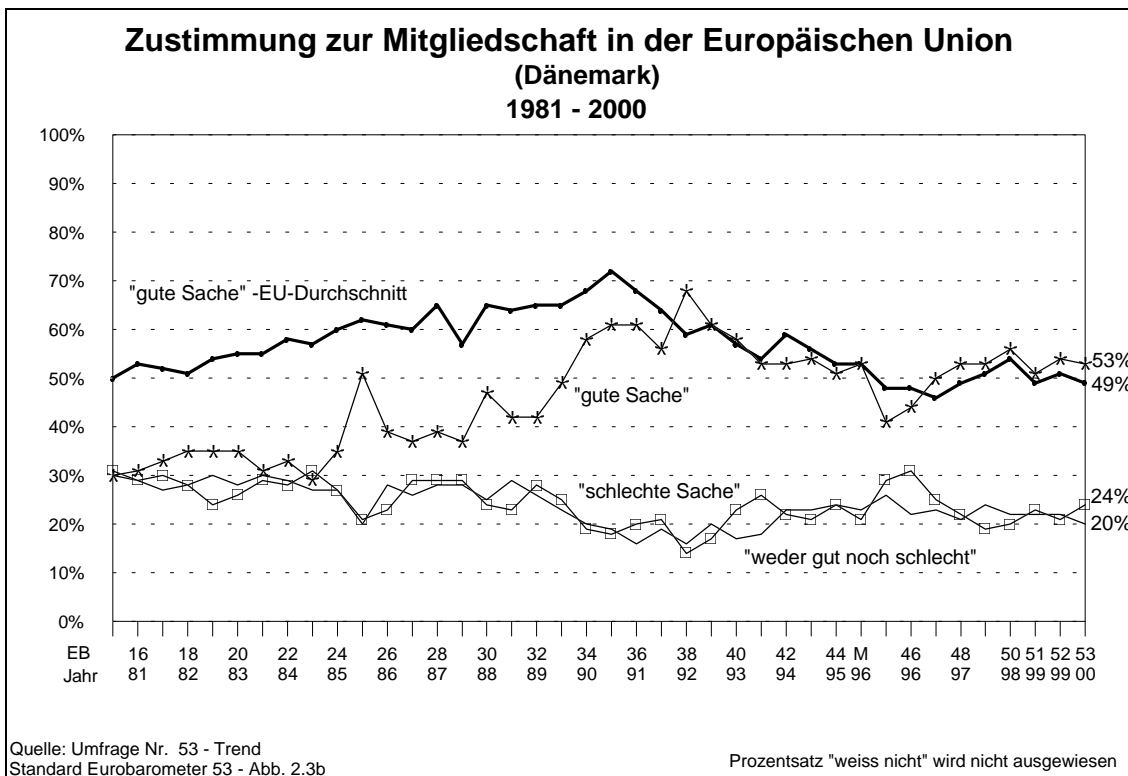
Die demographische Analyse zeigt, dass Personen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind (62%) am häufigsten die Ansicht vertreten, dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, während Personen, die die Schulausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger beendeten (38%), diese Auffassung am seltensten teilen.

Der Vergleich zwischen den Befürwortern und den Gegnern der EU hebt eine starke Polarisierung hervor: 78% der Befragten, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes befürworten, glauben, dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat, gegenüber 9% der Befragten, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen. (Tabelle 2.2b)

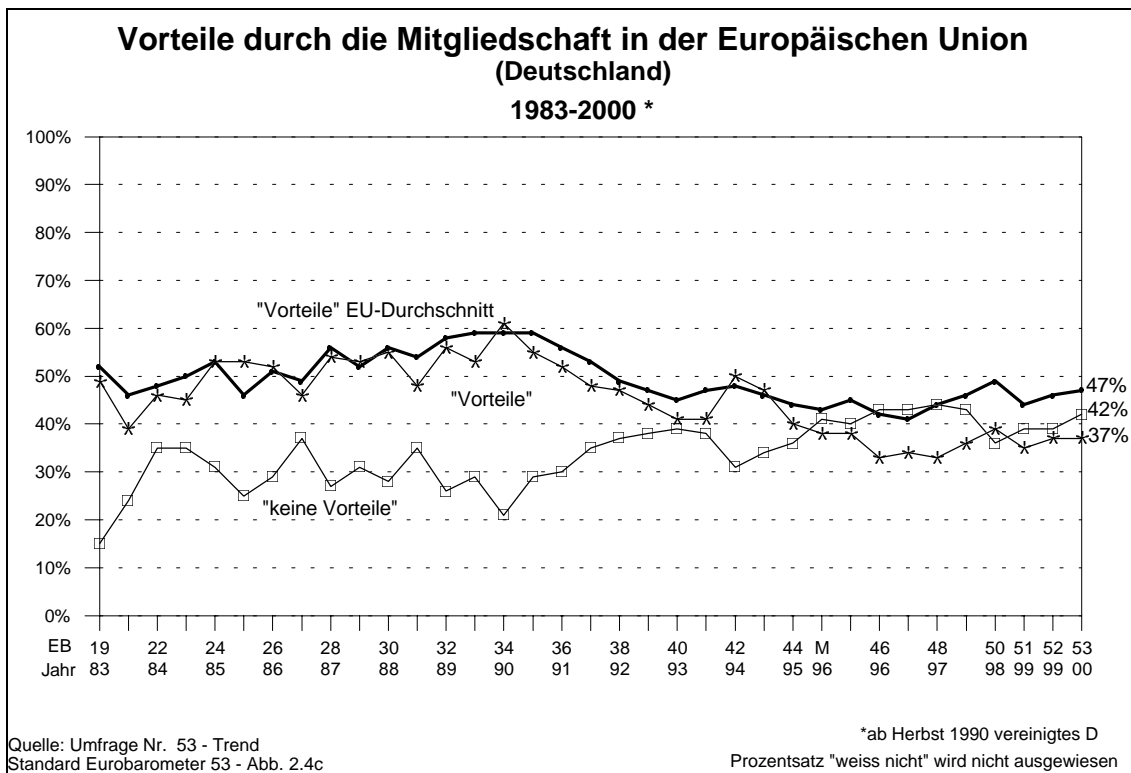
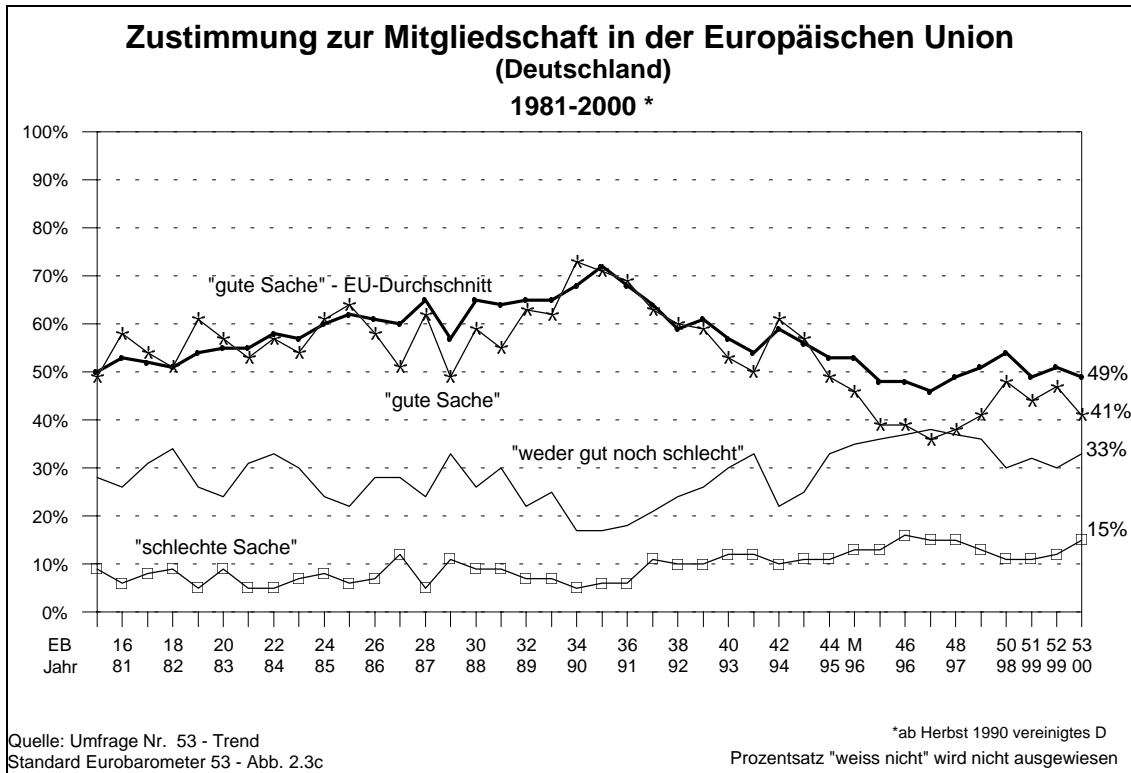
BELGIEN



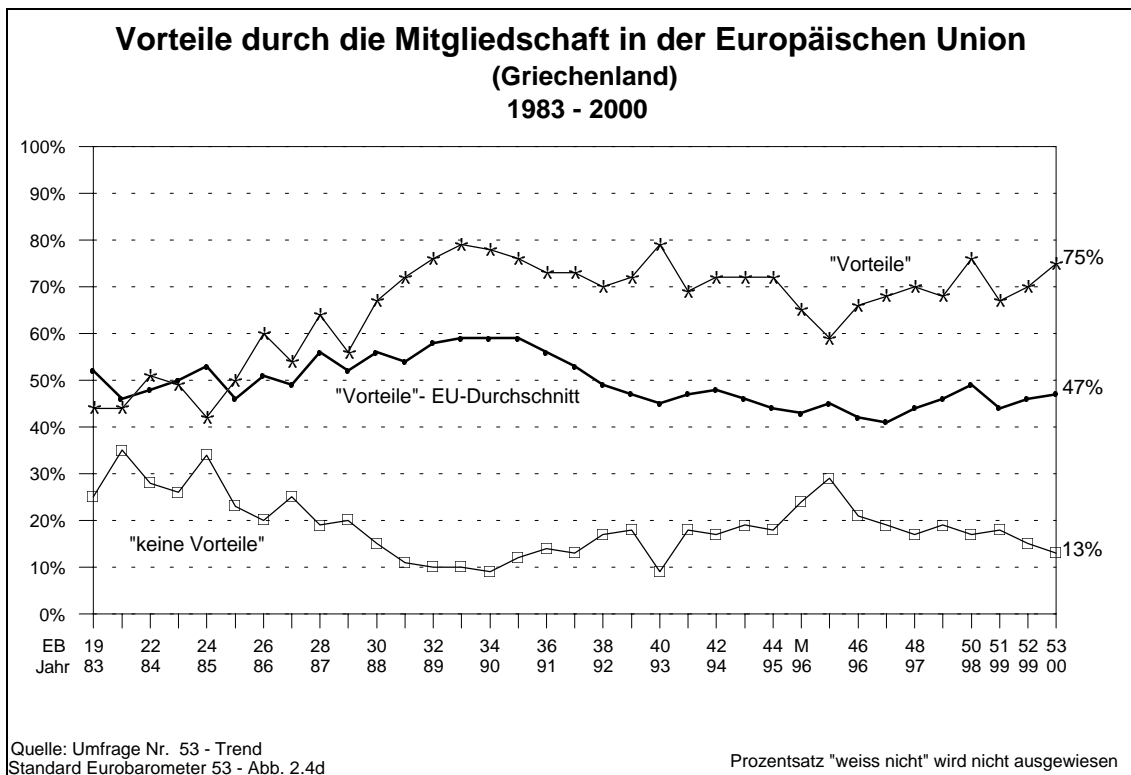
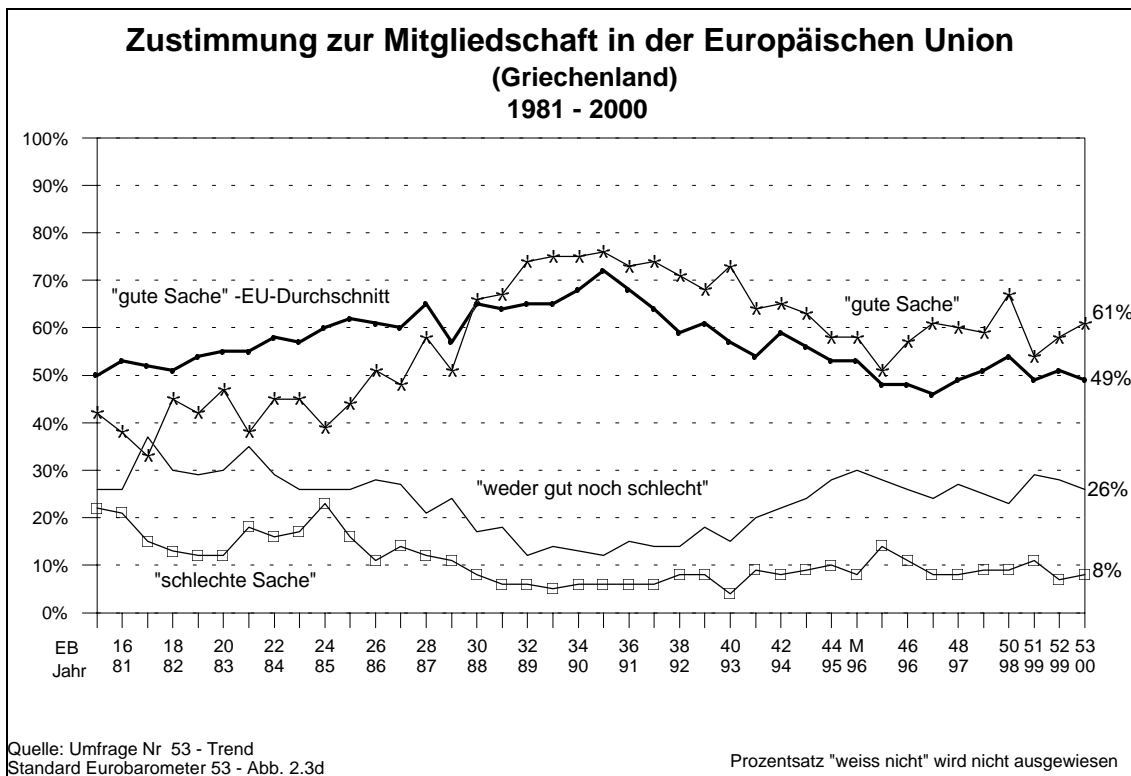
DÄNEMARK



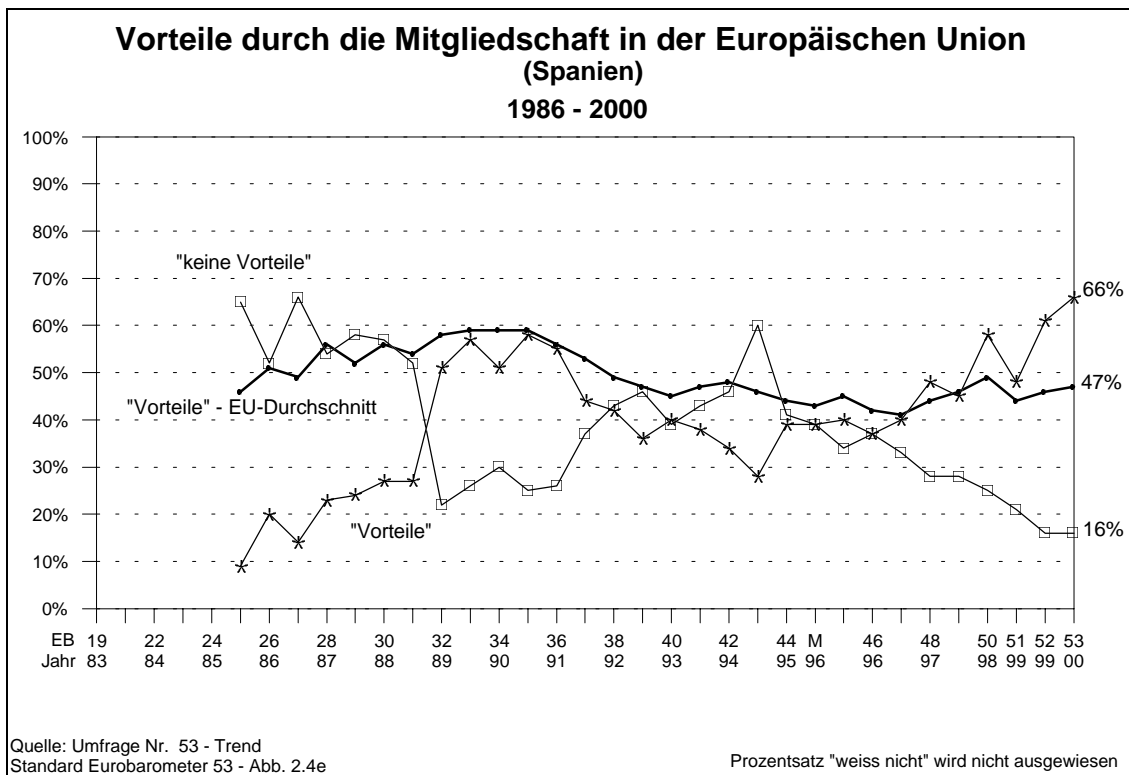
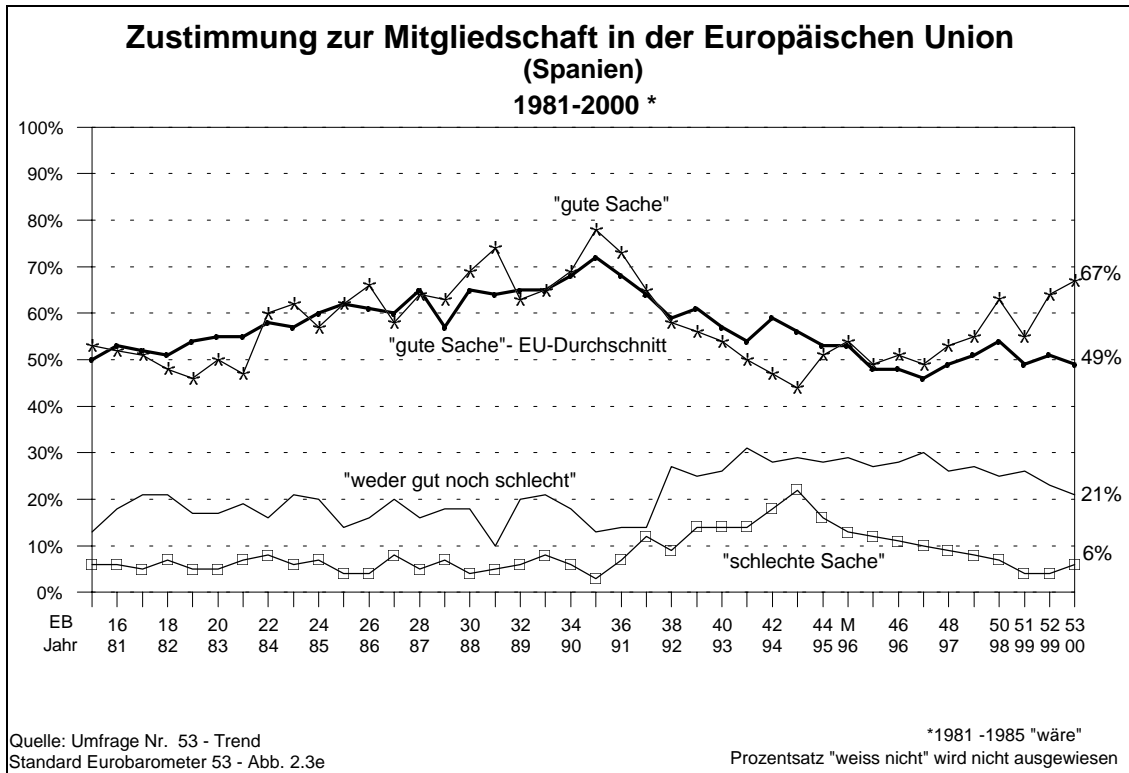
DEUTSCHLAND



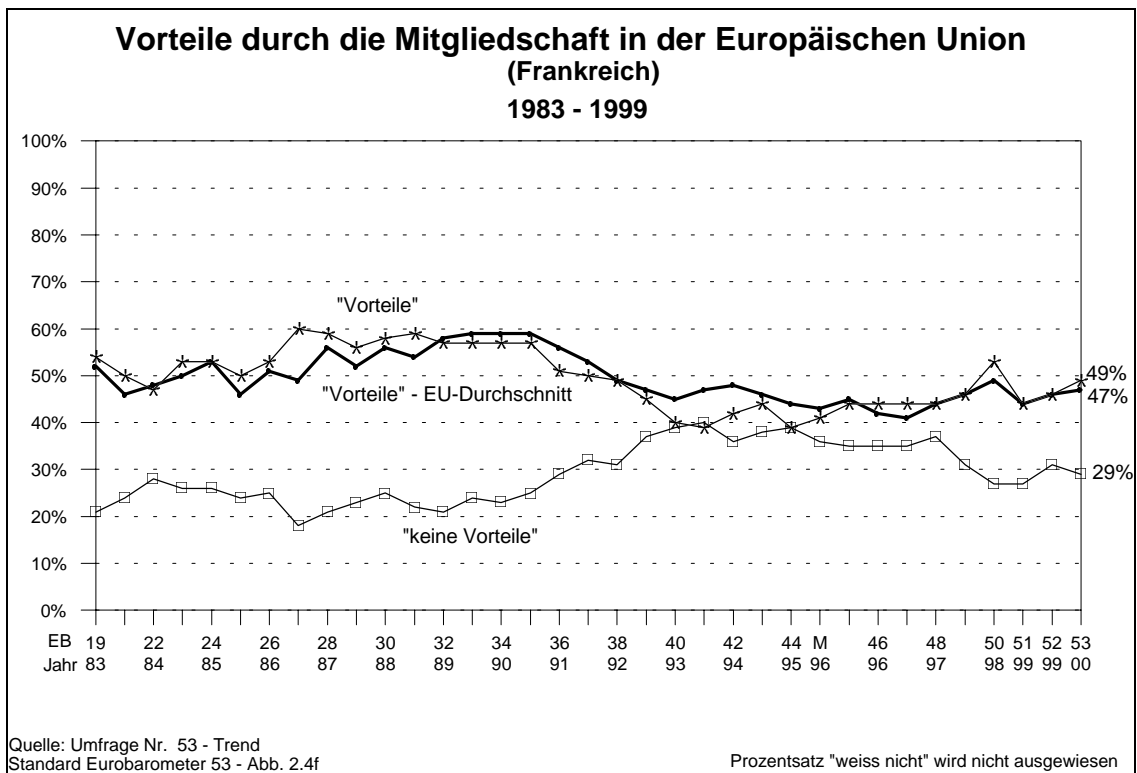
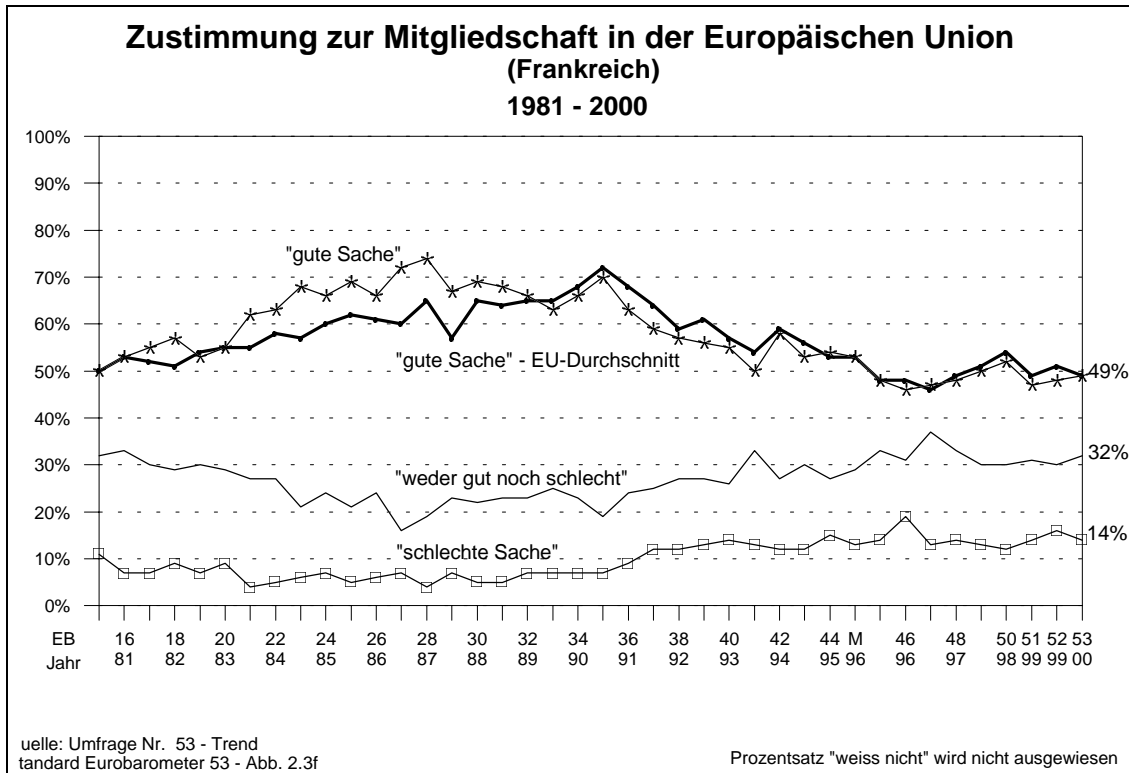
GRIECHENLAND



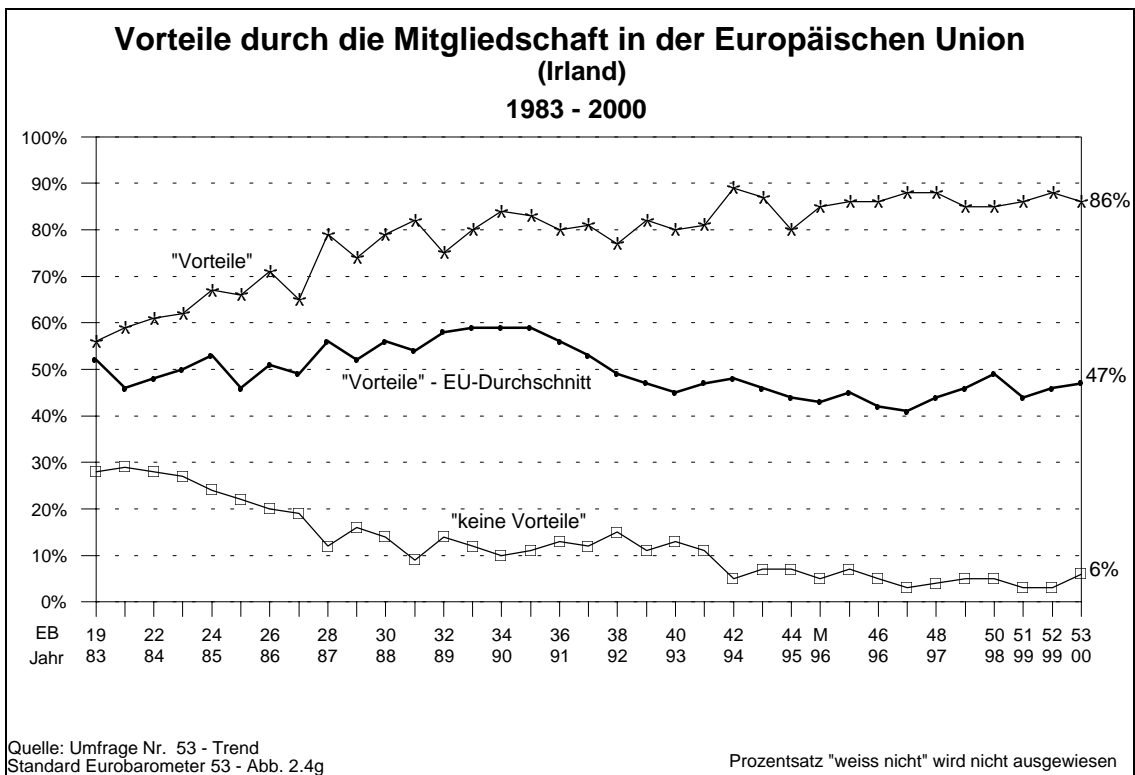
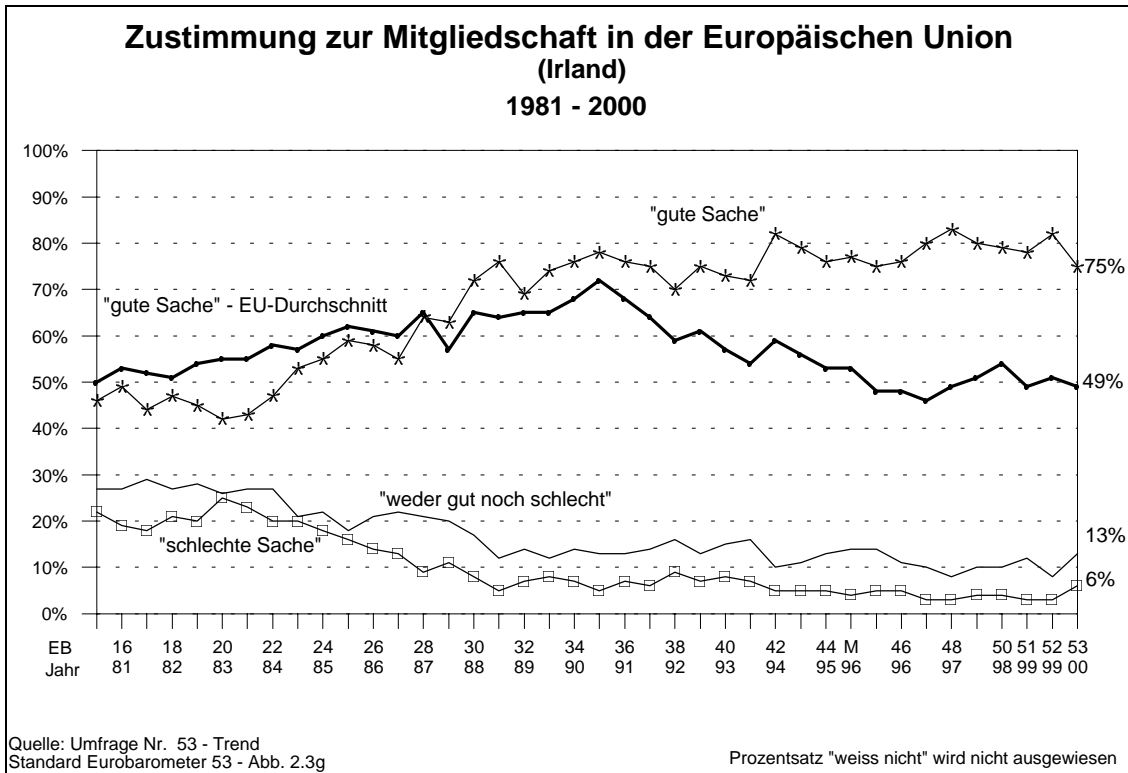
SPANIEN



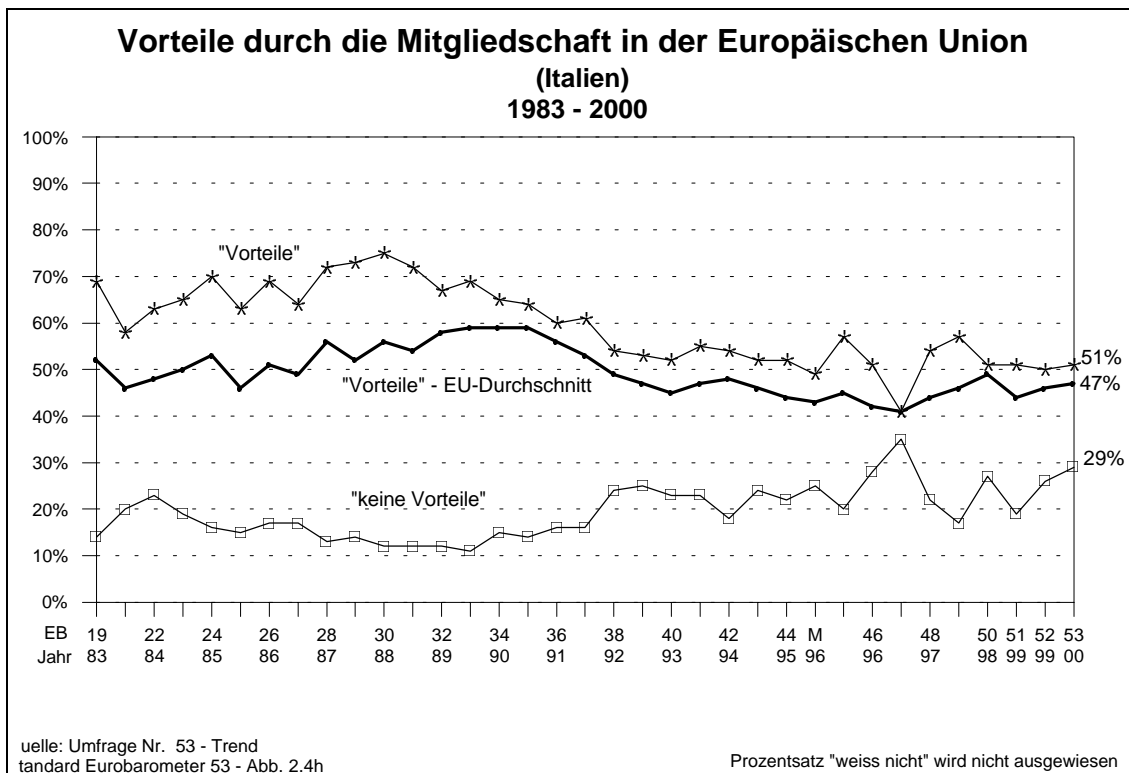
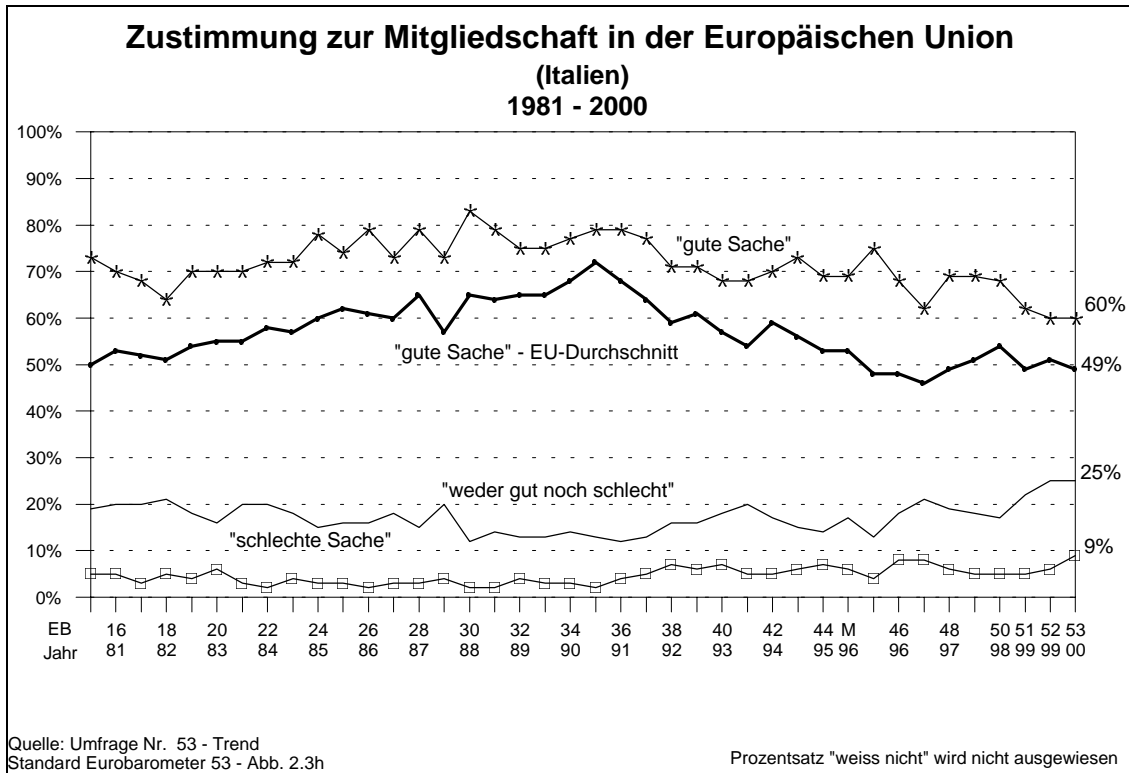
FRANKREICH



IRLAND

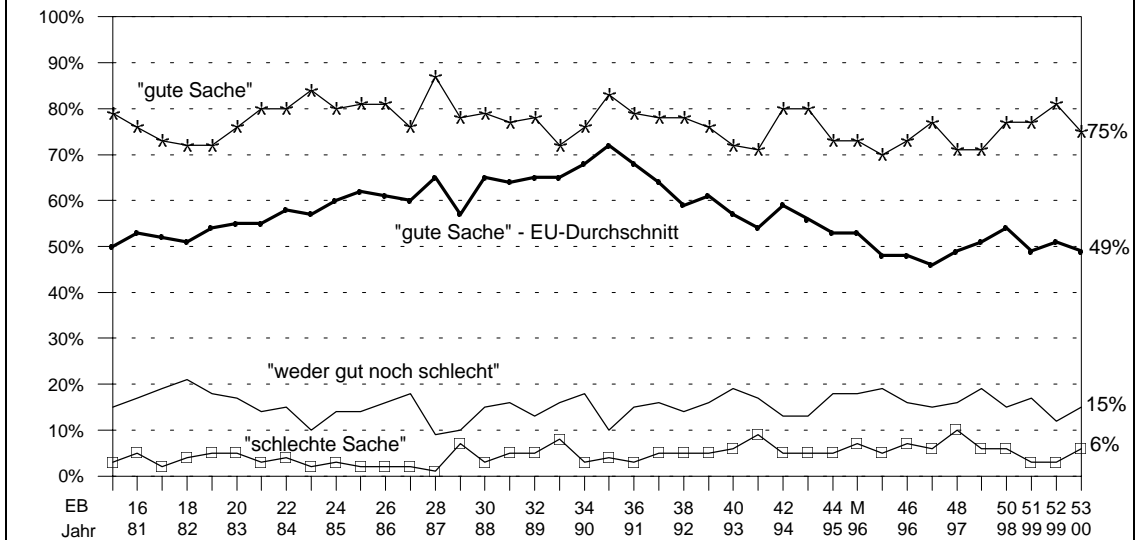


ITALIEN



LUXEMBURG

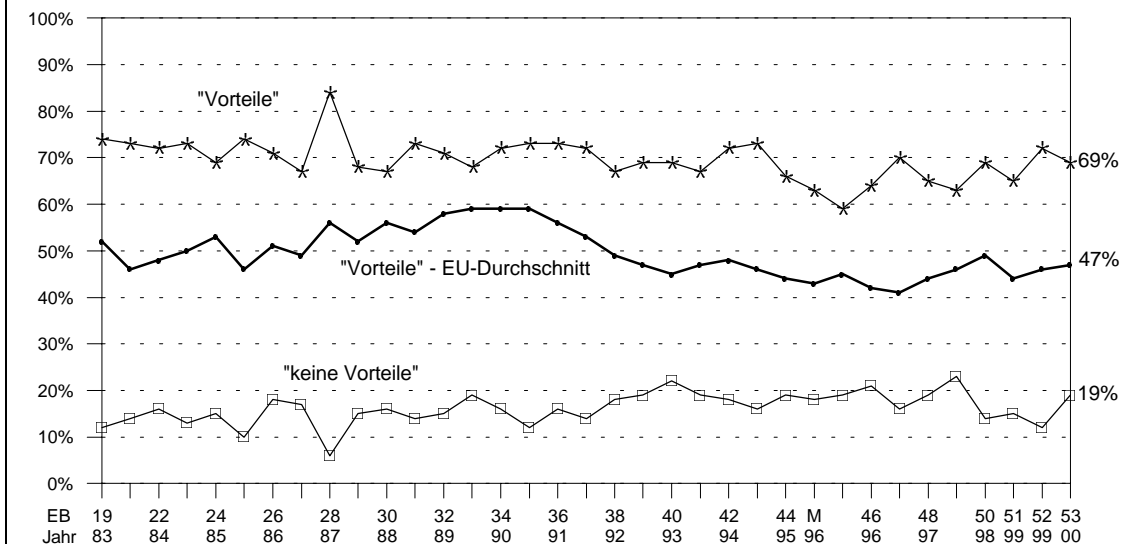
Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union (Luxemburg) 1981 - 2000



Quelle: Umfrage Nr. 53 - Trend
Standard Eurobarometer 53 - Abb. 2.3i

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

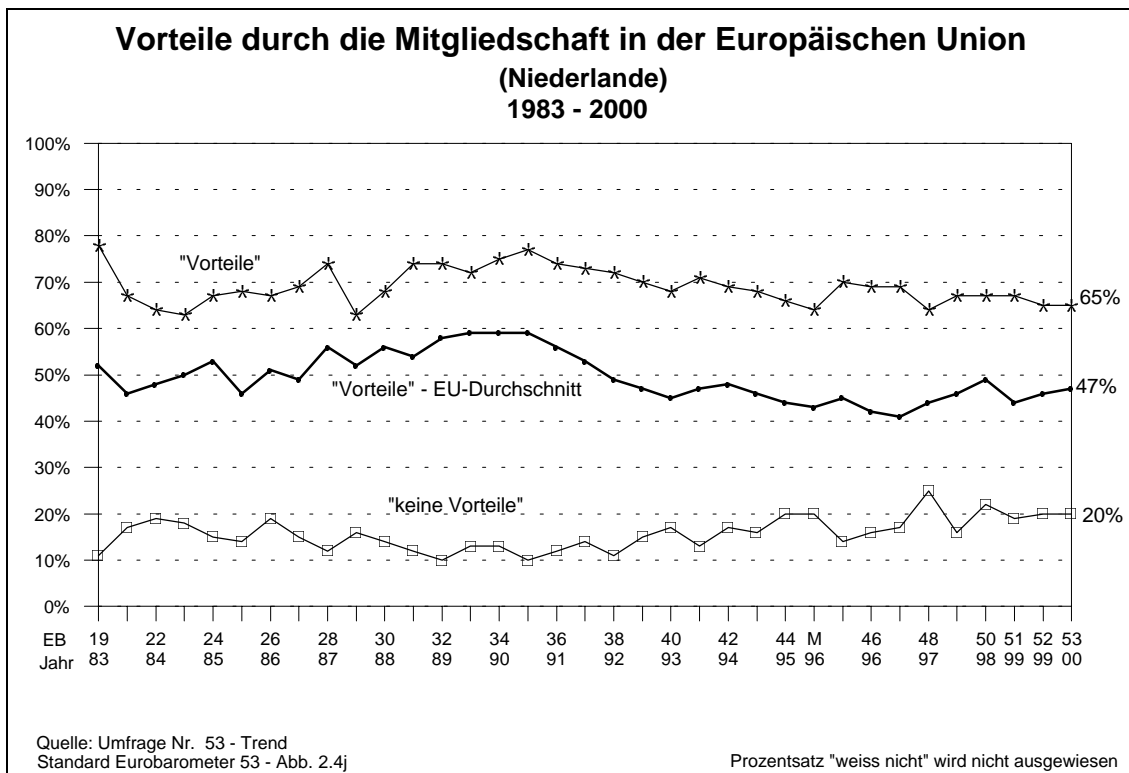
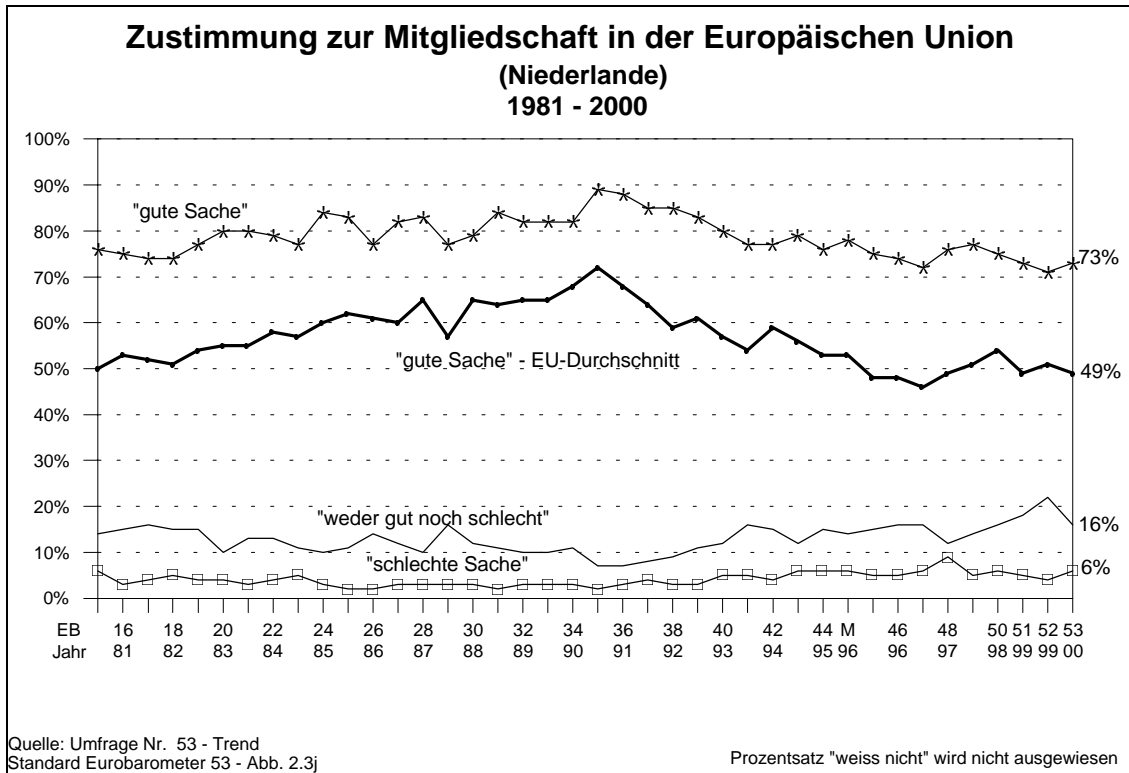
Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union (Luxemburg) 1983 - 2000



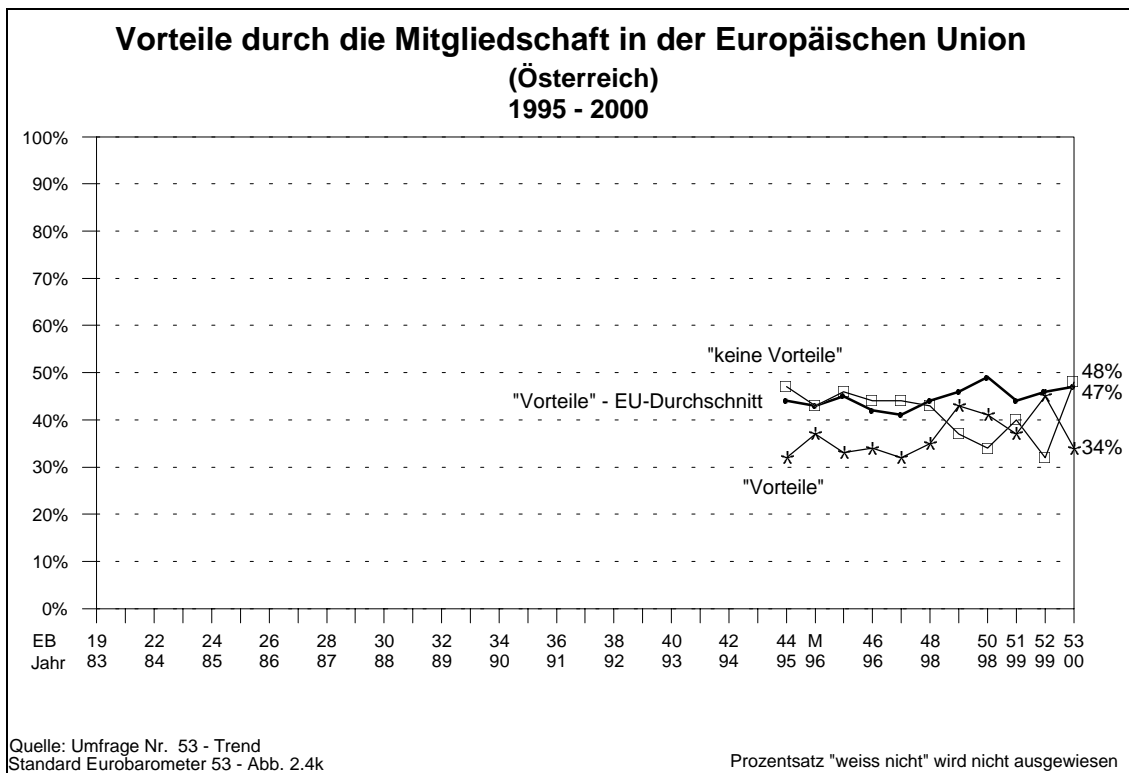
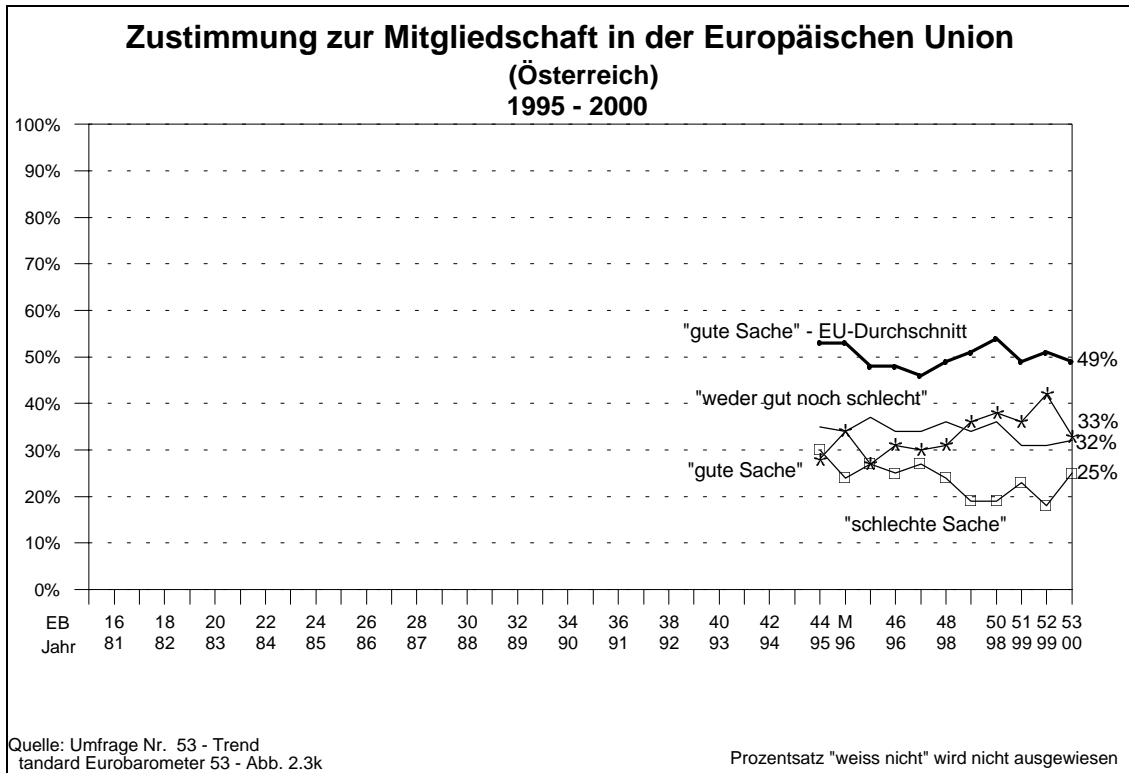
Quelle: Umfrage Nr. 53 - Trend
Standard Eurobarometer 53 - Abb. 2.4i

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

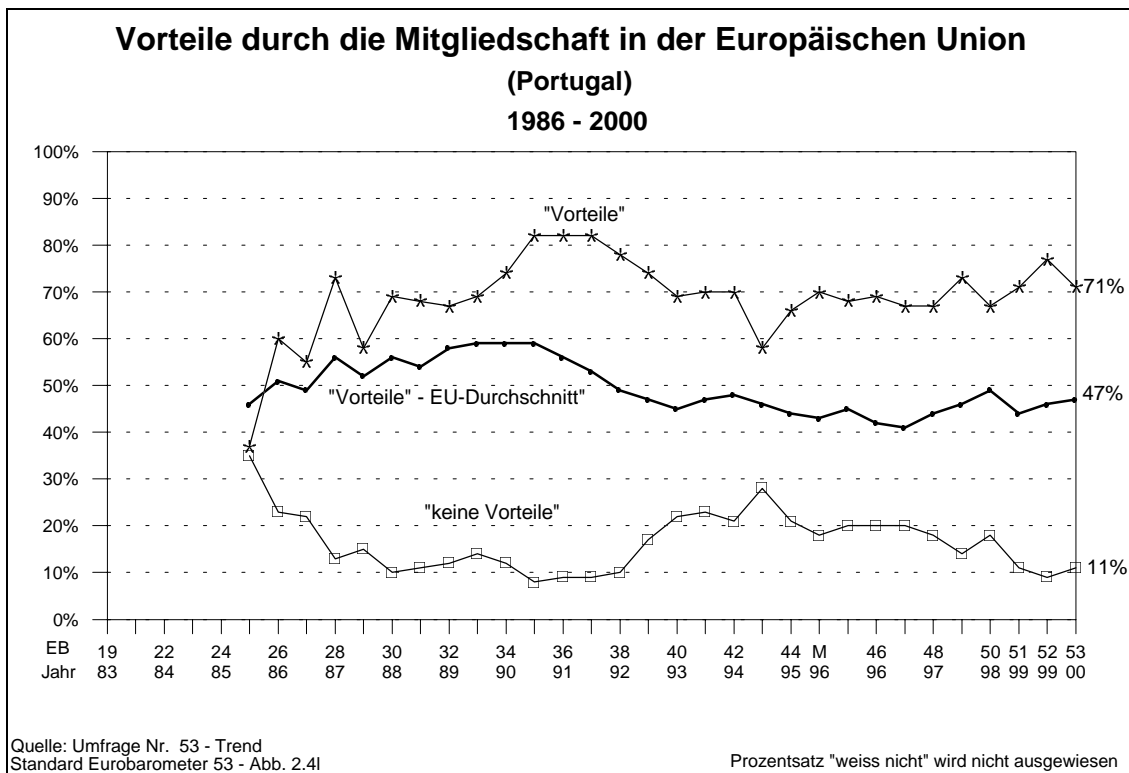
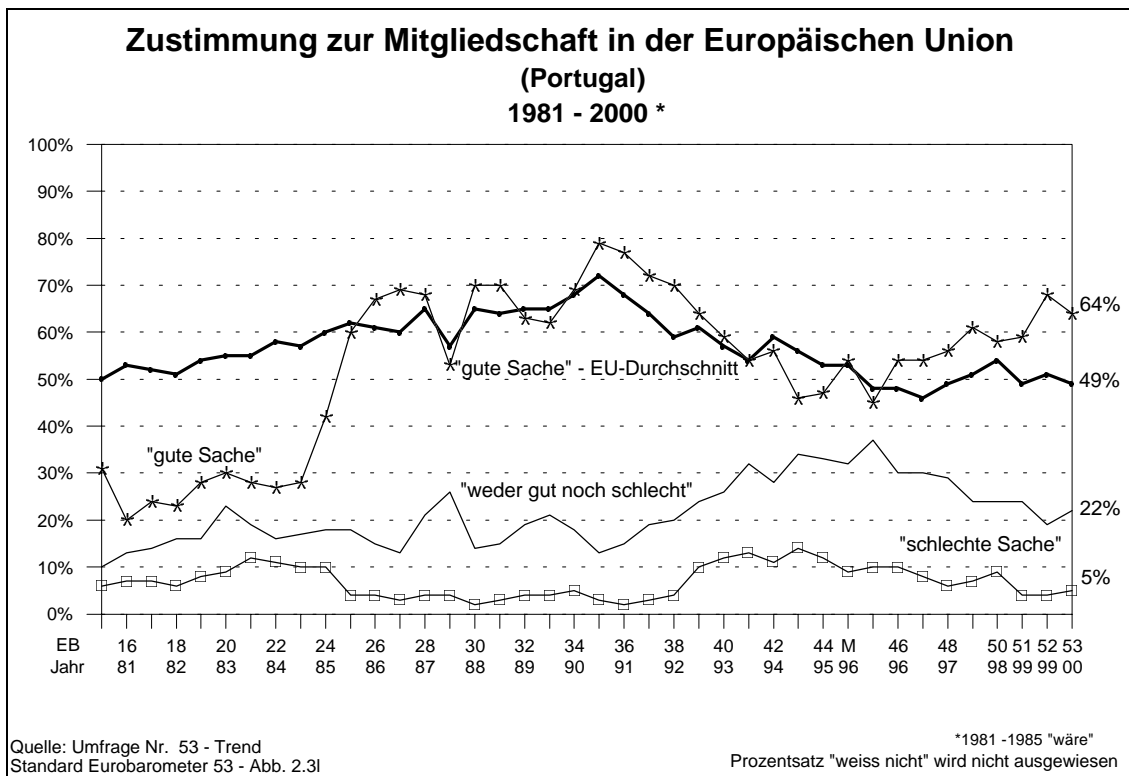
DIE NIEDERLANDE



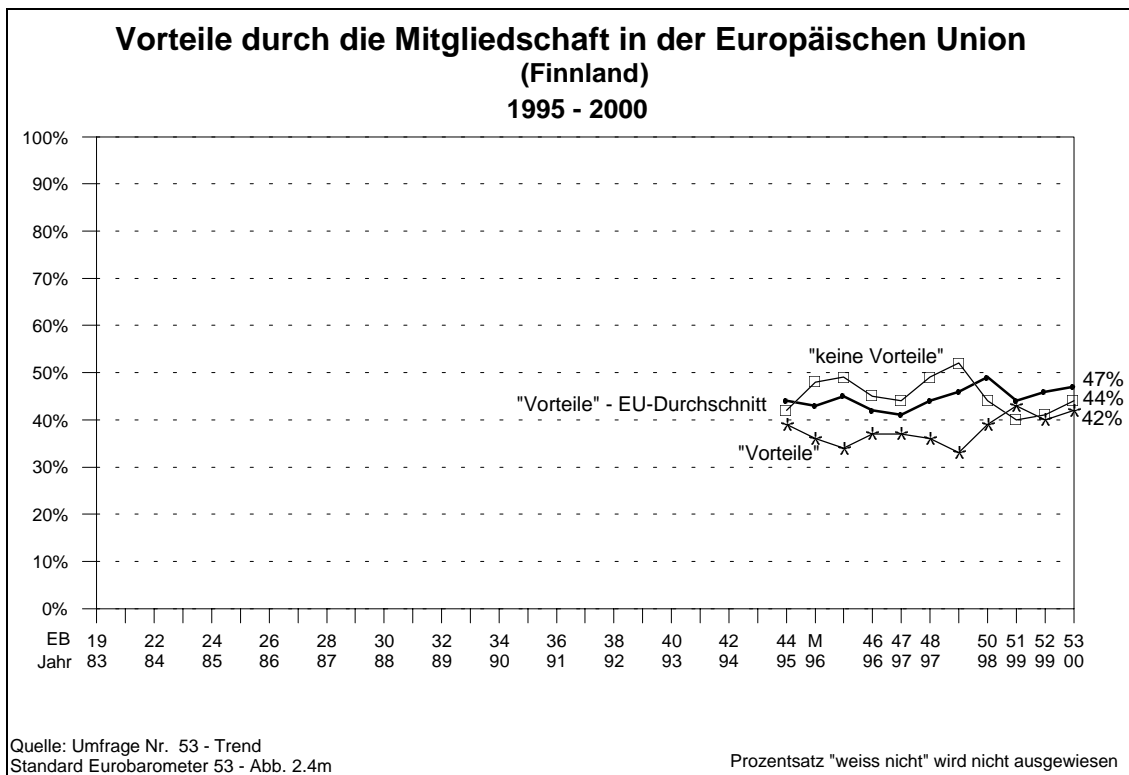
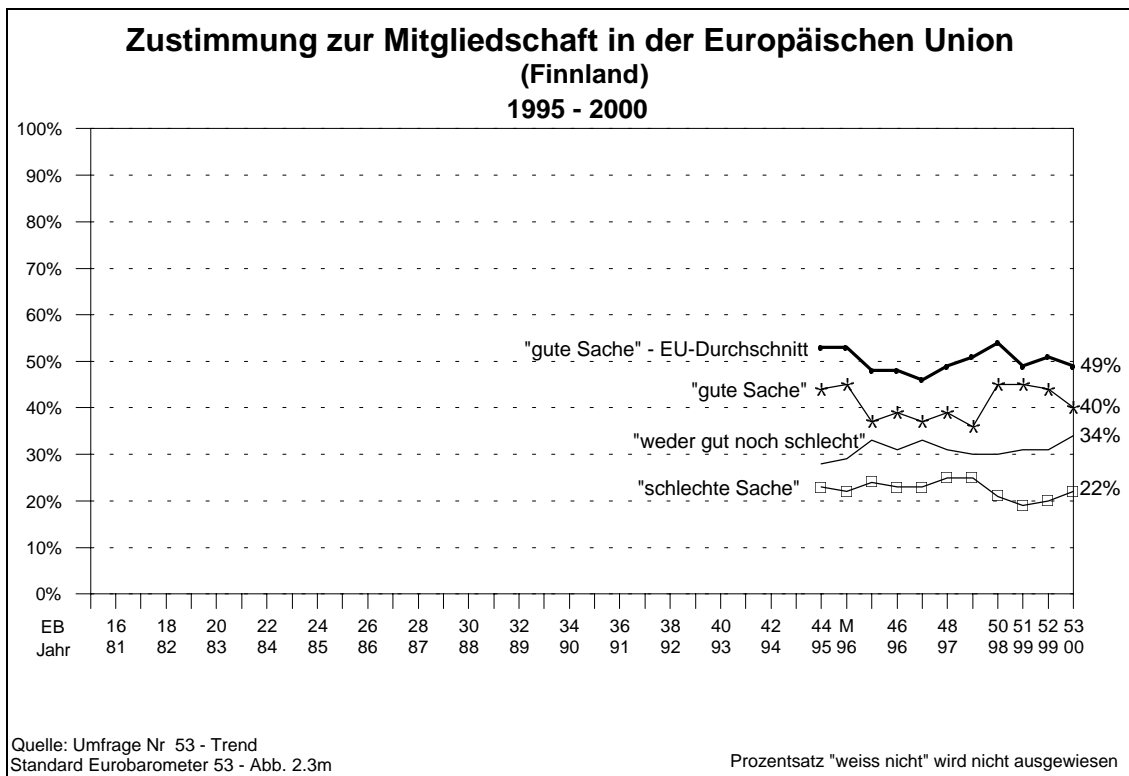
ÖSTERREICH



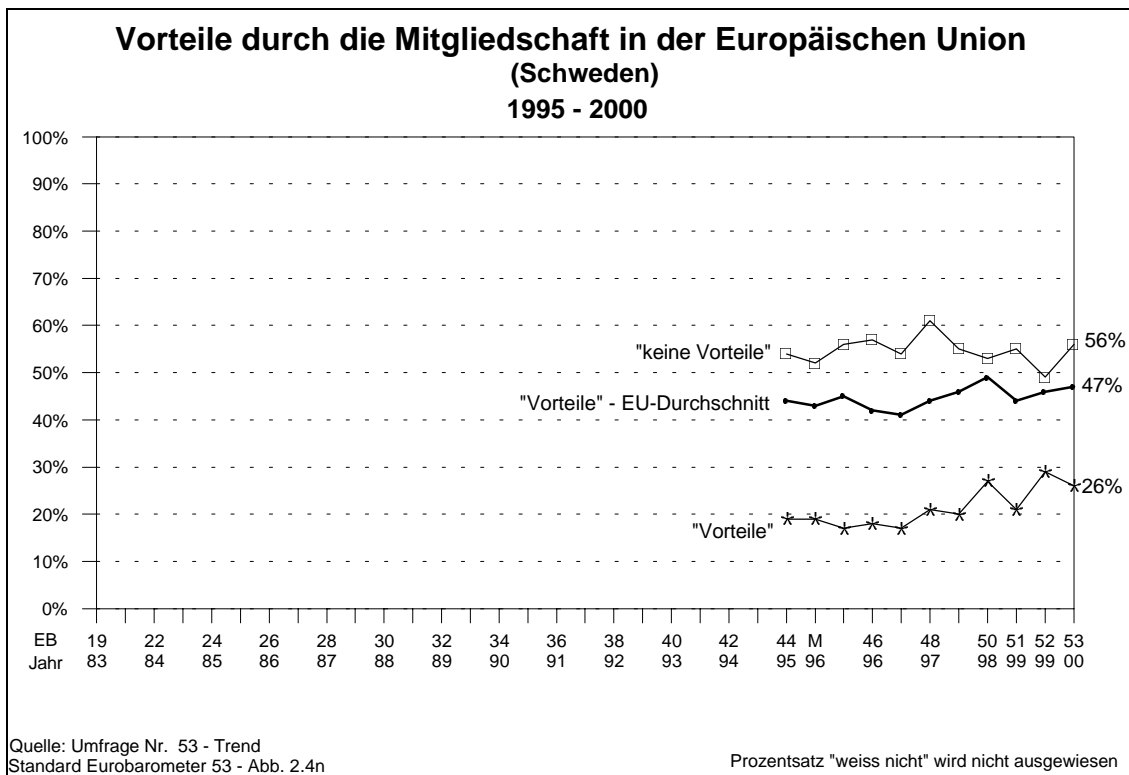
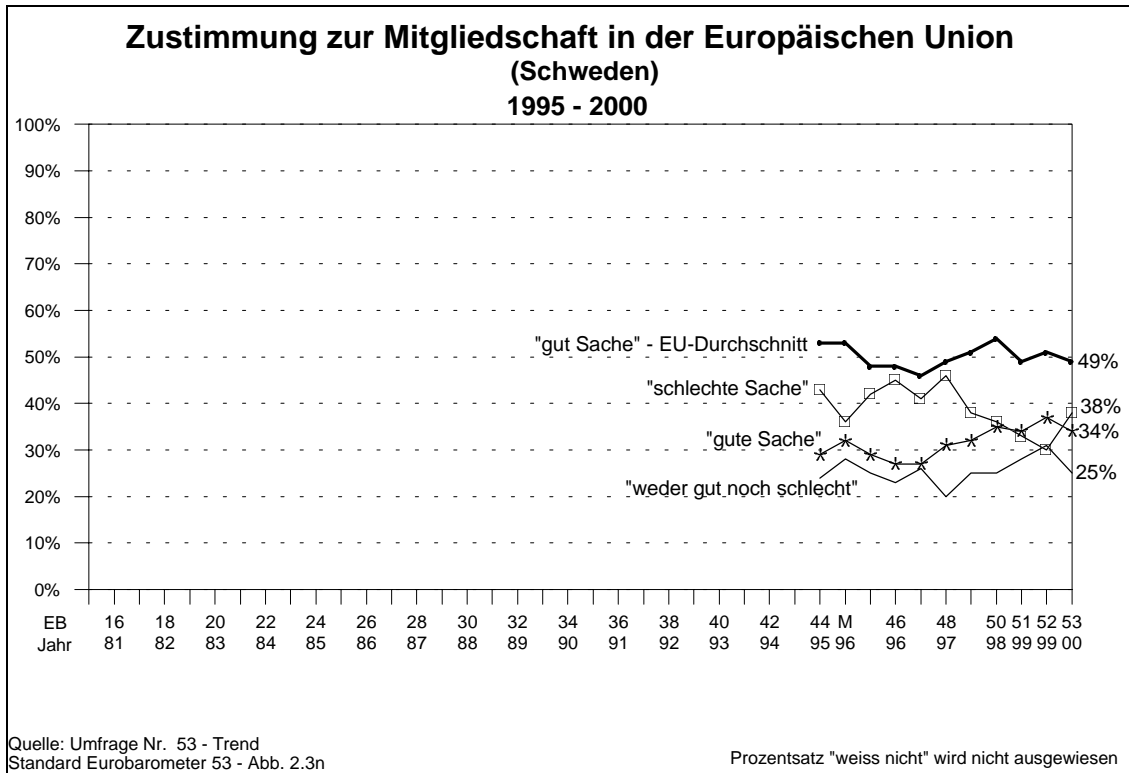
PORTUGAL



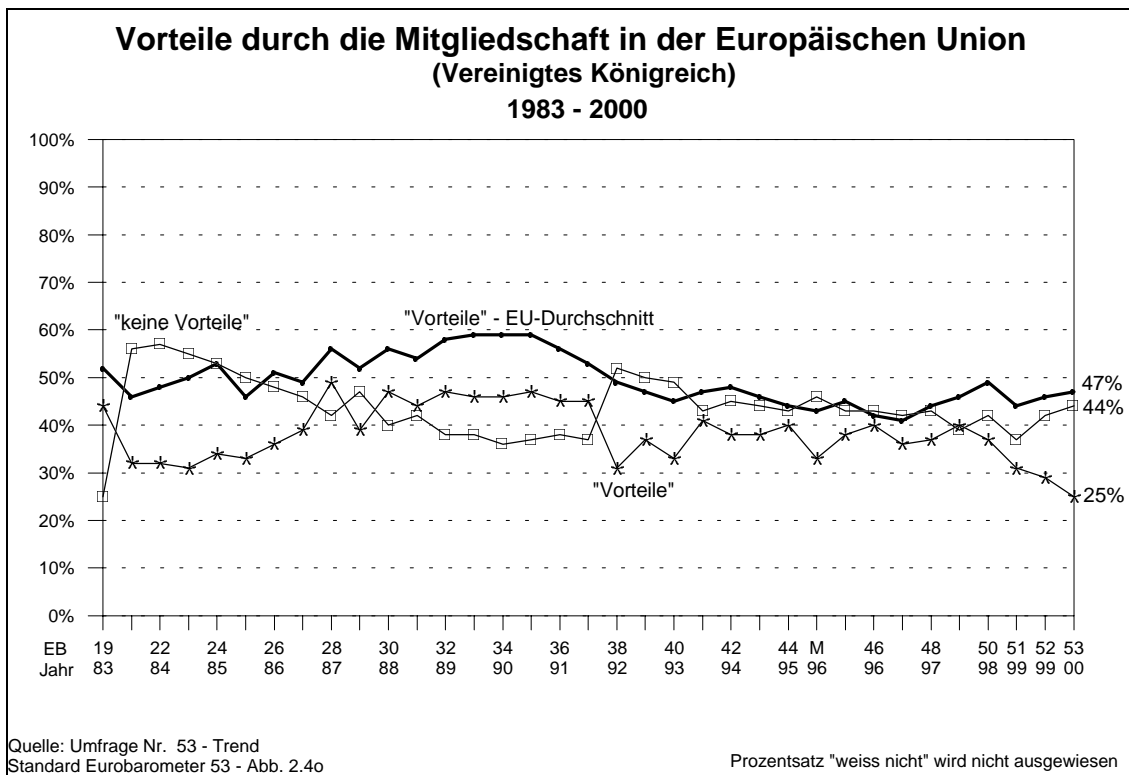
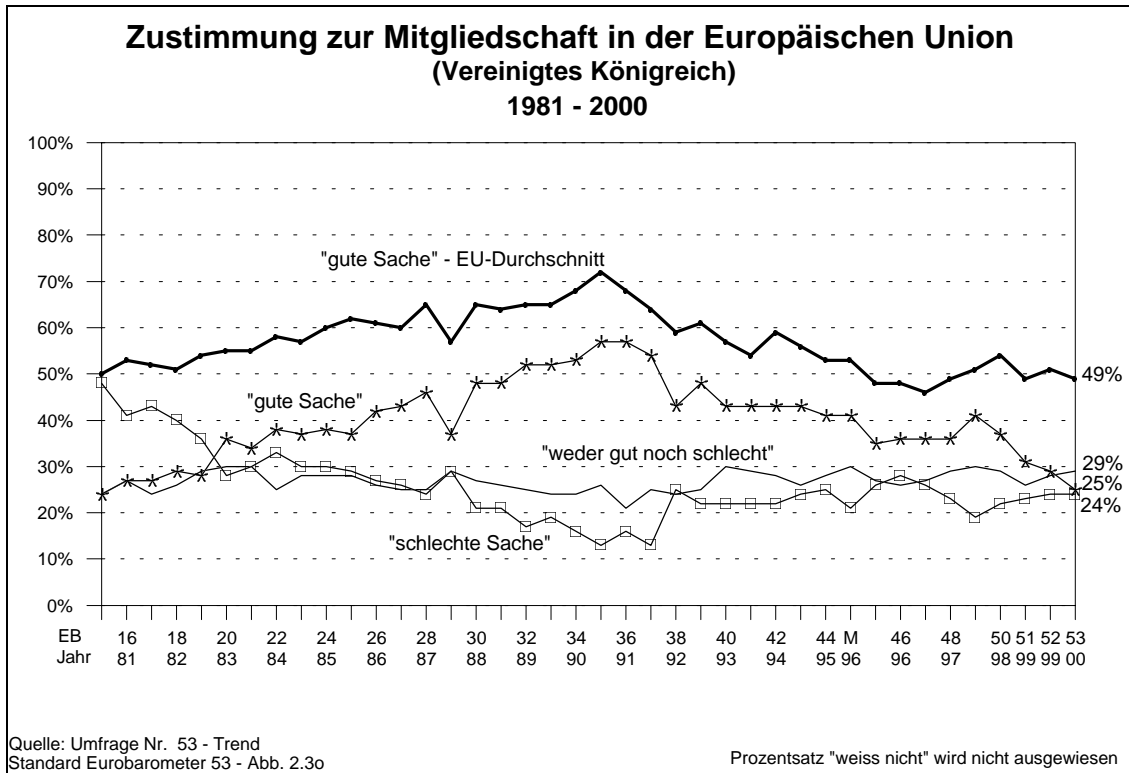
FINNLAND



SCHWEDEN



DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH

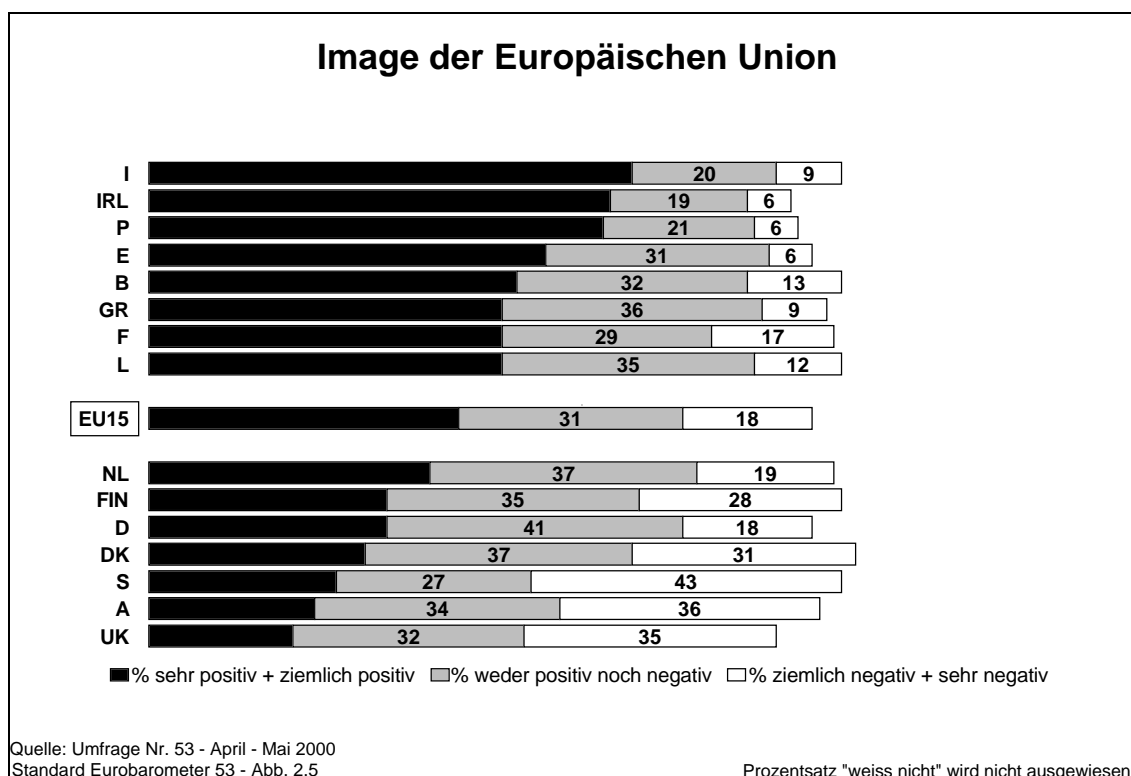


2.3. Image der Europäischen Union

Zum ersten Mal wird dieser Eurobarometer das von den Bürgern wahrgenommene Image der Europäischen Union durch die folgende Frage veranschlagen:

Im Allgemeinen flößt Ihnen die Europäische Union ein sehr positives, ziemlich positives, neutrales, ziemlich negatives oder sehr negatives Image ein?

Im Durchschnitt hegen 43% der EU-Bürger ein positives Image, 7% davon haben einen sehr positiven Eindruck hinsichtlich der EU. 31% der Menschen sehen sie auf eine neutrale Art an. Bloß 18% sagen, dass die Europäische Union ein negatives Image hätte, davon sind 5% sehr negativ dem EU-Image gegenüber.



Wie das oben stehende Diagramm veranschaulicht, hat die Bevölkerung in Italien am meisten ein positives Image der EU (67%), nah gefolgt von der Bevölkerung in Irland (64%) und Portugal (63%). Ungefähr die Hälfte der spanischen (55%), belgischen (51%), luxemburgischen, französischen und griechischen (49%) Bevölkerung vertreten diese Auffassung. Mit 43% betrachten die Bürger in Schweden das Image der EU als negativ. Österreich (36%) und das Vereinigte Königreich (35%) sind die beiden anderen Länder, in den Menschen am häufigsten negative Gefühle hegen. Trotzdem werden die negativen Meinungen in allen Mitgliedstaaten von den zusammengerechneten positiven und neutralen Ansichten übertroffen. (Tabelle 2.3a)

Eine Analyse der verschiedenen demographischen Bevölkerungsgruppen zeigt, dass mehr als die Hälfte der Menschen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind (58%), Studenten (56%), Führungskräfte (54%), Selbstständige (52%), Angestellte (51%) sagen, die EU flößt ein positives Image ein. Was die negative Einstellung angeht, stellen wir fest, dass diese von Personen im Ruhestand (24%), im Alter von 55 Jahren oder älter (22%), die die Ausbildung vor dem Alter von 20 Jahren beendeten und Arbeitslosen (beide 21%) am häufigsten geteilt wird.

Wie man erwarten kann, hegen Menschen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes unterstützen, meistens ein positives Image (73%), während Personen, die die EU-Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen, dazu neigen, ein negatives Image zu behalten (68%). Aus diesen Analysen geht hervor, dass diese Frage mit den anderen Fragen über die Einstellungen der Bürger gegenüber der EU zusammenhängt und so die Forscher mit einem zuverlässigen Indikator der emotionalen Aspekte der Zustimmung zur EU aufrüstet. (Tabelle 2.3b)

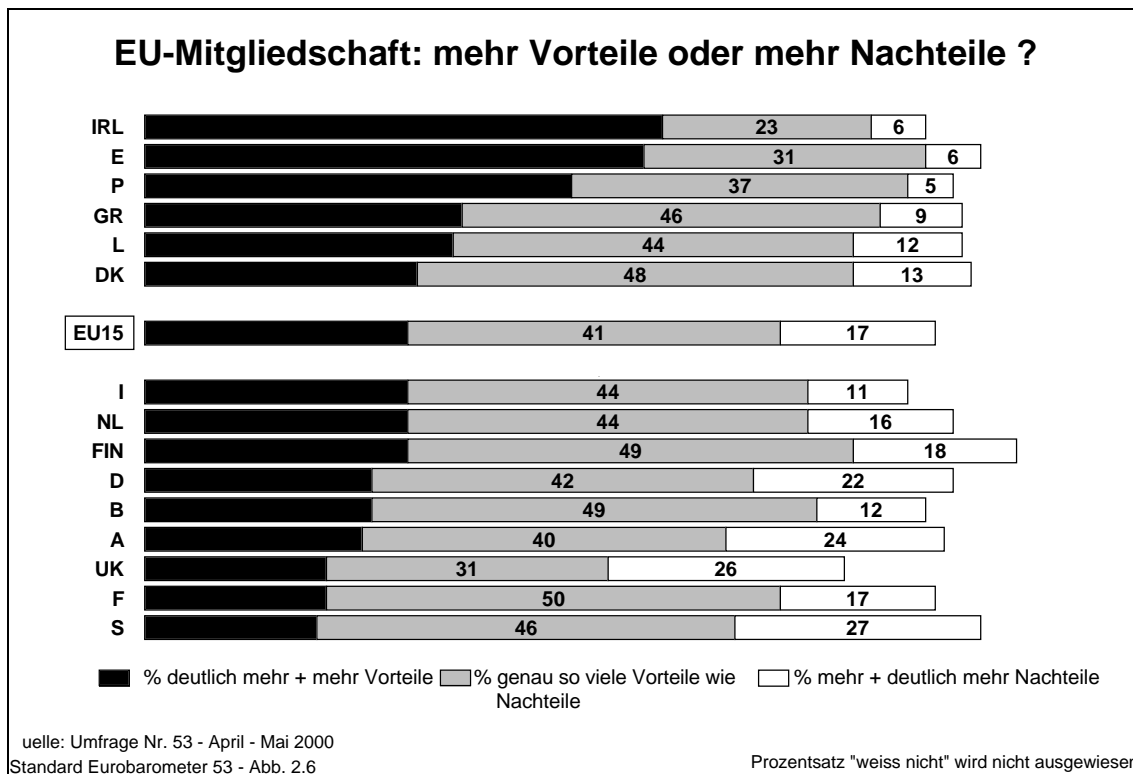
Die folgende Frage, die auch zum ersten Mal gestellt wurde, ist ein anderer Indikator der Unterstützung der EU:

Ihrer Meinung nach hat die EU-Mitgliedschaft (UNSERES LANDES) für Sie persönlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile zur Folge?

Die Durchschnittswerte für die EU15 insgesamt wurden folgenderweise aufgeteilt:

- deutlich mehr Vorteile 5%
- mehr Vorteile 24%
- genau so viele Vorteile wie Nachteile 41%
- mehr Nachteile 13%
- deutlich mehr Nachteile 3%
- weiß nicht/keine Meinung 14%

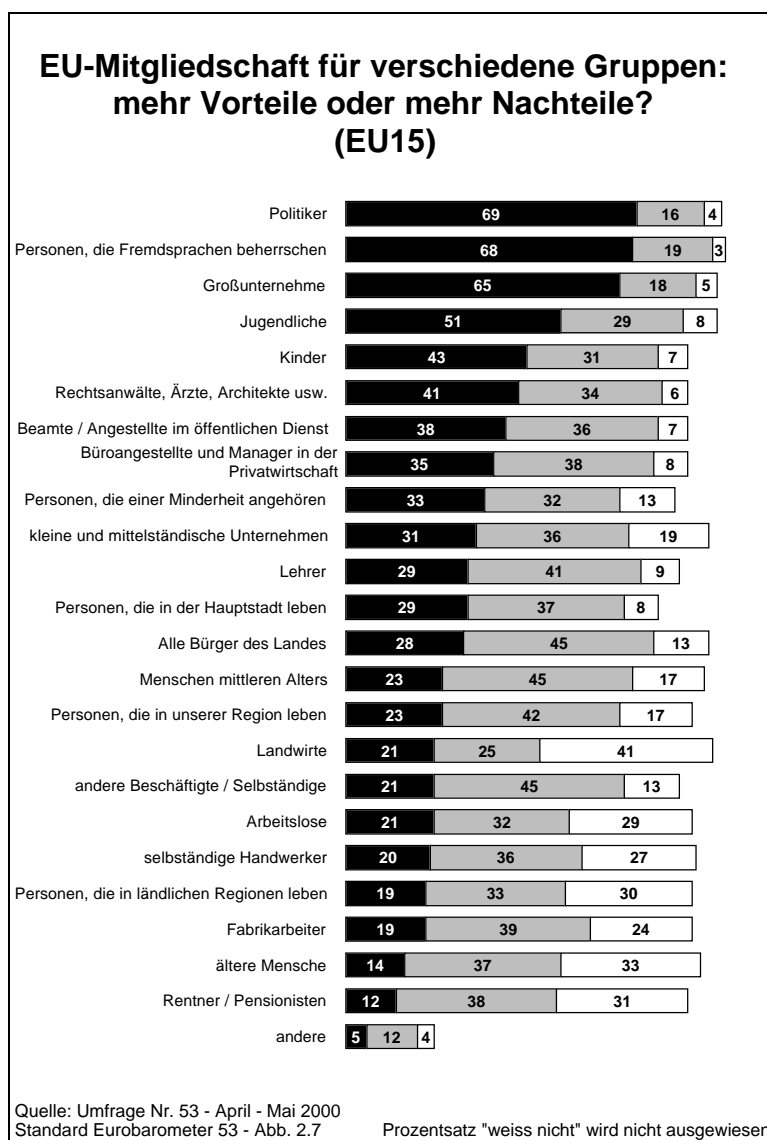
Die Länderanalyse zeigt, dass Menschen in Irland am häufigsten meinen, dass ihnen die EU-Mitgliedschaft mehr Vorteile (57%) als Nachteile gebracht hat, nah gefolgt von Spanien (55%). Portugal (47%) ist ein weiteres Land, wo die Mehrheit der Personen derselben Ansicht sind. In allen anderen Ländern glaubt man am häufigsten, dass die EU-Mitgliedschaft genau so viele Vorteile wie Nachteile gebracht hat, mit den Bevölkerungen von Frankreich (50%), Finnland und Belgien (beide 49%) oben auf der Rangliste. Der größte Anteil von Menschen, die meinen, dass die EU-Mitgliedschaft mehr Nachteile als Vorteile für sie hat, ist in Schweden (27%), dem Vereinigten Königreich (26%) und Österreich (24%) zu finden. Der Anteil der Menschen, die ihre Meinung nicht angeben konnten oder wollten, ist ziemlich wichtig und variiert von 5% in Finnland bis 23% im Vereinigten Königreich. (Tabelle 2.4a)



Unter den verschiedenen demographischen Gruppen konnten Studenten (41%) am häufigsten mehr Vorteile als Nachteile für sich persönlich verspüren, gefolgt von Führungskräften (38%) und Personen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind (37%). Am anderen Ende des Spektrums glauben Personen im Ruhestand genau so häufig, dass die EU-Mitgliedschaft Vorteile wie Nachteile gebracht hat (beide 22%). Das gleiche können wir über die Personen im Alter von 55 Jahren oder älter sagen (23% gegenüber 21%).

Die Einstellungen zur Europäischen Union heben eine starke Polarisierung zwischen den Befürwortern und den Gegnern der EU hervor. Unter den Befürwortern finden wir 49% die glauben, sie konnten persönlich mehr Vorteile als Nachteile von der EU-Mitgliedschaft ihres Landes spüren. Unter den Gegnern sehen wir, dass 59% fühlen, sie haben mehr persönliche Nachteile als Vorteile erhalten. (Tabelle 2.4b)

Die Teilnehmer wurden auch gebeten, zu beurteilen, ob einer großen Auswahl an verschiedenen Gruppen, von Politikern bis zu Personen im hohen Alter, mehr Vorteile oder mehr Nachteile von der EU-Mitgliedschaft gegeben wurden.



Wie das Diagramm zeigt, bezeichnet man von der dem Fragebogen beigefügten Liste am häufigsten die Politiker als die Gruppe, die mehr Vorteile als Nachteile ziehen konnte (69%). Dies bestärkt die verbreitete Ansicht, dass die Europäische Union nicht für den durchschnittlichen Bürger da ist. 68% der Menschen glauben, dass diejenigen, die Fremdsprachen beherrschen, mehr Vorteile als Nachteile von der EU-Mitgliedschaft ihres Landes haben, mit den Großunternehmen (65%) auf dem dritten Platz. Mehr als die Hälfte der Öffentlichkeit glaubt, dass junge Menschen mehr Vorteile als Nachteile erhalten (51%) und mehr als 4 von 10 Personen teilen diese Ansicht, wenn über Kinder und Fachleute gesprochen wird. Sonst stellen wir auch fest, dass Menschen am ehesten denken, dass Landwirte mehr Nachteile als Vorteile von der EU-Mitgliedschaft ihres Landes erhalten (41%).

Personen im hohen Alter und Personen im Ruhestand (33% beziehungsweise 31%), Dorfbewohner (30%), Arbeitslose (29%), selbstständige Handwerker (27%), Arbeiter (24%) sind andere Gruppen, die nach der Auffassung der Menschen mehr Nachteile als Vorteile erhalten. Tabelle 2.5 stellt die Ergebnisse der einzelnen Länder für jede Gruppe der Liste vor.

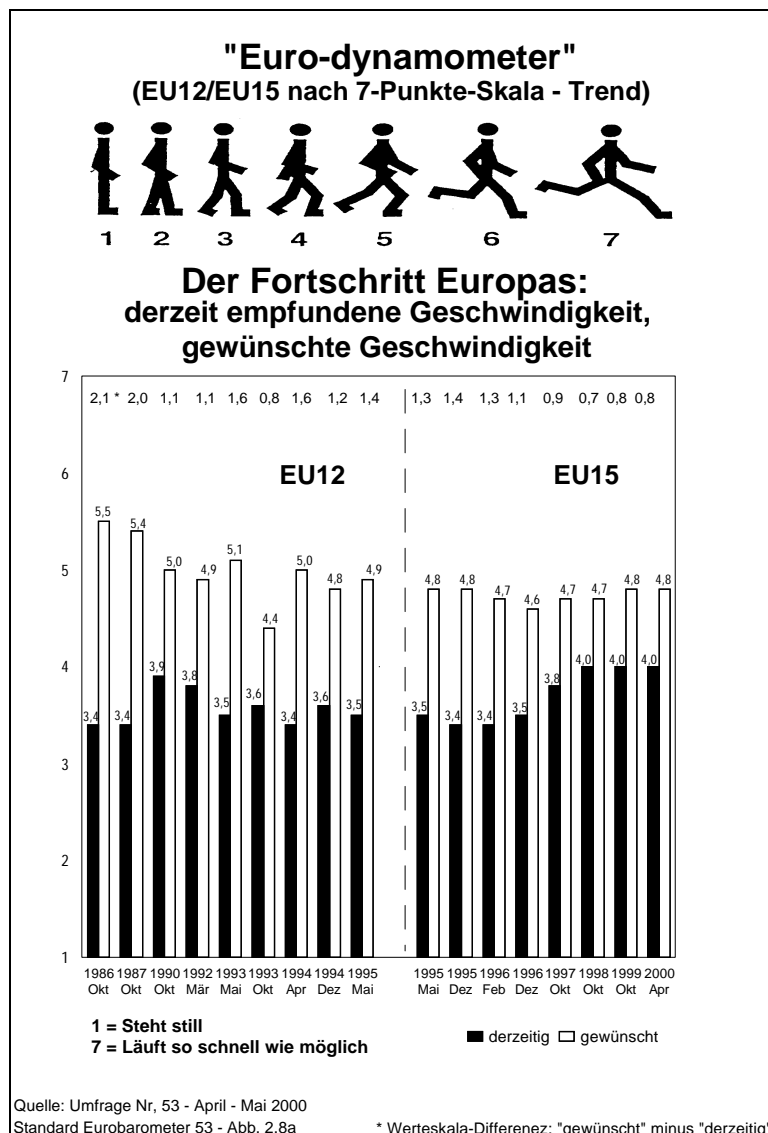
2.4. Geschwindigkeit der europäischen Integration

Ein langjähriger Indikator betrachtet die öffentliche Meinung über die Geschwindigkeit der europäischen Vereinigung.

Seit 1986 schließt die Umfrage die folgende Frage ein:

- a. Welche ist die von Ihnen empfundene aktuelle Geschwindigkeit des europäischen Aufbaus? Bitte sehen Sie diese Menschen an (Karte zeigen). N°1 steht still; N°7 läuft so schnell wie möglich. Bitte wählen Sie den Mensch aus, der ihrer Auffassung am besten der aktuellen Geschwindigkeit des europäischen Aufbaus entspricht.
- b. Und welcher Mensch entspricht am meisten Ihrem Wunsch? (selbe Karte zeigen)

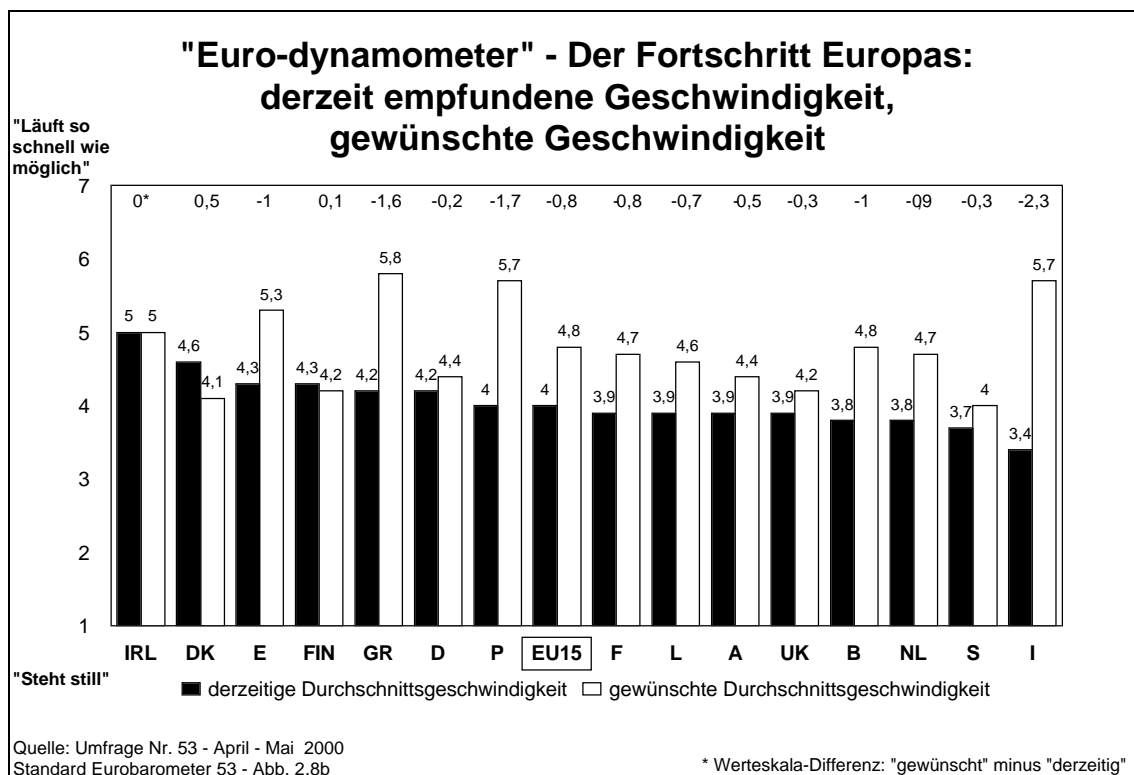
Die empfundene Geschwindigkeit der europäischen Verbreitung hat sich seit 1996 von einem Durchschnitt von 3,4 (nach eine Skala von 1 bis 7) bis zur durchschnittlichen Geschwindigkeit von 4,0 erhöht. Andererseits ist die gewünschte Geschwindigkeit während der letzten Jahre mehr oder weniger beständig geworden. Folglich hat sich die Kluft zwischen der empfundenen und der erwünschten Geschwindigkeit, seit die Frage zum ersten Mal im Jahr 1986 gestellt wurde, wesentlich verkleinert. Wie die folgende Tabelle zeigt, weisen die letzten Ergebnisse einen deutlichen Differenzwert von 0,8 im Vergleich zu einer Differenz von 2,1 im Jahre 1986 auf.



Die empfundene Geschwindigkeit der europäischen Vereinigung variiert deutlich von Land zu Land. In Irland (5,0) ist sie am höchsten, in Italien (3,4) am niedrigsten. Wenn wir die Ergebnisse vom Frühjahr 2000 den Ergebnissen vom Herbst 1999 gegenüber stellen, ergibt sich, dass die höchste durchschnittliche Erhöhung der empfundenen Geschwindigkeit in Irland (+0,31), gefolgt von Griechenland (+0,27), und der wesentlichste Rückgang in Österreich (-0,28), gefolgt von Italien (-0,26), registriert wurde. (Tabelle 2.6a)

Die Bevölkerung in Griechenland möchte Europa am schnellsten aufbauen (5,8), gefolgt von der Bevölkerung in Portugal, Italien (beide 5,7) und Spanien (5,3). Am niedrigsten ist die gewünschte Geschwindigkeit in Schweden (4,0), Dänemark (4,1), dem Vereinigten Königreich und Finnland (beide 4,2). Seit Herbst 1999 hat sich die gewünschte Geschwindigkeit in Finnland (+0,15) und Griechenland (+0,14) am meisten erhöht. Belgien (-0,31), Luxemburg und Österreich (beide -0,27) sind die Länder, wo die größten Rückgänge registriert wurden. (Tabelle 2.6b)

Wie das unten stehende Diagramm veranschaulicht, schwankt die Kluft zwischen der Schnelligkeit, mit der die Bevölkerung glaubt, dass die europäische Vereinigung voranschreitet und der Schnelligkeit, mit der die Bevölkerung wünscht, dass sie voranschreiten möge, deutlich von Land zu Land. In den meisten Ländern wünscht sich die Bevölkerung, dass Europa schneller aufgebaut wird als es ihrer Meinung nach der Fall ist. Den höchsten positiven Differenzwert findet man in Italien, Portugal und Griechenland, während Dänemark das einzige Land ist, mit einem bedeutenden (doch kleinen) negativen Differenzwert zwischen der empfundenen und erwünschten Geschwindigkeit. Irland ist die einzige Nation, wo die empfundene Geschwindigkeit nicht nur am höchsten liegt, sondern auch die gewünschte Geschwindigkeit vollkommen übereinstimmt.



Die Tabelle auf der nächsten Seite zeigt, inwieweit die Einstellung der Bevölkerung über die Europäische Union im Allgemeinen ihre Meinung über die fortschreitende Vereinigung beeinflusst. Wie zu erwarten, wünschen sich Personen mit pro-europäischer Einstellung einen schnelleren Fortschritt für die europäische Integration als jetzt gegeben ist, während sich Personen mit anti-EU-Einstellung einen langsameren Fortschritt wünschen. Daher ist die allgemeine Einstellung zur EU ganz offensichtlich ein guter Anhaltspunkt für die Auffassung der Bevölkerung über die Geschwindigkeit der europäischen Integration.

"Das Euro-Dynamometer" Durchschnittswerte von Personen mit pro-, neutraler und anti-EU Einstellung (EU15)			
Pro-EU Einstellung:	Aktuelle Durchschnittsgeschwindigkeit	Gewünschte Durchschnittsgeschwindigkeit	Differenz "gewünscht" minus "aktuell"
Wünscht eine wichtigere Rolle der EU	3,89	5,55	+1,66
Positives Image der EU	4,05	5,43	+1,38
EU-Mitgliedschaft ist eine gute Sache	4,04	5,38	+1,34
Neutrale EU Einstellung:			
Neutrales Image der EU	3,91	4,61	+0,70
EU-Mitgliedschaft ist weder gut noch schlecht	3,88	4,43	+0,55
Rolle der EU sollte sich nicht verändern	4,00	4,40	+0,40
Anti-EU Einstellung:			
Negatives Image der EU	3,81	3,56	-0,25
EU-Mitgliedschaft ist keine gute Sache	3,84	3,43	-0,41
Wünscht eine weniger wichtige Rolle der EU	4,14	3,31	-0,83

Die Untersuchung der verschiedenen soziodemographischen Gruppen in der Bevölkerung zeigt, dass alle einen schnelleren Fortschritt für Europa wünschen als im Augenblick gegeben ist. Dies weist darauf hin, dass die soziodemographischen Faktoren die Ansichten der Menschen über die empfundene und gewünschte Geschwindigkeit des Fortschritts der europäischen Vereinigung nicht so stark beeinflussen wie die der Einstellungs- und Ländervariablen.

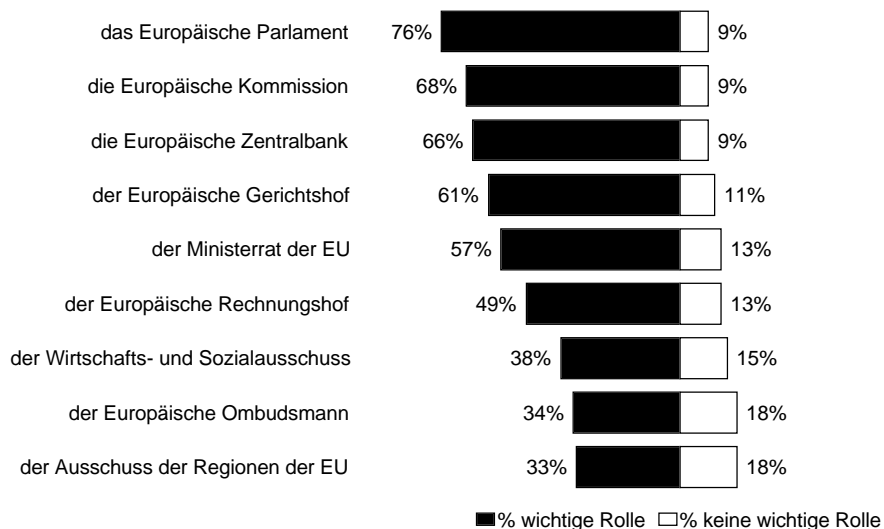
2.5. Institutionen und Körperschaften der EU

Das Eurobarometer hat nun zum dritten Mal hintereinander die öffentliche Meinung über eine Anzahl von Europäischen Institutionen und Körperschaften analysiert. Die Teilnehmer wurden zunächst befragt, inwieweit ihrer Meinung nach 9 der EU-Institutionen und -Körperschaften eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielen. Die ausgewählten Institutionen und Körperschaften, die in die Umfrage eingeschlossen wurden, sind das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, der Ministerrat der EU, der Europäische Gerichtshof, der Europäische Ombudsmann, die Europäische Zentralbank, der Europäische Rechnungshof, der Ausschuss der Regionen der EU und der Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Wie aus dem folgenden Diagramm hervorgeht, meinen die Befragten am ehesten, dass das Europäische Parlament (76%), die Europäische Kommission (68%) und die Europäische Zentralbank (66%) eine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielen. Die Öffentlichkeit ist am seltensten der Ansicht, dass der Ausschuss der Regionen (33%) und der Europäische Ombudsmann (34%) eine wichtige Rolle spielen. Seit der letzten Umfrage im Herbst 1999 wurden keine Grundänderungen bemerkt.² Die Länderanalyse zeigt, dass der Anteil der Personen, die meinen, dass **das Europäische Parlament** eine wichtige Rolle im Leben der EU spielt, in Luxemburg (88%), Irland (86%) und Italien (85%) am höchsten und im Vereinigten Königreich (64%), Deutschland (68%) und Österreich (69%) am kleinsten ist. Was die **Europäische Kommission** betrifft, kommt Luxemburg (86%) wieder an erster Stelle, gefolgt von Irland (82%) mit dem Vereinigten Königreich (56%) und Deutschland (60%) erneut am Ende der Liste. Die Bevölkerung in den Niederlanden glaubt am meisten, dass die **Europäische Zentralbank**, die von einem Niederländer geleitet wird, eine wichtige Rolle spielt (82%), während die Öffentlichkeit im Vereinigten Königreich am seltensten diese Ansicht teilt (46%). (Tabelle 2.7)

² Siehe Eurobarometer Bericht Nr. 52, Tabelle 3.8.

Die Rolle der europäischen Institutionen und Organe im Leben der EU (EU15)



Quelle: Umfrage Nr. 53 - April - Mai 2000
Standard Eurobarometer 53 - Abb. 2.9

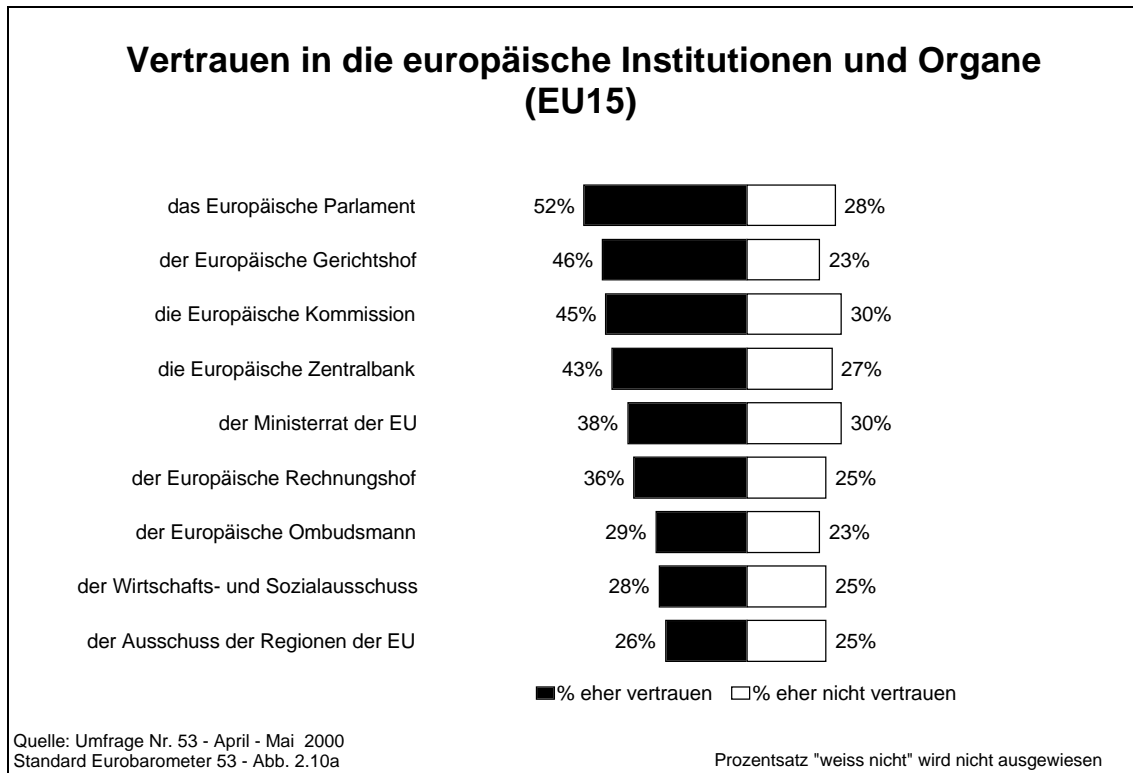
Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Die folgende Tabelle verzeichnet für jeden der Mitgliedstaaten den Mittelwert des Prozentsatzes der Personen, die den 9 Institutionen und Körperschaften eine wichtige Rolle im Leben der EU zuordnen.

Wichtigkeit der EU-Institutionen und - Körperschaften (Mittelwert - % der Personen, die die 9 Institutionen und Körperschaften für wichtig halten, nach Ländern)	
Land	Mittelwert
Luxemburg	76
Finnland	72
Irland	70
Schweden	70
Die Niederlande	68
Frankreich	64
Belgien	61
Portugal	59
Dänemark	58
EU15	57
Deutschland	56
Spanien	56
Italien	56
Österreich	53
Griechenland	49
Das Vereinigte Königreich	35

Wie aus der Tabelle hervorgeht, wurde der höchste Mittelwert in Luxemburg (76%) und Finnland (72%) registriert, während der niedrigste Mittelwert für das Vereinigte Königreich gemessen wurde (35%). Jedoch bedeutet dies nicht unbedingt, dass die Briten nicht glauben, dass die Institutionen und Körperschaften eine wichtige Rolle spielen. In der Tat stellen wir fest, dass die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs häufig "weiß nicht" angibt.

Die Teilnehmer wurden auch gefragt, ob sie den 9 Institutionen und Organen vertrauen. Obwohl der Vertrauensgrad zwischen den 15 Mitgliedstaaten stark variiert, wird zuallererst ein hoher Anteil von "weiß nicht"-Antworten deutlich, insbesondere für den Ausschuss der Regionen, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Europäischen Ombudsmann. Teilweise ist dies die Erklärung für die niedrigen Vertrauensgrade im folgenden Schaubild.



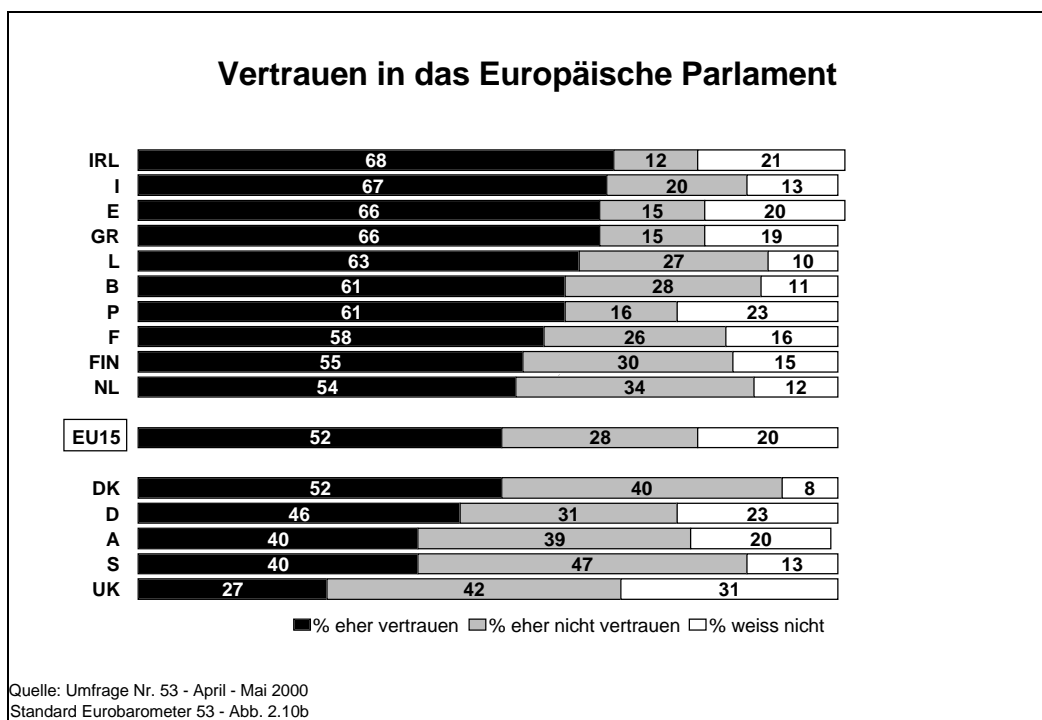
Mit 52% erhält das Europäische Parlament das größte Vertrauen, gefolgt vom Europäischen Gerichtshof (46%) und der Europäischen Kommission (45%). Dennoch erhalten sowohl die Kommission als auch der Ministerrat den höchsten Anteil der Personen, die sagen, dass sie ihnen nicht vertrauen (beide 30%).

Die folgende Tabelle zeigt die 3 Institutionen und Körperschaften, denen in den einzelnen Mitgliedstaaten vertraut wird. Das **Europäische Parlament** steht in 8 von 15 der Mitgliedstaaten an erster Stelle, in drei anderen steht es an zweiter und in weiteren drei an dritter Stelle. Die Niederlande sind das einzige Land, wo es sich nicht unter den ersten drei Plätzen befindet. Der **Europäische Gerichtshof** steht in 6 Mitgliedstaaten an erster Stelle, in 3 Ländern kommt er als zweiter und in weiteren 3 als dritter. In Spanien, Portugal und Italien befindet er sich nicht unter den ersten 3 Institutionen. Die **Europäische Kommission** steht in Irland (61%), Italien (58%), Belgien, Portugal (beide 57%), Spanien (56%) und Frankreich (54%) an zweiter Stelle, während sie in Griechenland (50%) und dem Vereinigten Königreich (24%) nur an dritter Stelle steht. Die **Europäische Zentralbank** steht in 3 Ländern an zweiter Stelle und in anderen 4 an dritter Stelle. Portugal (53%) und Spanien (51%) sind die einzigen 2 Mitgliedstaaten, in denen sich der **Ministerrat** unter den ersten 3 Plätzen befindet. Der aus Finnland stammende **Europäische Ombudsmann** steht in seinem eigenen Land an erster Stelle (61%), erreicht jedoch in keinem anderen Mitgliedstaat die ersten 3 Plätze. Der **Europäische Rechnungshof** steht in den Niederlanden (55%) an dritter Stelle. Keine der anderen Institutionen und Körperschaften erreichte einen Platz unter den ersten drei. (Siehe auch Tabelle 2.8)

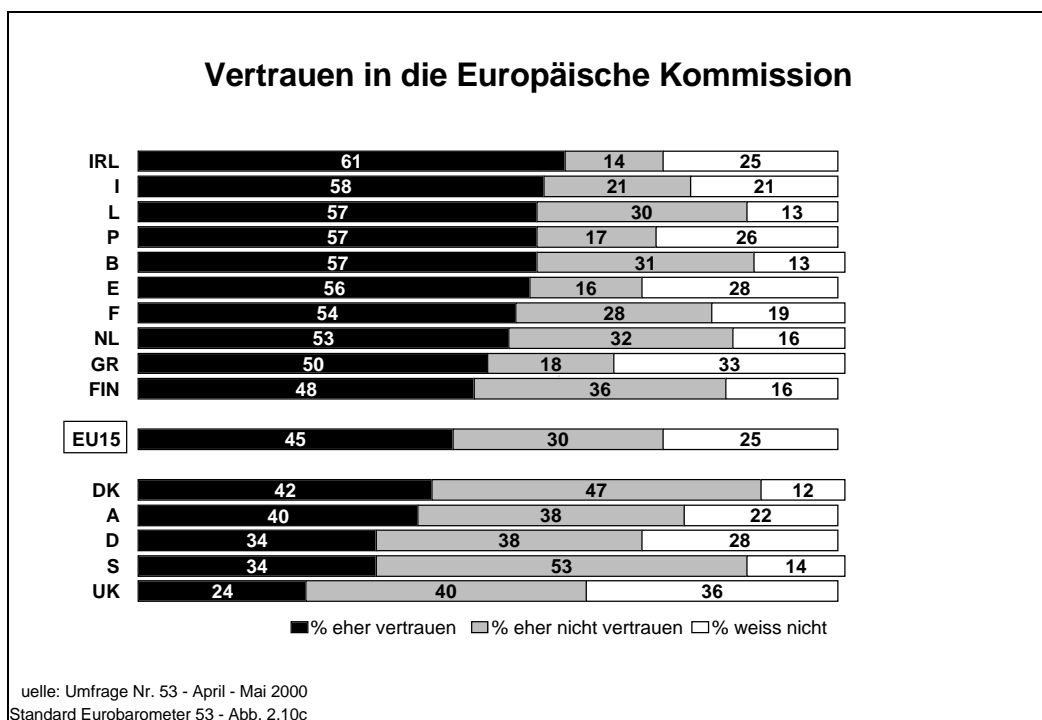
DIE DREI MEIST VERTRAUTEN EU-INSTITUTIONEN UND -KÖRPERSCHAFTEN (IN %, NACH MITGLIEDSTAATEN)			
Belgien		Luxemburg	
Das Europäische Parlament	61	Der Europäische Gerichtshof	66
Die Europäische Kommission	57	Das Europäische Parlament	63
Der Europäische Gerichtshof	55	Die Europäische Zentralbank	59
Dänemark		Die Niederlande	
Der Europäische Gerichtshof	66	Der Europäische Gerichtshof	72
Das Europäische Parlament	52	Die Europäische Zentralbank	70
Die Europäische Zentralbank	42	Der Europäische Rechnungshof	55
Deutschland		Österreich	
Der Europäische Gerichtshof	51	Der Europäische Gerichtshof	45
Das Europäische Parlament	46	Die Europäische Zentralbank	42
Die Europäische Zentralbank	43	Das Europäische Parlament	40
Griechenland		Portugal	
Das Europäische Parlament	66	Das Europäische Parlament	61
Der Europäische Gerichtshof	50	Die Europäische Kommission	57
Die Europäische Kommission	50	Der Ministerrat	53
Spanien		Finnland	
Das Europäische Parlament	66	Der Europäische Ombudsmann	61
Die Europäische Kommission	56	Der Europäische Gerichtshof	56
Der Ministerrat	51	Das Europäische Parlament	55
Frankreich		Schweden	
Das Europäische Parlament	58	Der Europäische Gerichtshof	50
Die Europäische Kommission	54	Die Europäische Zentralbank	41
Der Europäische Gerichtshof	50	Das Europäische Parlament	40
Irland		Das Vereinigte Königreich	
Das Europäische Parlament	68	Das Europäische Parlament	27
Die Europäische Kommission	61	Der Europäische Gerichtshof	27
Der Europäische Gerichtshof	60	Die Europäische Kommission	24
Italien			
Das Europäische Parlament	67		
Die Europäische Kommission	58		
Die Europäische Zentralbank	53		

Wenn man die Ergebnisse der Länder näher betrachtet, stellt man fest, dass die Bevölkerung in Irland (68%), Italien (67%), Spanien und Griechenland (beide 66%) dem **Europäischen Parlament** am häufigsten vertraut. Die Bevölkerung in Schweden (47%), dem Vereinigten Königreich (42%) und Dänemark (40%) vertraut dem Europäischen Parlament am seltensten. Der Anteil der "weiß nicht"-Antworten reicht von 8% in Dänemark bis zu 31% im Vereinigten Königreich.

Seit Herbst 1999 hat sich der Grad des Vertrauens in Griechenland, Luxemburg (beide +5), Belgien, Frankreich (beide +4) und Spanien (+3) deutlich erhöht. Den Sanktionen zur Folge, die gegen Österreich verhängt wurden, ist der Vertrauensgrad in diesem Land um 12 Prozentpunkte gefallen. Portugal (-5), Italien (-4) und Schweden (-3) sind die anderen Länder, in denen das Vertrauen deutlich gesunken ist.³



Wenn man die Länderanalyse betrachtet, sieht man, dass ungefähr 6 von 10 Personen in Irland, Italien, Luxemburg, Portugal und Belgien der **Europäischen Kommission** vertrauen. Nur in Schweden neigt mehr als die Hälfte der Bevölkerung dazu, ihr nicht zu vertrauen, obwohl auch in Dänemark, Deutschland und dem Vereinigten Königreich die Zahl der Personen ohne Vertrauen die Zahl der Personen mit Vertrauen übersteigt. Der Anteil von "weiß nicht"-Antworten reicht von 12% in Dänemark bis zu 36% im Vereinigten Königreich.



³ Siehe auch Eurobarometer Bericht 52, Tabelle 3.5

In 10 von 15 der Mitgliedstaaten ist der Grad des Vertrauens höher als im Herbst 1999. Die bedeutendsten Erhöhungen wurden in Luxemburg, den Niederlanden (beide +5) und Frankreich (+4) registriert. Wie zu erwarten, ist das Vertrauen der Österreicher zu der Kommission jetzt verringert (-6). Erstaunlicher ist der Rückgang des Vertrauens in Italien und Portugal (beide -5). Nur in Schweden (-4) ist jetzt der Grad des Vertrauens niedriger als im Herbst 1999.

Anschließend betrachten wir den Mittelwert des Niveaus des Vertrauens in die 9 Institutionen und Körperschaften in jedem einzelnen Mitgliedstaat⁴. Wie das folgende Schaubild zeigt, ist der Mittelwert in Luxemburg (55%) am höchsten und im Vereinigten Königreich (18%) am niedrigsten.

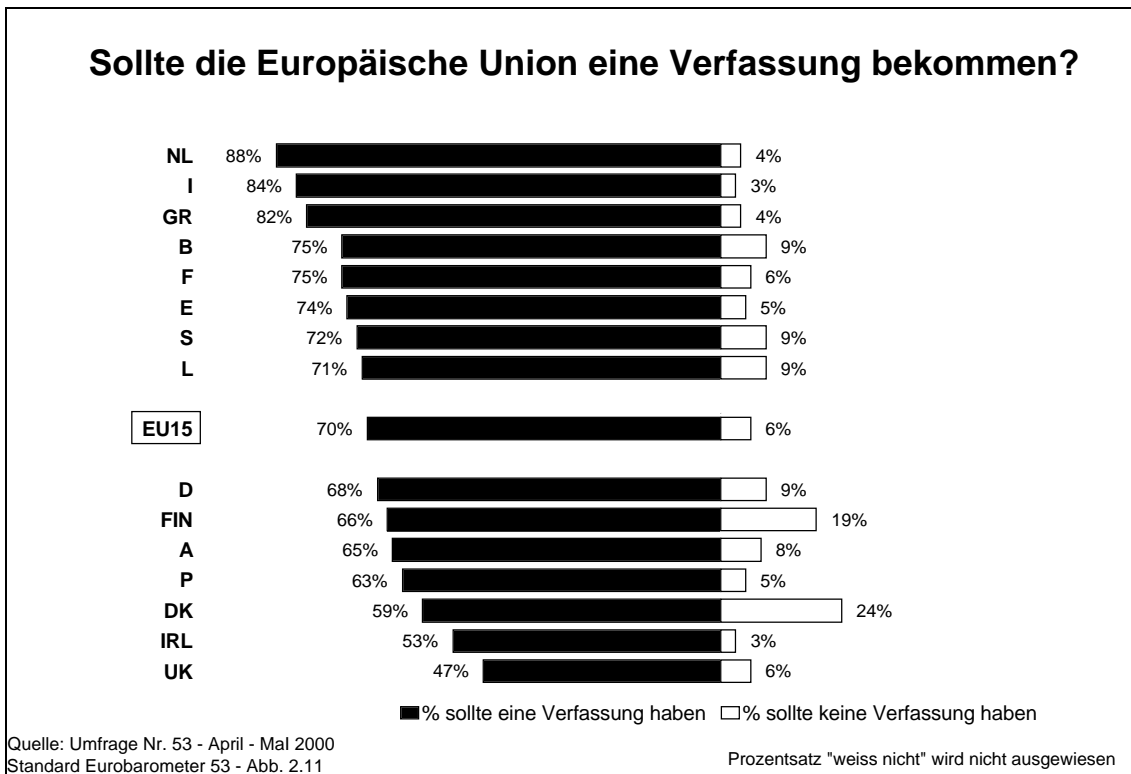
Vertrauen in die EU-Institutionen und -Körperschaften (Mittelwert - % der Personen, die den 9 Institutionen und Körperschaften eher vertrauen, nach Ländern)	
Land	Mittel
Luxemburg	55
Irland	54
Die Niederlande	53
Belgien	49
Finnland	48
Spanien	47
Frankreich	46
Portugal	46
Italien	42
Dänemark	39
Griechenland	39
EU15	38
Österreich	38
Schweden	34
Deutschland	34
Das Vereinigte Königreich	18

2.6. Unterstützung der EU-Verfassung

Momentan hat die Europäische Union keine Verfassung. Da nun die europäischen Leiter gerade damit beschäftigt sind, die Union für die Eintritte der etwa 13 neuen Mitgliedstaaten einzurichten, wird die Möglichkeit eine Verfassung zu haben, eine Debatte.

In diesem Zusammenhang wurde innerhalb der Studie die Einstellung der Bevölkerung zu einer Verfassung der Europäischen Union untersucht, einem grundlegenden Dokument, das die verschiedenen bestehenden Verträge kodifiziert. Die Ergebnisse zeigen eine verbreitete Unterstützung auf, mit 70% der EU-Bürger, die sich für und nur 6%, die sich gegen die Verfassung aussprechen. Die übrigen 24% haben keine Meinung.

⁴ Wir möchten die Leser noch einmal darauf hinweisen, dass ein geringer Vertrauensgrad meistens von einem hohen Anteil an "weiß nicht"-Antworten herrührt, und nicht von einem hohen Grad von Misstrauen.



In allen der 15 Mitgliedstaaten wurde die Unterstützung der Mehrheit der Öffentlichkeit erhalten. Trotzdem gibt es eine bedeutende Schwankung zwischen den verschiedenen Ländern, so reicht die Unterstützung von 88% in den Niederlanden bis zu 47% im Vereinigten Königreich, wo ein gleicher Anteil der Menschen keine Meinung hat. Das Vereinigte Königreich hat den höchsten Anteil an "weiß nicht"-Antworten, jedoch wie schon erwähnt, ist dieser Anteil insgesamt hoch und reicht von 8% in den Niederlanden bis zu 44% in Irland, was ein bisschen niedriger ist als im Vereinigten Königreich. Folglich ist der Anteil der Menschen, die tatsächlich gegen die Verfassung sind, niedrig, mit Dänemark (24%) und Finnland (19%) als einzige Länder, in denen sich mehr als 1 von 10 Personen gegen die Verfassung aussprechen. (Tabelle 2.9a)

Unter den verschiedenen demographischen Gruppen der Bevölkerung ist der Anteil der Gegner niedriger als 10%, mit einigen verschiedenen Graden von Unterstützung, die sich durch die ziemlich bedeutenden Schwankungen des Anteils an "weiß nicht"-Antworten erklären lässt. Wir stellen fest, dass die Unterstützung von 63% derer, die ihre Vollzeitausbildung mit 15 oder jünger, bis zu 80% unter den Personen, die die Vollzeitausbildung mit 20 oder älter beendeten, reicht.

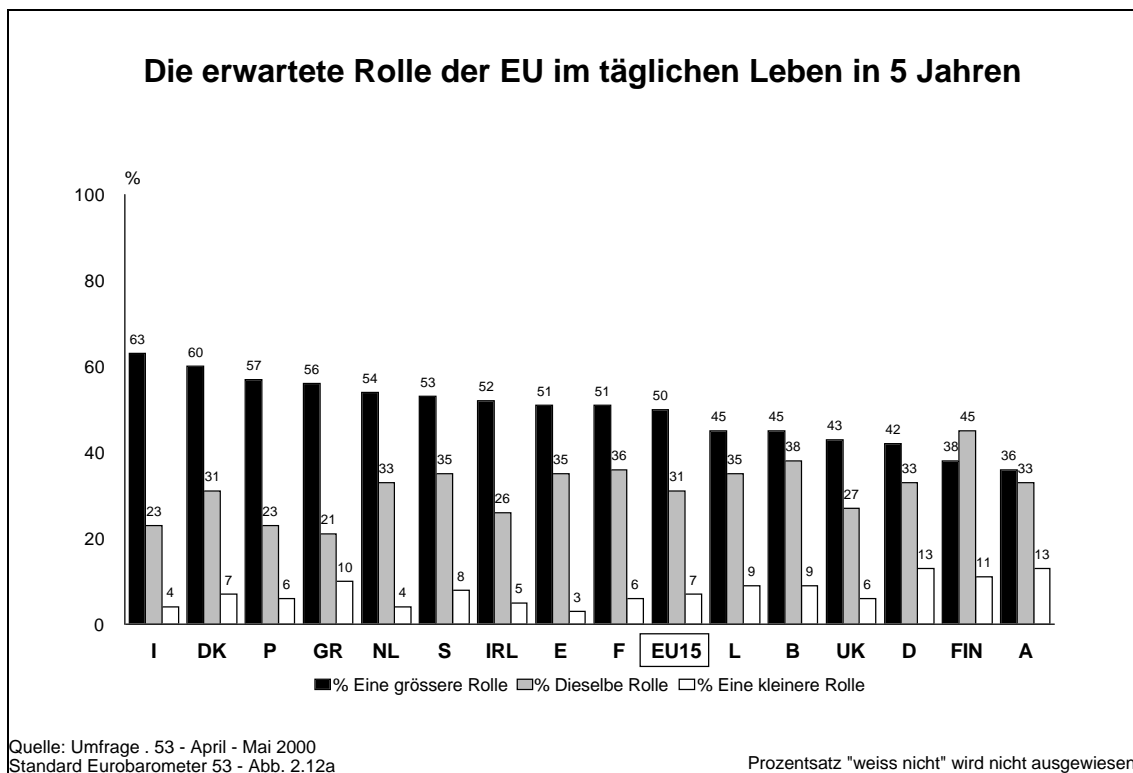
Wie man erwarten kann, haben Personen, die viel über die Europäische Union zu wissen glauben, eher eine Meinung als Personen, die denken, dass sie wenig über die Europäische Union wissen. Aus diesem Grunde betrachten wir einen viel höheren Grad der Unterstützung unter der ersten Gruppe (81%) als unter der zweiten Gruppe (59%).

Wenn man die Einstellung analysiert, ist es kaum überraschend, dass die Befürworter der Europäischen Union zu der Verfassung häufiger günstig eingestellt sind als die Gegner der Europäischen Union (83% gegenüber 58%). 14% der Personen, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen, sind gegen die Verfassung. Mit 16% sprechen sich die Bürger, die in 5 Jahren eine weniger wichtige Rolle der Europäischen Union wünschen, am häufigsten gegen die Verfassung aus. (Tabelle 2.9b)

2.7. Die erwartete und gewünschte Rolle der EU in 5 Jahren

Bis jetzt haben wir den aktuellen Stand der öffentlichen Meinung über die Europäische Union betrachtet, im letzten Abschnitt wenden wir uns der Zukunft zu.

50% der Europäer glauben, dass die Europäische Union in 5 Jahren eine größere Rolle in ihrem täglichen Leben spielen *wird*, 31% glauben die Rolle *bleibe* gleich und nur 7% glauben sie *werde* sich verringern.



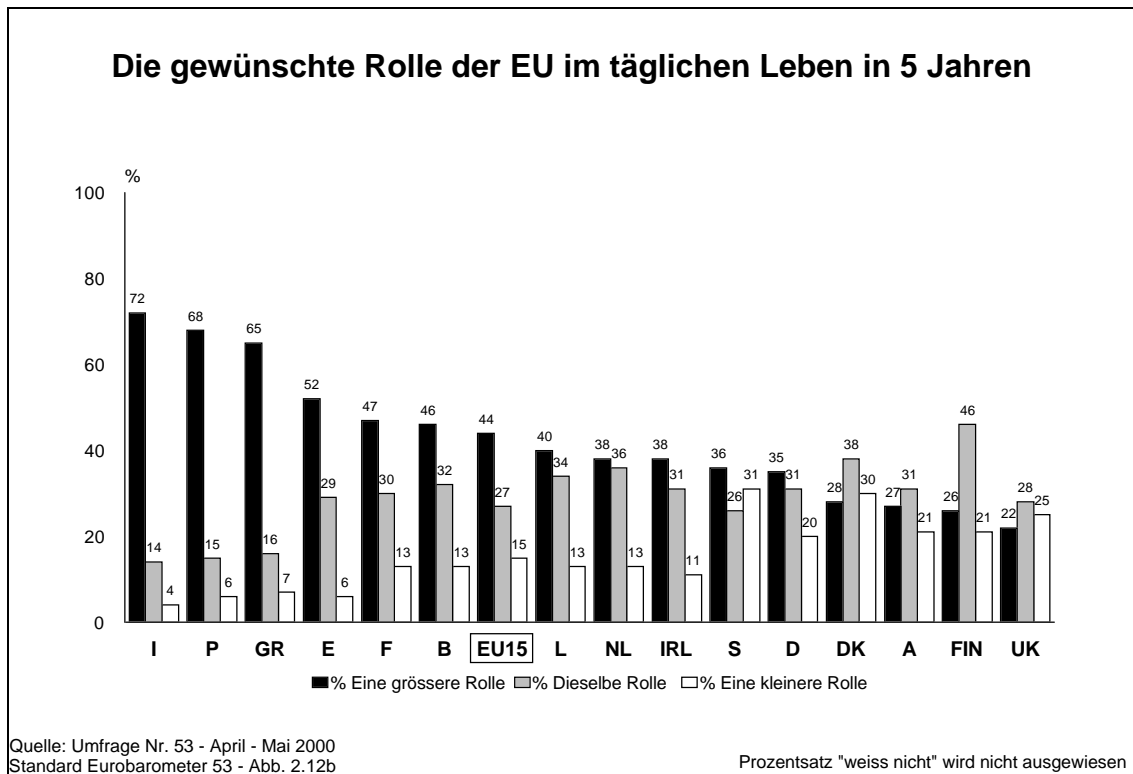
In Italien (63%) und Dänemark (60%) glauben ungefähr 6 von 10 Personen, dass die Europäische Union in 5 Jahren eine wichtigere Rolle spielen wird, mit weiteren 7 Ländern, in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung diese Ansicht ebenfalls teilen. In den anderen Ländern ist die öffentliche Meinung vielmehr verteilt. Dennoch ist Finnland das einzige Land, in dem die Anzahl der Menschen, die glauben, die EU werde dieselbe Rolle spielen (45%), die Anzahl der Menschen, die an eine wichtigere Rolle der EU glauben (38%), übersteigt. Die Ansicht, dass die EU eine kleinere Rolle spielen wird, wird in allen Mitgliedstaaten am seltensten geteilt. Sie reicht von 3% in Spanien bis zu 13% in Deutschland und Österreich.

Im Vergleich zur vorigen Umfrage (Herbst 1999) zeigt die Trendanalyse, dass die Leute jetzt seltener glauben, die EU werde eine wichtigere Rolle spielen, und häufiger fühlen, sie werde dieselbe Rolle spielen. Das Vereinigte Königreich ist die einzige bedeutende Ausnahme, da jetzt mehr Briten glauben, dass die EU in 5 Jahren eine größere Rolle spielen wird (+9). Eine kleine aufschlussreiche Erhöhung des Anteils der Bevölkerung, die glaubt, dass die EU eine weniger wichtige Rolle spielen wird, wurde lediglich in Österreich (+3) notiert. (Tabelle 2.10a)

Die soziodemographische Analyse zeigt, dass der Anteil der Bürger, die glauben, die EU werde eine kleinere Rolle spielen, unabhängig von Geschlecht, Alter, beruflicher Aktivität oder Länge der Ausbildung unter 10% liegt. In Betrachtung der Einstellung über die EU sind die Ansichten dennoch viel deutlicher verteilt. Nur 16% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen sagen, die EU werde in den nächsten 5 Jahren eine weniger wichtige Rolle in ihrem täglichen Leben spielen, im Gegensatz zu 4% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes gutheißen. (Tabelle 2.10b)

In Betrachtung der Frage, welche Rolle die Bevölkerung der EU in 5 Jahren *gerne zuschreiben würde*, stellen wir fest, dass sich 44% der Europäer eine wichtigere Rolle wünschen würden, während 27% sich wünschen, dass die Rolle gleich bleibe und nur 15% sich wünschen, dass sie weniger wichtig werde.

In Italien (72%), Portugal (68%) und Griechenland (65%) *wünschen sich* 2 von 3 Menschen, dass die EU eine wichtigere Rolle in ihrem täglichen Leben spiele, mit etwa der Hälfte der Bevölkerung in Spanien (52%), die diese Ansicht ebenfalls teilen. Diese Einstellung erreicht auch in Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, Irland, Schweden und Deutschland die Mehrheit. In Finnland, Dänemark, Österreich und dem Vereinigten Königreich wünscht man sich, dass die Rolle der EU gleich bleibt. Die Ansicht, dass die EU eine kleinere Rolle spielen soll, wurde nur in Dänemark und dem Vereinigten Königreich ein bisschen häufiger geteilt. Doch ist der Anteil der Bevölkerung, die sich eine weniger wichtige Rolle für die EU wünscht, in Schweden am höchsten (31%).



In den meisten Ländern finden wir seit Herbst 1999 relativ wenig Schwankungen. Die einzigen Ausnahmen wären Griechenland, Österreich, Schweden und Irland. In Griechenland ist die Bevölkerung positiver, mit einem deutlichen Rückgang des Anteils der Menschen, die für die EU in 5 Jahren eine weniger wichtige Rolle möchten, von 13% zu 7%. In Österreich sind die Leute negativer, mit einer Verringerung der Anzahl derer, die sich eine wichtigere Rolle wünschen (-9) und einer Erhöhung des Anteils der Bevölkerung, die sich eine kleinere Rolle der EU wünscht (+6). Eine ähnliche Entwicklung ist auch in Schweden bemerkbar (-5 bzw +5). In Irland ist der Anteil der Menschen, die sich eine wichtigere Rolle wünschen, nur undeutlich verändert, jedoch ist der Anteil, der sich eine verkleinerte Rolle wünscht, um 4 Prozentpunkte angestiegen. (Tabelle 2.11a)

Wenn wir die Einstellungen analysieren, wird gezeigt, dass die Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten (65%), sich mehr als drei Mal häufiger eine wichtigere Rolle für die EU in fünf Jahren wünschen, als die Menschen, die die Mitgliedschaft ablehnen (19%). 45% dieser Gruppe wünschen sich, dass die EU in fünf Jahren eine weniger wichtige Rolle spielen soll. Auf der soziodemographischen Ebene finden wir, dass der Anteil der Menschen, die sich eine weniger wichtige Rolle für die EU wünschen, bei weniger als 20% liegt - unabhängig von Geschlecht, Alter, beruflicher Aktivität oder Länge der Ausbildung. (Tabelle 2.11b)

3. Unterstützung der derzeitigen Politik

Während uns das vorige Kapitel einen generellen Überblick über die öffentliche Unterstützung der Europäischen Union durch Untersuchungen der Ergebnisse der Hauptindikatoren verschafft, betrachtet dieses Kapitel einige Aspekte der EU-Politik.

3.1. Die Unterstützung der Beschlussfassung auf europäischer Ebene

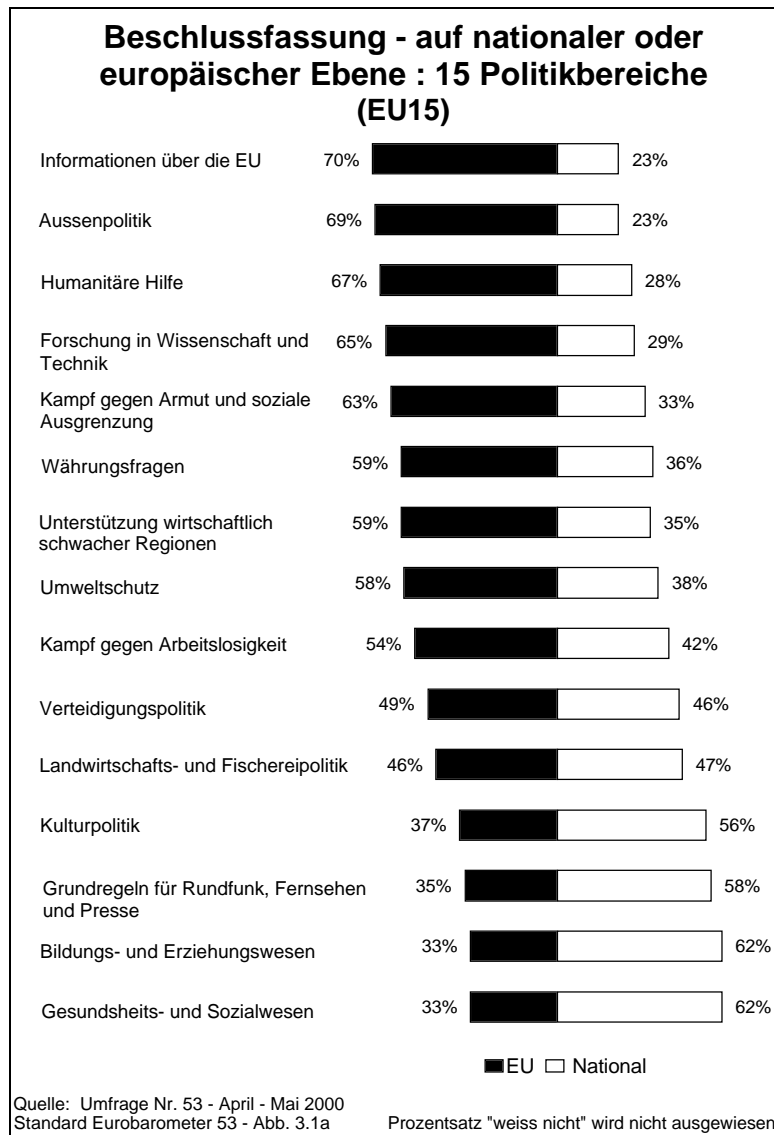
Wir beginnen mit der Untersuchung der Ergebnisse zu der Frage, ob auf nationaler oder europäischer Ebene entschieden werden soll. Die Frage umfasst 25 Bereiche der Politik, in denen die EU in verschiedenem Maße im Prozess der Beschlussfassung Kompetenz hat. In diesen Bereichen unterstützt durchschnittlich die Hälfte der Öffentlichkeit die Beschlussfassung auf europäischer Ebene, und in 14 der 25 Bereiche wurde die Beschlussfassung auf europäischer Ebene der nationalen vorgezogen. Im Vergleich zu den vorigen Ergebnissen (Herbst 1999) hat sich die Unterstützung der Beschlussfassung verringert⁵.

UNTERSTÜTZUNG DER EUROPÄISCHEN BESCHLUSSFASSUNG FÜR JEDES LAND		
Land	Durchschnittswert der Unterstützung der Beschlussfassung auf europäischer Ebene (für 25 Regionen, in %)	Anzahl der Regionen, wo die EU-Beschlussfassung der nationalen vorgezogen wird (maximum 25 Gebiete)
Italien	63%	20
Die Niederlande	61%	18
Belgien	58%	17
Spanien	57%	17
Frankreich	57%	16
Deutschland	55%	16
Luxemburg	52%	14
EU15	52%	14
Irland	46%	13
Österreich	43%	12
Portugal	43%	12
Griechenland	43%	11
Dänemark	40%	11
Finnland	40%	10
Schweden	37%	8
Das Vereinigte Königreich	32%	5

Die Unterstützung der EU-Beschlussfassung ist weiterhin in Italien am größten, wo sie der nationalen in 20 der 25 Bereiche vorgezogen wird. Die Niederlande sind das einzige Land, wo die Entscheidungsnahme auf europäischer der auf nationaler Ebene durchschnittlich von 6 von 10 Personen vorgezogen wird. Die Unterstützung ist im Vereinigten Königreich und Schweden, wo weniger als 4 von 10 Menschen die EU-Beschlussfassung der nationalen vorziehen, am geringsten. In diesen zwei Ländern zieht die Öffentlichkeit die Entscheidungsnahme der EU in weniger als 10 der 25 Bereiche des Fragebogens vor.

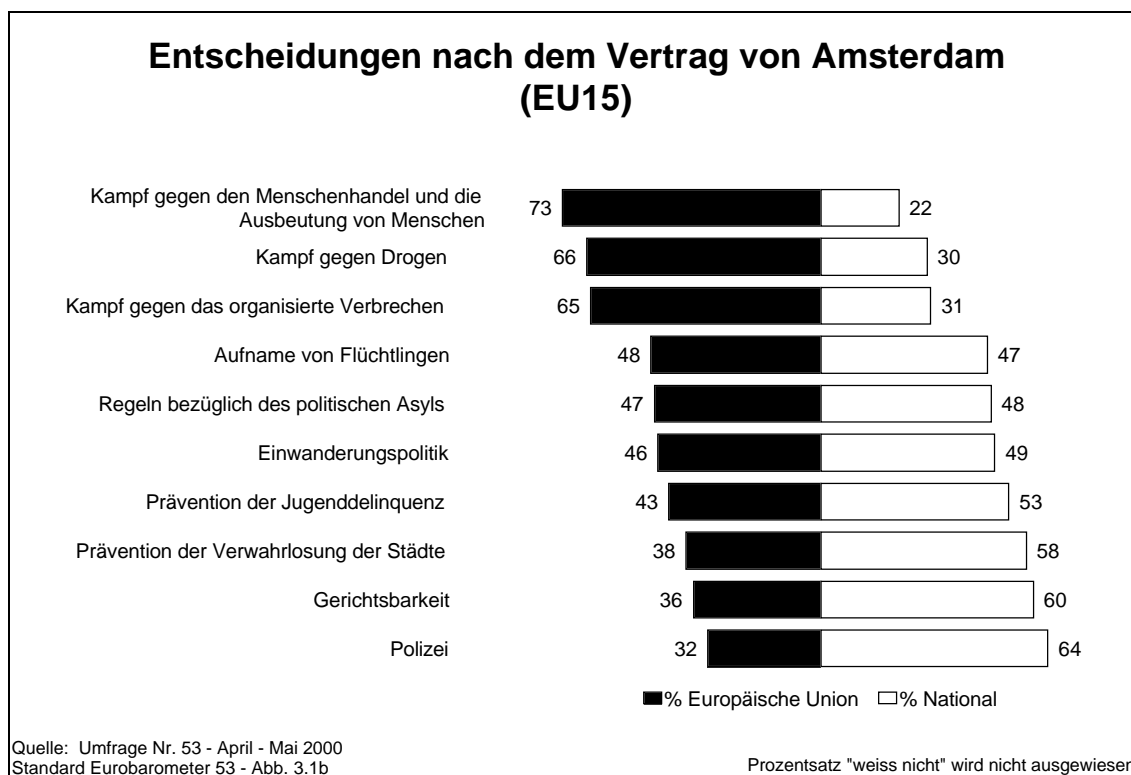
⁵ Im Herbst 1999 wurde in 17 von 25 Bereichen die EU-Beschlussfassung der auf nationaler Ebene vorgezogen und 53% der Personen unterstützten dies.

In der Umfrage ist die Frage nach den Politikbereichen der 3 Stützpunkte des Maastrichter Vertrages und den neuen Bereichen des Amsterdamer Vertrages geteilt. Zuerst betrachten wir die öffentliche Meinung über die verschiedenen Domänen der EU-Politik, die vom Maastrichter Vertrag behandelt werden.



Auch wenn es um Informationen über die EU, ihre Politik und Institutionen geht, liegt die Unterstützung der EU-Beschlussfassung am höchsten. Die nächsten 4 Bereiche, in denen die Öffentlichkeit die EU-Beschlussfassung am ehesten unterstützt, sind die Außenpolitik, die humanitäre Hilfeleistung, die wissenschaftliche und technische Forschung und die Bekämpfung der Armut und sozialer Ausschließung. Die EU-Entscheidungsnahme wurde am wenigsten bei der Bildung, gesundheitlichen und sozialen Politik und der Regelung der Medien unterstützt.

Bei den Bereichen des Amsterdamer Vertrages, finden wir, dass die Unterstützung der Beschlussfassung auf europäischer Ebene am häufigsten der Bekämpfung des Menschenhandels und der Ausbeutung zugestanden wurde. In Bereichen wie Justiz und Polizei möchten die Bürger viel eher, dass die Beschlüsse auf nationaler Ebene getroffen werden.



Wie aus diesen Ergebnissen hervorgeht, unterstützt die Öffentlichkeit die Beschlussfassung durch die EU in Bereichen, deren Charakter nicht national ist oder die das tägliche Leben wenig beeinflussen, und die nationalen Entscheidungen in Bereichen, die mit ihnen, ihren Familien oder ihrem Land unmittelbar verbunden sind. Dies entspricht dem Subsidiaritätsprinzip der Union. (Tabelle 3.1)

3.2. Die Unterstützung der EU-Prioritäten

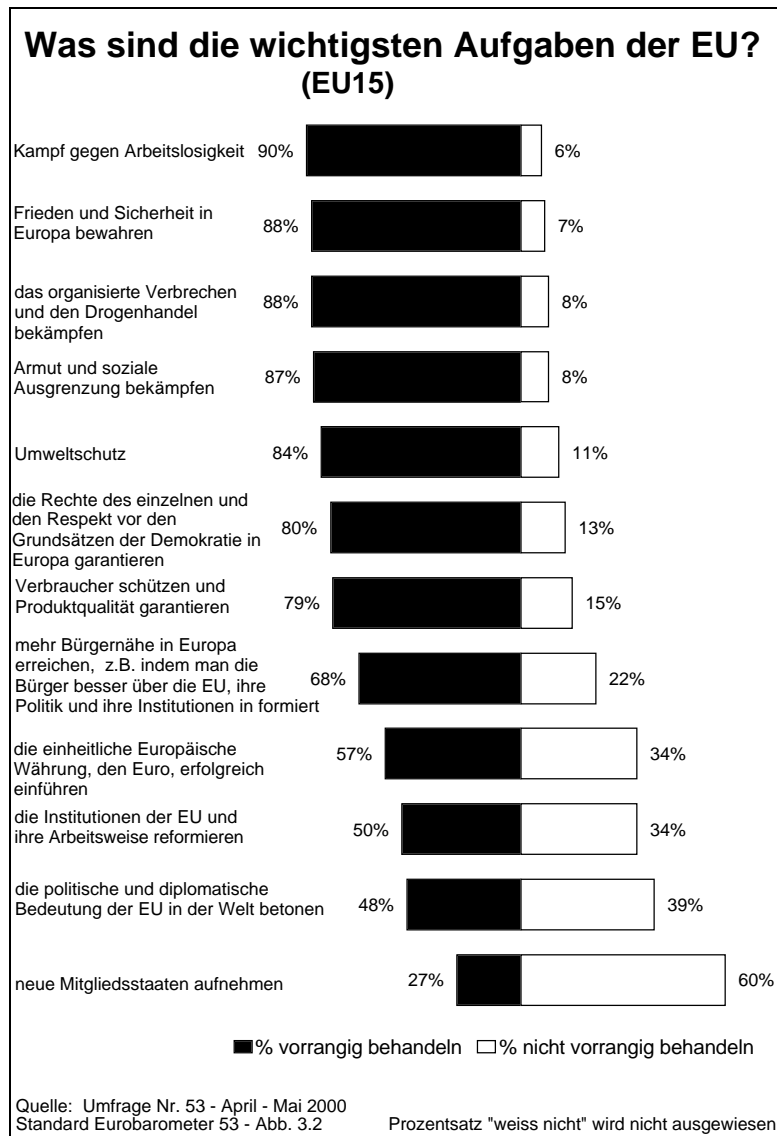
Das Eurobarometer stellt auch fest, inwiefern die Öffentlichkeit die Handlungen der Union als Prioritäten betrachtet.

Am Europäischen Sonderrat in Lissabon im März 2000 hat sich die Europäische Union das Ziel gesetzt, die konkurrenzfähigste, wissenschaftlichste und wachstumsfähigste Wirtschaft der Welt zu werden, die noch mehr und bessere Arbeitsplätze und eine größere soziale Kohäsion anbieten kann. Die sogenannte "Lissaboner Strategie" wurde dafür entworfen, die Zurückerlangung der Vollbeschäftigungslage in der Union zu ermöglichen und deren Bereitschaft, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, zu zeigen. Im Durchschnitt finden 9 von 10 Bürgern der EU, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Priorität der EU sein sollte, mit Werten zwischen 83% im Vereinigten Königreich und 96% in Griechenland. Fast 9 von 10 Europäern glauben auch, dass die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa, die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und des Drogenhandels, der Armut und sozialen Ausschließung, Prioritäten der Europäischen Union sein sollten. Das Schaubild zeigt, dass die EU-Bürger Bereiche, die zu eine Änderung der heutigen Lage führen würden, eher nicht als Prioritäten ansehen. Daher finden wir, dass die Öffentlichkeit die Erweiterung der Union eher nicht bevorzugt⁶.

Die Mitgliedstaaten der EU nehmen gerade an der Zwischenregierungskonferenz über die Reform der EU-Institutionen in Vorbereitung der EU-Erweiterung⁷ teil. In Bezug auf die Reformen gibt es große Meinungsunterschiede in der Öffentlichkeit von Land zu Land, mit Bürgern in Dänemark (74%), die sie eher als eine Priorität ansehen, und den Bürgern in Finnland (38%), die diese Ansicht nicht teilen. (Tabelle 3.2)

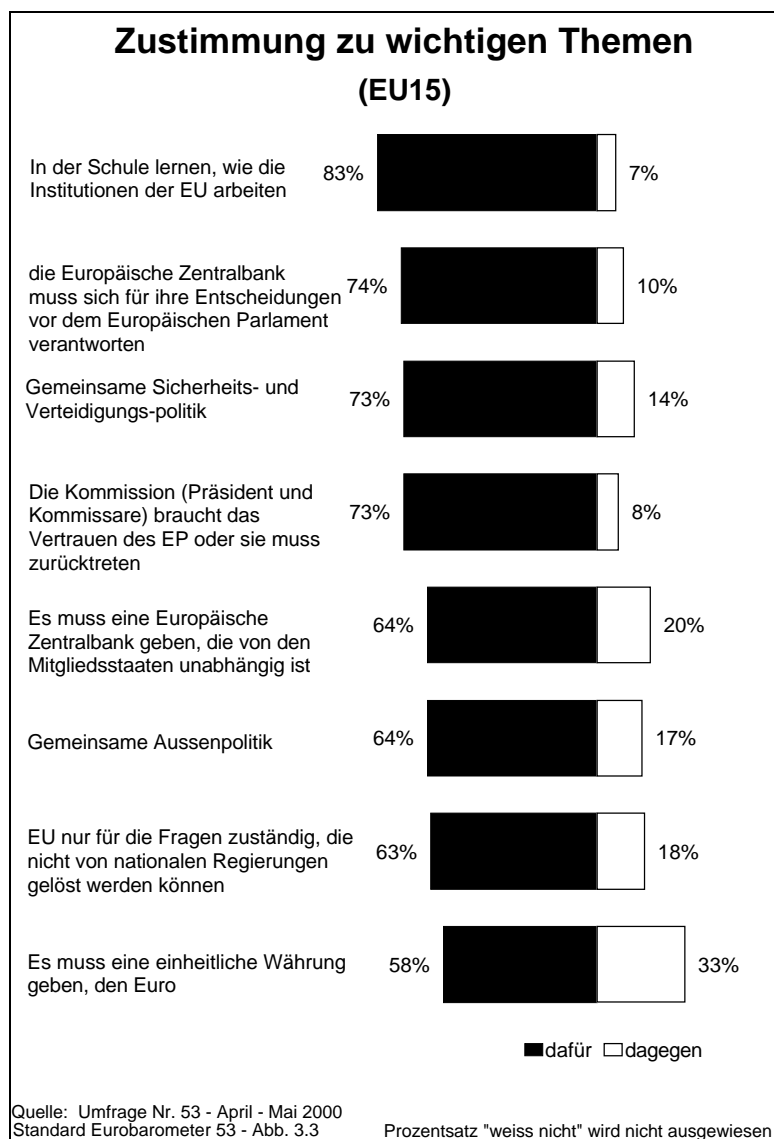
⁶ Siehe Abschnitt 3.6 für mehr Einzelheiten über die öffentliche Unterstützung der EU-Erweiterung.

⁷ Für mehr Auskünfte siehe http://www.europa.eu.int/igc2000/index_de.htm.



3.3. Unterstützung der wichtigsten Aspekte

Seit 1993 hat das Eurobarometer die öffentliche Meinung bezüglich einiger Schlüsselprobleme der Europäischen Union gemessen. Ein Teil dieser Aspekte hat einen politischen Charakter, während andere Aspekte die demokratischen Prozesse betrachten, die die Funktionsweise der EU regeln.



In allen 15 Mitgliedstaaten der Union ist die Mehrheit der Ansicht, dass man Kinder über die Arbeit der Institutionen der EU in der Schule unterrichten sollte, mit einer Zustimmungsrate die von 69% im Vereinigten Königreich bis zu 91% in Frankreich, Italien und Schweden reicht.

Die Unterstützung anderer Politikfragen ist von der Einstellung der Menschen über die Europäische Union abhängig. In den pro EU-Ländern ist das Niveau der Unterstützung höher als in den Ländern, die der EU skeptisch gegenüber stehen. In diesen Ländern finden wir, dass die Unterstützung der demokratischen Prozesse, die in dem Fragebogen verzeichnet sind, genauso, wenn nicht mehr verbreitet ist. Zum Beispiel betrachten wir in Schweden, Finnland und Dänemark eine große Unterstützung dafür, dass die Europäische Zentralbank für ihre Entscheidungen dem Europäischen Parlament rechenschaftspflichtig sein soll, obwohl ein wichtiger Anteil der Menschen in diesen Ländern gegen den Euro ist. In den nordischen Ländern ist die große Unterstützung der demokratischen Prozesse kaum überraschend, da hier viele der Ansicht sind, dass die Europäische Union zu viel Macht hat, und dass diese Macht nicht genügend kontrolliert wird. (Tabelle 3.3)

Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittliche Unterstützung der 8 Schlüsselaspekte für jeden Mitgliedstaat⁸. Wie man sehen kann, liegt die Unterstützung in den Niederlanden, Italien und Belgien am höchsten und im Vereinigten Königreich, Schweden und Dänemark am niedrigsten. Im Vergleich mit den Ergebnissen von Herbst 1999 sehen wir, dass die Unterstützung in Frankreich und in Spanien mit 3% angestiegen ist. In Österreich (-5), in Deutschland und dem Vereinigten Königreich (beide -3) ist die Unterstützung bedeutend gesunken.

⁸ Wir möchten die Leser darauf hinweisen, dass in einigen Ländern ein geringes Unterstützungsniveau meistens von einem hohen Anteil an "weiß nicht"-Antworten herrührt, und nicht von einem hohen Grad von Ablehnung.

DURCHSCHNITT % UNTERSTÜTZUNG DER SCHLÜSSELASPEKTE IM HERBST 1999 UND FRÜHJAHR 2000 NACH LÄNDERN		
Land	Herbst 1999 EB52	Frühjahr 2000 EB53
Die Niederlande	80	79
Italien	78	79
Belgien	78	79
Luxemburg	76	76
Frankreich	73	76
Spanien	71	74
Griechenland	75	73
Deutschland	72	69
EU15	69	69
Irland	73	68
Finnland	67	66
Portugal	66	66
Österreich	69	64
Dänemark	65	63
Schweden	65	63
Das Vereinigte Königreich	50	47

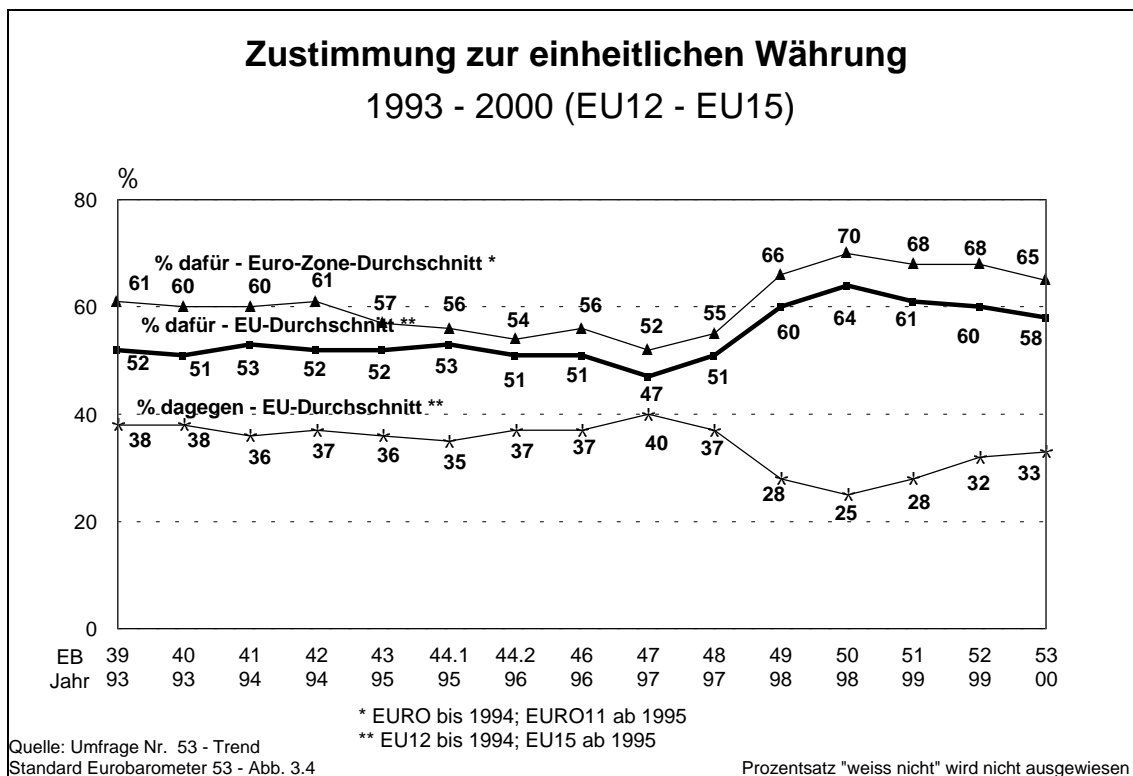
3.4. Unterstützung der einheitlichen Währung

Gerade als der Bericht geschrieben wurde, haben 11 von 15 der Mitgliedstaaten⁹ den Euro eingeführt. Jedoch wird sich diese Zahl bald erhöhen. Da Griechenland jetzt die wirtschaftlichen Bedingungen erfüllt, wird es Januar 2001 die einheitliche Währung einführen.

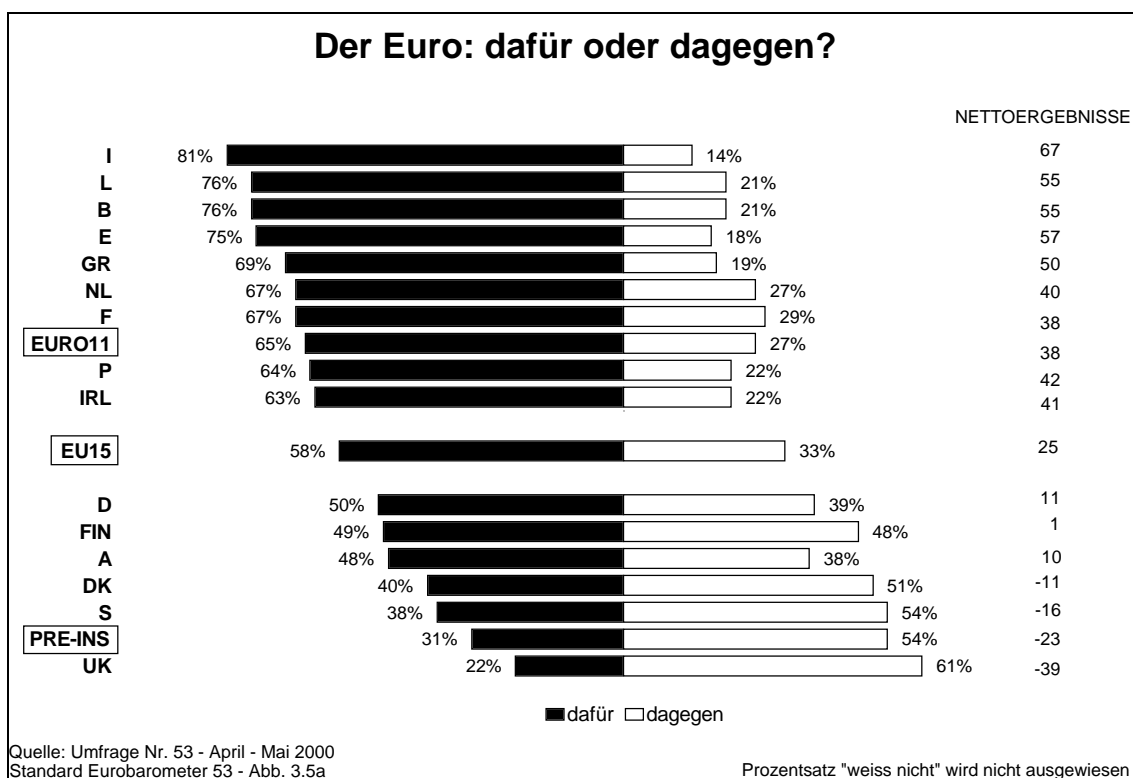
Die Ergebnisse des Eurobarometers vom Frühjahr 2000 zeigen, dass 58% der Bürger der Meinung sind, dass es eine einheitliche Währung - den Euro - geben sollte, die die nationalen Währungen ersetzt, während sich 33% dagegen aussprechen. Die übrigen 9% haben keine Meinung geäußert. Die Unterstützung des Euro ist in den EURO 11 Staaten bedeutend höher als in den "pre-in" Ländern (65% zu 31%). Jedoch ist die öffentliche Unterstützung der einheitlichen Währung in Griechenland (69%) viel eher dieselbe wie in den EURO 11 Länder als wie in den anderen 3 "pre-in" Ländern, wo die Entscheidung, den Euro nicht einzuführen, eher politisch als wirtschaftlich ist. Da wir schon früher darauf hingewiesen haben, dass sich Griechenland in Kürze der Einzelwährung anschließt, sollte dies keine Überraschung sein.

Das folgende Schaubild zeigt, wie sich die Zustimmung der Öffentlichkeit zum Euro entwickelt hat, seit sie 1993 zum ersten Mal vom Eurobarometer gemessen wurde.

⁹ Diese wären Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, und Spanien. Im Folgenden wird diese Gruppe von Ländern die "EURO11" genannt. Die 4 Länder außerhalb der Euro-Zone sind Griechenland, Dänemark, Schweden und das Vereinigte Königreich. Diese werden als "pre-in" Länder betrachtet.



Wie man sehen kann, stieg die Zustimmung der Öffentlichkeit kurz vor der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 stark an und erreichte im Herbst 1998 mit 64% einen Höchstwert. Während der Euro für die europäische Wirtschaft die erwarteten Vorteile zur Geltung bringt, ist sein Wert gegenüber den Hauptwährungen, wie dem US Dollar, ständig gesunken. Diese Schwäche des Euro könnte teilweise den Rückgang der öffentlichen Unterstützung seit seiner Einführung erklären. Trotzdem stimmt jetzt die Öffentlichkeit dem Euro immer noch eher zu, als sie im Jahr 1993 tat, als entschieden wurde, dass es eine einheitliche Währung geben würde.

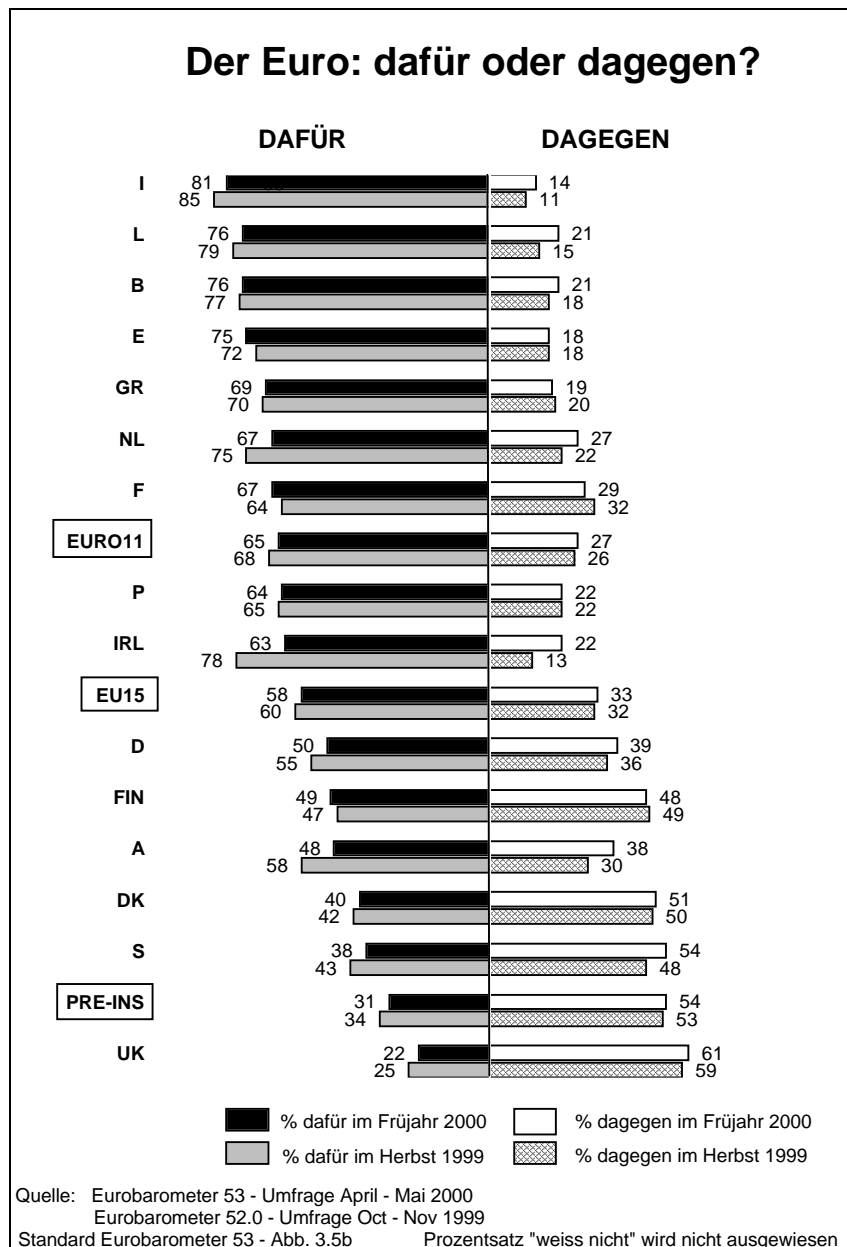


Wie das Schaubild zeigt, ist die Zustimmung zum Euro innerhalb der EURO 11 Länder in Italien (81%) am größten, sowie mit drei Viertel der Bevölkerung Luxemburg, Belgien und Spanien. In den Niederlanden, Frankreich, Portugal und Irland unterstützen mehr als 6 von 10 Menschen den Euro. Das ist für fast die Hälfte der Befragten in Deutschland, Finnland und Österreich nicht der Fall.

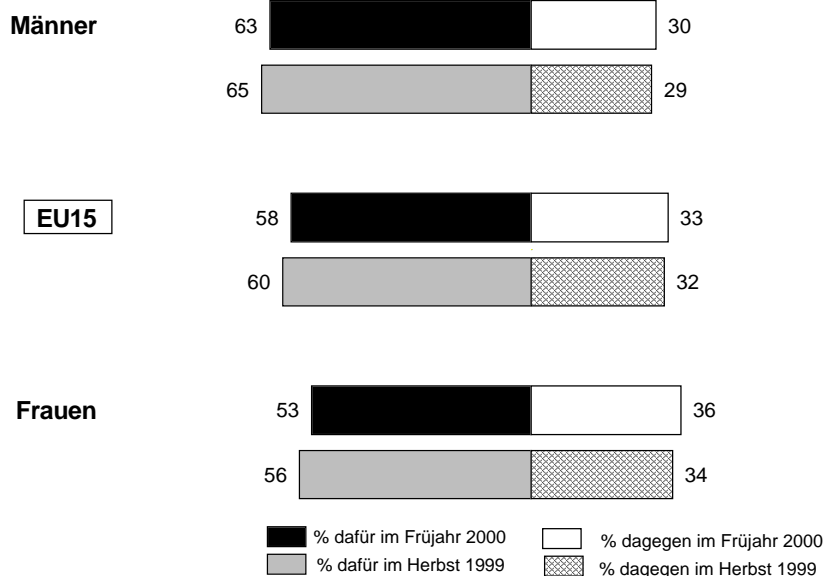
Unter den "pre-in" Ländern liegt die Zustimmung zum Euro in Griechenland, wo wie schon gesagt, der Euro bald eingeführt wird, am höchsten. Danach kommt Dänemark (40%), gefolgt von Schweden (38%) mit dem Vereinigten Königreich (22%) auf dem letzten Platz. In diesen 3 Ländern sind mehr als 50% der Bevölkerung gegen die Einführung der einheitlichen Währung.

Die Analyse der Entwicklung der Zustimmung in den EURO 11 Ländern seit Herbst 1999 zeigt, dass der Anteil der Befürworter des Euro nur in Spanien und Frankreich (beide +3) gestiegen ist, mit keinen bedeutenden Veränderungen in Portugal und Finnland. Der Anteil der Gegner hat sich in Irland (+9), gefolgt von Österreich (+8), Luxemburg (+6), den Niederlanden (+5), Italien, Belgien und Deutschland (alle +3) bedeutend erhöht.

Bei den "pre-in" Ländern zeigen die Ergebnisse, dass die Unterstützung in Griechenland gleich geblieben ist, während der Anteil derer, die den Euro bevorzugen, sich in Schweden (-5), dem Vereinigten Königreich (-3) und Dänemark (-2) vermindert hat. Schweden (+6) ist das einzige der "pre-in" Länder, in dem sich die Anzahl der Gegner bedeutend erhöht hat. (Tabelle 3.4a)



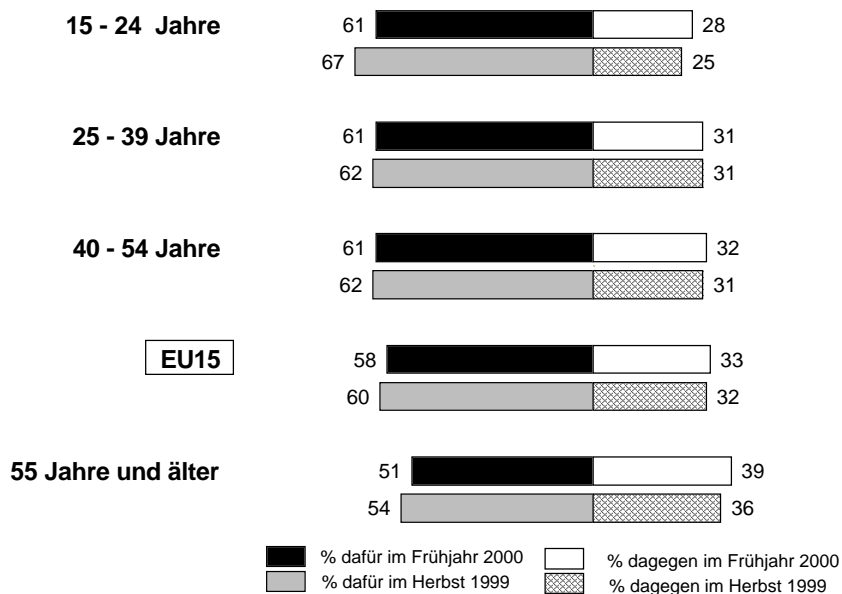
Der Euro: dafür oder dagegen? nach Geschlecht - EU15



Quelle: Eurobarometer 53 - Umfrage April - Mai 2000
Eurobarometer 52.0 - Umfrage Okt - Nov 1999
Standard Eurobarometer 53 - Abb. 3.5c

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Der Euro: dafür oder dagegen? nach Alter - EU15

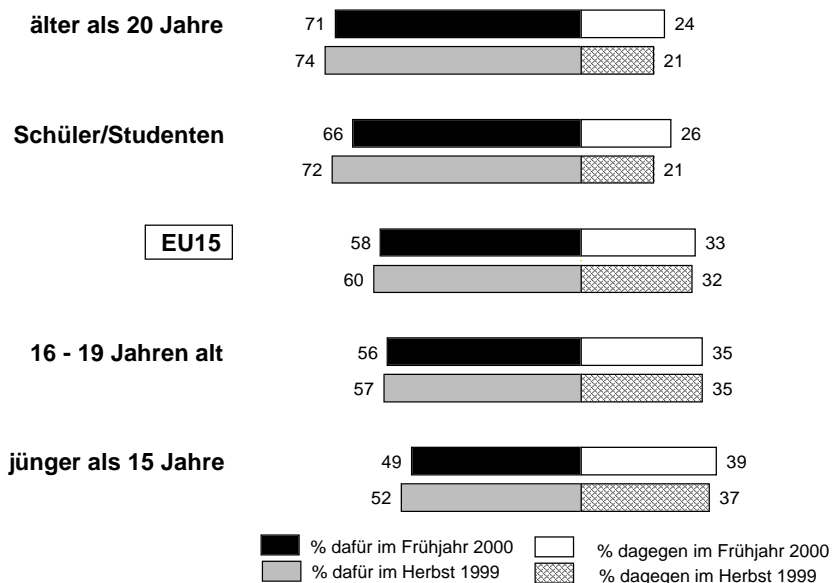


Quelle: Eurobarometer 53 - Umfrage April - Mai 2000
Eurobarometer 52.0 - Umfrage Okt - Nov 1999
Standard Eurobarometer 53 - Abb. 3.5d

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Der Euro: dafür oder dagegen?

nach Alter bei Bildungsabschluss - EU15

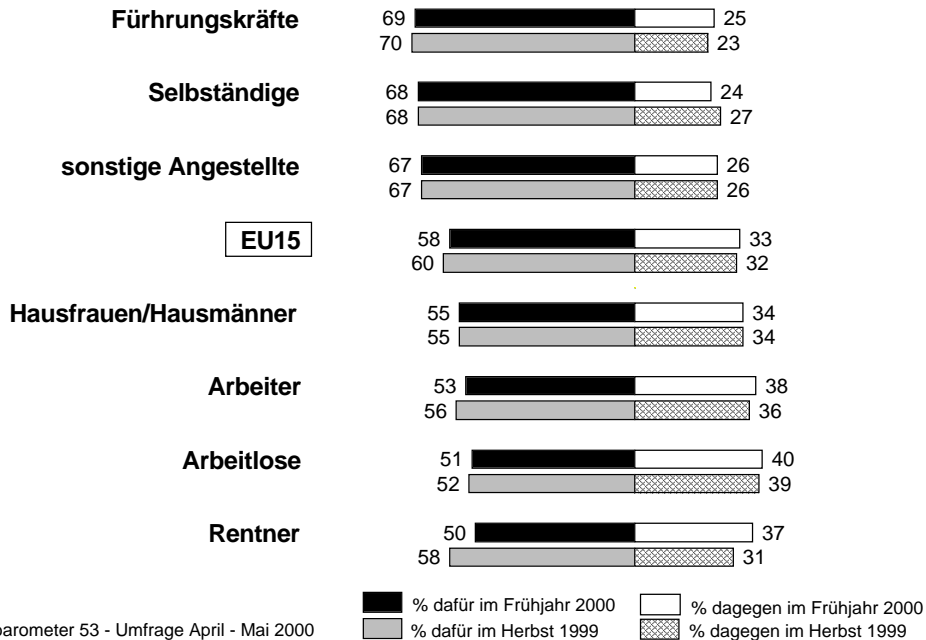


Quelle: Eurobarometer 53 - Umfrage April - Mai 2000
Eurobarometer 52.0 - Umfrage Okt - Nov 1999
Standard Eurobarometer 53 - Abb. 3.5e

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Der Euro: dafür oder dagegen?

nach Beruf der Befragten - EU15



Quelle: Eurobarometer 53 - Umfrage April - Mai 2000
Eurobarometer 52.0 - Umfrage Okt - Nov 1999
Standard Eurobarometer 53 - Abb. 3.5f

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Die Aufschlüsselung nach demographischen Variablen zeigt, dass die Unterstützung des Euro bei Personen, die ihre Vollzeitausbildung mit 20 Jahren oder älter beendeten (71%), am größten ist, gefolgt von Managern (69%) und Selbstständigen (68%). Personen, die ihre Ausbildung vor dem Alter von 16 Jahren verließen (49%), sind mit dem Euro eher nicht einverstanden, diesen folgen Hausfrauen und -männer (50%) und Personen im Ruhestand (51%).

Obwohl zwischen den Selbstständigen, Angestellten und Arbeitslosen keine Änderung aufgezeichnet wurde, können wir seit Herbst 1999 in allen anderen Gruppen eine negative Tendenz erkennen. Die größten Rückgänge der Zustimmung wurden unter den Hausfrauen und -männern (-8), Studenten und Personen im Alter von 15 bis 24 (beide -6) bemerkt.

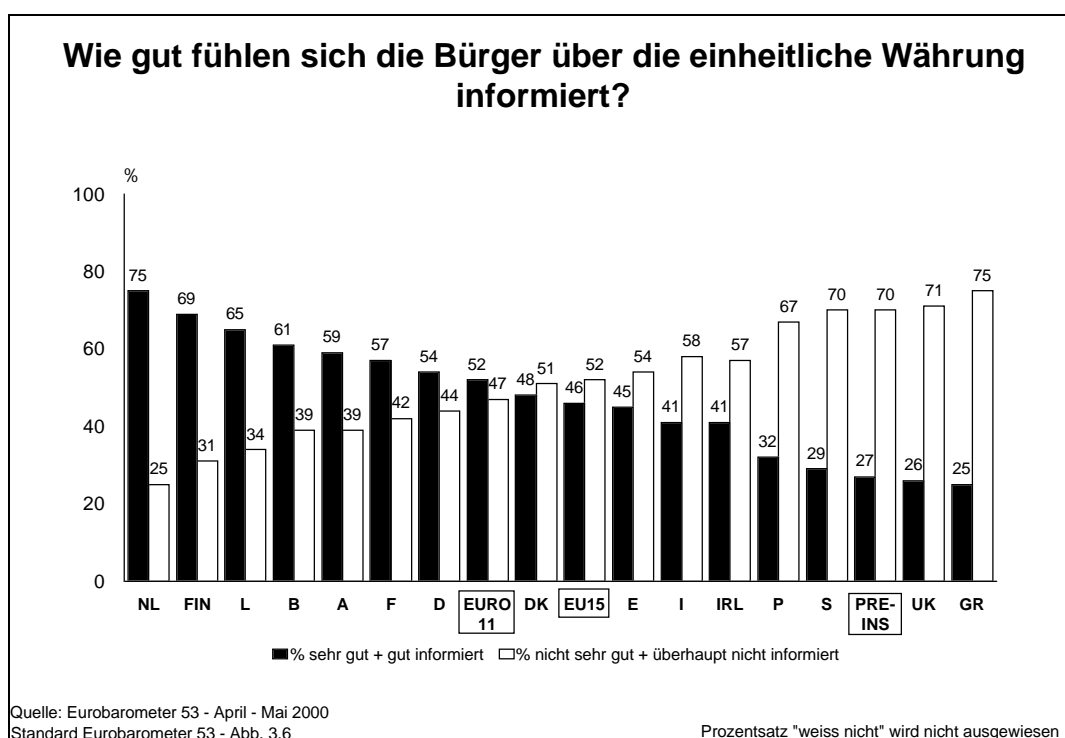
Je nach der Einstellung über die EU-Mitgliedschaft, betrachten wir weiterhin eine sehr große Differenz zwischen denjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache halten (81%) und denjenigen, die sie für eine schlechte Sache halten (23%). (Tabelle 3.4b)

Wie es die folgende Tabelle zeigt, hängt die Zustimmung zur einheitlichen Währung auch davon ab, wie gut die Befragten ihrer Meinung nach über den Euro informiert sind.

Zustimmung zur einheitlichen Währung			
	% für den Euro	% gegen den Euro	% weiß nicht
Sehr gut oder gut über den Euro informiert	71%	25%	5%
EU15 Durchschnitt	58%	33%	9%
Nicht sehr gut oder überhaupt nicht gut über den Euro informiert	47%	41%	12%

3.5. Information über die einheitliche Währung

Im Frühjahr 2000 fühlen sich 46% der EU-Bürger über den Euro gut informiert. Dies ist bedeutend mehr als im Herbst 1999 als nur 42% der Bürger dies glaubten. Trotzdem fühlt sich, mit 53%, die Mehrheit der Menschen immer noch nicht gut über die einheitliche Währung informiert.



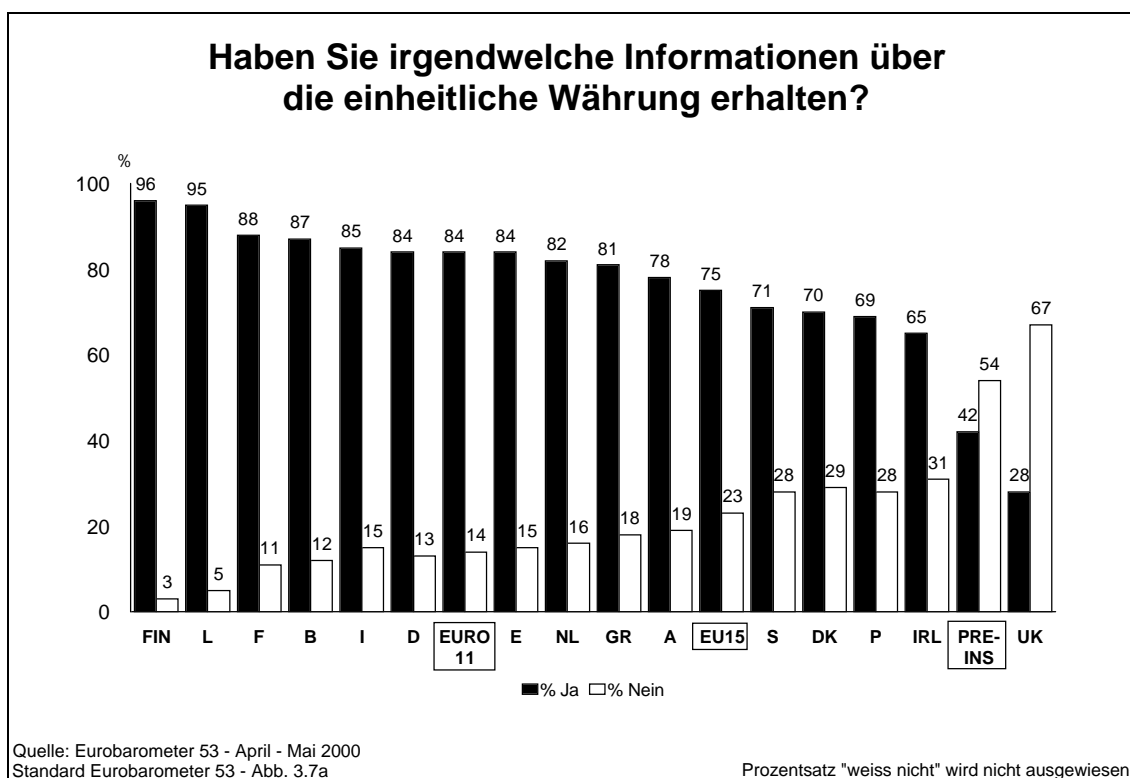
Die Länderanalyse zeigt, dass der Anteil der Personen, die sich für gut informiert halten, in den EURO 11 Ländern (52%) weiterhin höher ist als in den "pre-in" Ländern (27%). Bei den EURO 11 Ländern zeigt sich, dass sich die Bevölkerung in den Niederlanden (75%) am häufigsten für gut informiert hält, gefolgt von der Bevölkerung in Finnland (69%) und Luxemburg (65%). In Portugal (32%) fühlen sich die Menschen noch immer am seltensten gut informiert: Es ist das einzige EURO 11 Land, in dem sich weniger als 4 von 10 Personen für gut informiert halten.

Bei den "pre-in" Ländern ist der Anteil der Personen, die nach ihrer Einschätzung gut informiert sind, immer noch in Dänemark (48%) am größten. Nur etwa ein Viertel der Bevölkerung in Schweden, dem Vereinigten Königreich und Griechenland hält sich für gut informiert.

In den meisten Ländern hat sich der Grad, in dem man sich als gut informiert betrachtet, seit Herbst 1999 bedeutend erhöht. Die größte Erhöhung wurde in Spanien (+10) registriert, gefolgt von Portugal (+9), Dänemark (+8), Italien, Griechenland (beide +7), Irland (+6), Finnland, Schweden und dem Vereinigten Königreich (alle +5), Österreich (+4) und Belgien (+3). In den Niederlanden und Deutschland sind keine bedeutenden Änderungen aufgetreten. Luxemburg (-4) und Frankreich (-3) sind die einzigen 2 Länder, in denen sich die Bevölkerung jetzt bedeutend seltener für gut informiert hält als im Herbst 1999. (Tabelle 3.5a)

Während die Einschätzung, über den Euro gut informiert zu sein, davon abhängt, ob eine Person in einem der EURO 11 Länder oder in einem "pre-in" Land lebt, ist das Gefühl, generell über die Europäische Union gut informiert zu sein, auch ein bedeutender Faktor der Analyse. 83% derjenigen, die nach eigenen Angaben viel über die EU wissen, meinen, dass sie auch über den Euro gut informiert sind, im Gegensatz zu nur 25% der Personen, die sagen, sehr wenig über die Union zu wissen. Wie gut Menschen informiert sind, hängt auch davon ab, ob sie bereits Informationen über den Euro erhalten haben. 56% derjenigen, die nach eigener Beurteilung schon Informationen über den Euro erhalten haben, meinen, viel über den Euro zu wissen, verglichen mit nur 16% derjenigen, die sagen, sie hätten keine Informationen gekriegt. Die Zahlen sind auch zwischen den Befürwortern (59%) und den Gegnern (39%) der Europäischen Union deutlich verschieden¹⁰.

Das folgende Schaubild zeigt, dass 3 von 4 EU-Bürgern meinen, Informationen über den Euro erhalten zu haben.



¹⁰ Siehe auch Tabelle 3.5b für die Aufschlüsselung nach Geschlecht, Alter, Berufskategorie und Alter bei Bildungsabschluss.

In den EURO 11 Ländern ist der Anteil der Personen, die über den Euro Informationen erhalten haben, in Finnland (96%) und Luxemburg (95%) am größten. In Frankreich, Belgien, Deutschland, Italien, Spanien und den Niederlanden sagen wenigstens 8 von 10 Personen, dass sie Informationen erhalten hätten. Befragte aus Irland (65%) und Portugal (69%) sind am seltensten über den Euro informiert. In mehreren Ländern ist die Anzahl der Leute, die nach eigenen Angaben Informationen erhalten haben, bedeutend gestiegen. Diese wären: die Niederlande (+8), Portugal (+7) und Spanien (+5). Irland (-5), Deutschland und Frankreich (beide -3) sind die einzigen Länder, wo eine bedeutende Verringerung aufgezeichnet wurde.

In Griechenland, wo im Januar 2001 der Euro eingeführt wird, ist der Anteil der griechischen Befragten, die sich für informiert halten, von 68% im Herbst 1999 auf 81% im Frühjahr 2000 gestiegen.

Unter den anderen 3 "pre-in" Ländern gibt es einen bedeutenden Unterschied zwischen der Anzahl der Menschen in Schweden (71%) und Dänemark (70%), die behaupten, Informationen erhalten zu haben und den Personen im Vereinigten Königreich, die auch dieser Ansicht sind (28%). Der Anteil der Personen, die sagen, sie hätten Informationen über den Euro erhalten, ist seit Herbst 1999 in Dänemark mit 6% angestiegen, während in Schweden und dem Vereinigten Königreich keine bedeutende Veränderung aufgefallen ist.

Wie das folgende Schaubild zeigt, geben die Befragten am häufigsten an, durch das Fernsehen Informationen über den Euro erhalten zu haben (57%). Fast 4 von 10 Personen sagen, sie hätten die Informationen durch die Druckpresse erhalten (39%) oder durch Finanzunternehmen (37%) und ungefähr ein Viertel der Befragten behaupten, sie hätten sie durch den Rundfunk erhalten (26%). Alle anderen im Fragebogen enthaltenen Quellen wurden von weniger als 2 von 10 der Befragten angegeben¹¹.



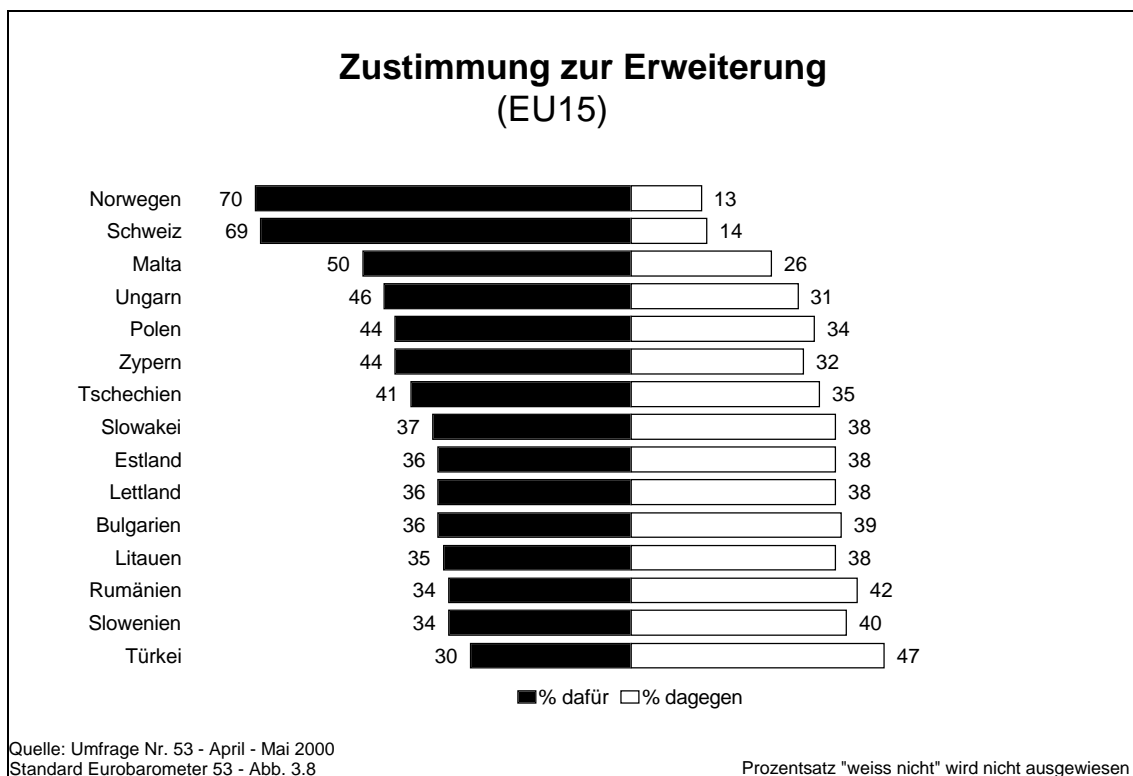
¹¹ Die Gesamtzahl der Antworten ist größer als der Anteil der Personen, die Informationen erhalten haben, weil die Befragten alle Informationsquellen nennen konnten, über die sie Informationen bezogen haben. Für die Ergebnisse vom Frühjahr 1999, siehe Tabelle 4.3 des Eurobarometer-Berichts Nr. 52.

Die nächste Tabelle zeigt, dass das Fernsehen, Zeitungen und Zeitschriften und Finanzinstitute in allen EURO 11 Ländern, außer Spanien und Portugal, die drei am häufigsten genannten Informationsquellen sind. In Spanien und Portugal wurde der Rundfunk an Stelle der Finanzinstitute als eine der drei meist genannten Informationsquellen eingeordnet. Natürlich befinden sich die Finanzinstitute in den Ländern, die den Euro noch nicht eingeführt haben, nicht unter den drei am häufigsten genannten Informationsquellen. In Dänemark, Schweden und dem Vereinigten Königreich kommt der Rundfunk an dritter Stelle und in Griechenland belegen Familie und Freunde diesen Platz. Es bestehen jedoch große Schwankungen in der Anzahl der Personen, die angeben, durch die verschiedenen Quellen Informationen erhalten zu haben. (siehe auch Tabelle 3.6)

DIE DREI AM HÄUFIGSTEN GENANNTE QUELLEN, DURCH DIE DIE BÜRGER INFORMATIONEN ÜBER DEN EURO ERHALTEN HABEN (IN %, NACH MITGLIEDSTAAT)			
Belgien		Luxemburg	
Fernsehen	63	Fernsehen	71
Finanzinstitute	52	Finanzinstitute	64
Zeitungen, Zeitschriften	41	Zeitungen, Zeitschriften	58
Dänemark		Die Niederlande	
Fernsehen	64	Fernsehen	62
Zeitungen, Zeitschriften	43	Zeitungen, Zeitschriften	58
Radio	35	Finanzinstitute	56
Deutschland		Österreich	
Fernsehen	65	Fernsehen	48
Zeitungen, Zeitschriften	53	Finanzinstitute	46
Finanzinstitute	51	Zeitungen, Zeitschriften	39
Griechenland		Portugal	
Fernsehen	72	Fernsehen	56
Zeitungen, Zeitschriften	31	Zeitungen, Zeitschriften	24
Familie & Freunde	31	Radio	20
Spanien		Finnland	
Fernsehen	70	Fernsehen	75
Radio	32	Zeitungen, Zeitschriften	66
Zeitungen, Zeitschriften	30	Finanzinstitute	47
Frankreich		Schweden	
Finanzinstitute	62	Fernsehen	61
Fernsehen	62	Zeitungen, Zeitschriften	51
Zeitungen, Zeitschriften	39	Radio	32
Irland		Das Vereinigte Königreich	
Finanzinstitute	29	Fernsehen	18
Fernsehen	25	Zeitungen, Zeitschriften	14
Zeitungen, Zeitschriften	21	Radio	8
Italien			
Fernsehen	65		
Zeitungen, Zeitschriften	41		
Finanzinstitute	36		

3.6. Unterstützung der Erweiterung

Die Europäische Union plant eine Erweiterung nach Süden und nach Osten und dafür sollten die neuen Länder in wenigen Jahren in der Position sein, Mitglieder zu werden. Es gibt 13 Länder, die am Erweiterungsprozess teilnehmen¹². In diesem Abschnitt sehen wir die Einstellung der Öffentlichkeit über die Mitgliedschaft dieser Länder. Wir betrachten auch die Ansicht der Menschen über den Eintritt Norwegens und der Schweiz.



Die Zustimmung der Öffentlichkeit zur Erweiterung variiert stark nach: a) dem Bewerberland selbst und b) dem Geburtsland der Befragten. Ein Blick auf die 13 Länder, die ihre Kandidatur deponiert haben zeigt, dass die Unterstützung am meisten auf Malta gerichtet ist (50%), mit einer Zustimmung, die von 32% in Frankreich bis 68% in Griechenland reicht, jedoch zeigt das Schaubild nicht die Meinungsunterschiede, die es zwischen den Bürgern der 15 Mitgliedstaaten gibt. Ungarn kommt als zweiter, mit einer Zustimmung, die zwischen 32% in Frankreich und 66% in Dänemark und Schweden variiert; für Polen liegt die Unterstützung zwischen 23% in Österreich und 69% in Schweden und für Zypern liegt sie zwischen 29% in Frankreich und 87% in Griechenland. Mit 30% ist die Zustimmung zum Beitritt der Türkei am niedrigsten. Die Unterstützung reicht von 19% in Luxemburg und Österreich bis 44% in Spanien. Auf Ebene der EU liegt der Ablehnungsgrad zwischen 26% für Malta und 47% für die Türkei. In diesem Stadium hat sich eine öffentliche Meinung über die Erweiterung noch nicht herausgebildet, mit vielen Teilnehmern, die sich für die "weiß nicht"-Antwort entschieden haben, wenn nach ihrer Unterstützung der Bewerberländer gefragt wird.

Die folgende Tabelle zeigt, wie die Zustimmungsraten über die Erweiterung zwischen den Mitgliedstaaten variieren und gibt die Durchschnittswerte der Zustimmung zugunsten des Beitritts der 13 Bewerberländer.

¹² Die 13 Bewerberländer sind Bulgarien, Zypern, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien und die Türkei. Mehr Auskünfte über die Erweiterung sehen sie unter: <http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/index.htm>.

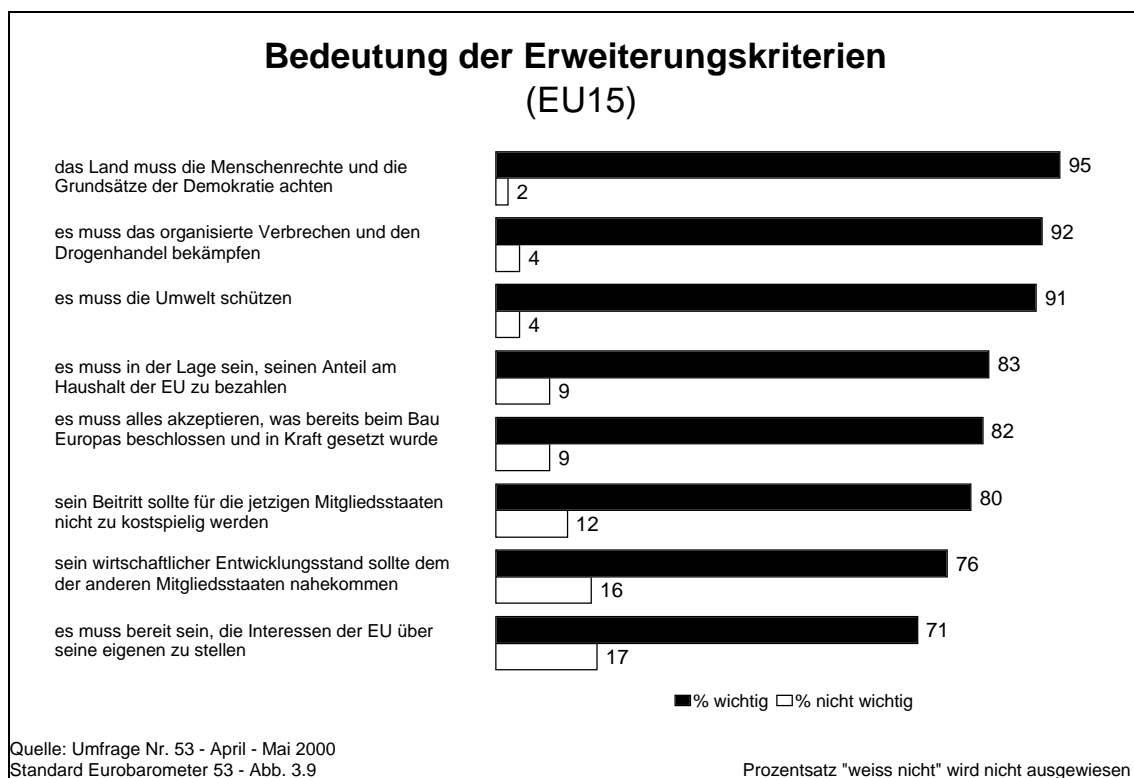
ZUSTIMMUNG ZUR ERWEITERUNG DURCHSCHNITT % ZUGUNSTEN DER 13 EU- BEWERBERLÄNDERN (NACH LÄNDERN)	
Land	Durchschnitt %
Schweden	61
Dänemark	58
Griechenland	55
Die Niederlande	49
Spanien	49
Finnland	48
Italien	43
Irland	41
Portugal	41
EU15	38
Belgien	38
Das Vereinigte Königreich	35
Luxemburg	34
Deutschland	34
Österreich	30
Frankreich	26

Im Durchschnitt ist die Unterstützung der Erweiterung in Schweden (61%) am größten und in Frankreich (26%) am niedrigsten.

Ein Überblick der Ergebnisse betreffend Norwegen (70%) und die Schweiz (69%) zeigt, dass man diese zwei Länder bevorzugt, obwohl keines der zwei den Wunsch geäußert hat, der EU beizutreten. Die Unterstützung von Norwegen liegt zwischen 55% in Portugal und 89% in den Niederlanden, während die Zustimmungsraten bezüglich der Schweiz zwischen 59% in Portugal und 84% in den Niederlanden variiert. (Tabelle 3.7)

Während des Europäischen Rates in Kopenhagen 1993 waren sich die Führer der Mitgliedstaaten über einige Kriterien einig, die von den Ländern, die Mitglieder werden wollen, erfüllt werden müssen¹³. Ergebnisse des Eurobarometers zeigen, dass die große Mehrheit der EU-Bürger diesen Kriterien zustimmt und sie für wichtig hält.

¹³ Am 13. Oktober 1999 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Bericht, der vom Fortschritt der Bewerberländer in der Erfüllung dieser Kriterien berichtet. Weitere Informationen unter: <http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/intro/criteria.htm>.

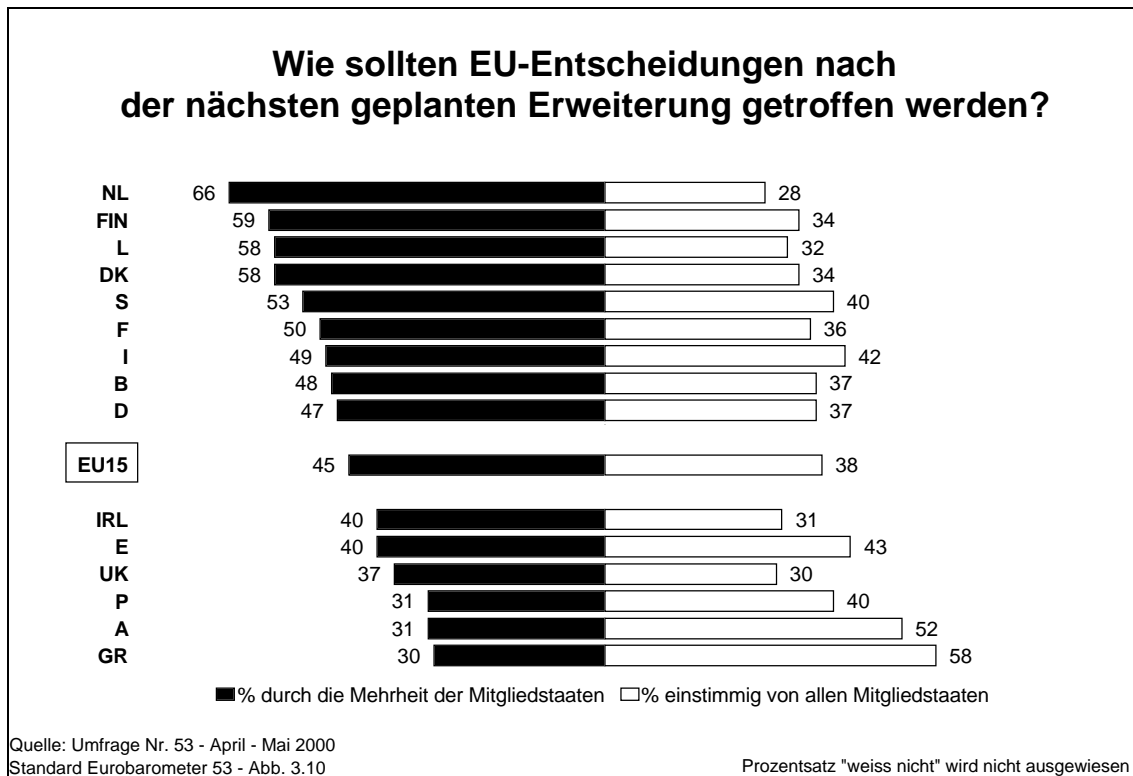


Mehr als 9 von 10 Personen glauben, dass Länder, die der EU beitreten wollen: a) die Menschenrechte und die Prinzipien der Demokratie respektieren, b) das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel bekämpfen und c) die Umwelt schützen sollen. Ebenfalls glaubt die Mehrheit, dass die Bewerberländer alles was im Aufbauvorgang der Union bereits beschlossen und in Kraft gesetzt wurde, akzeptieren müssen. Die öffentliche Besorgnis über die finanziellen Nachwirkungen der Erweiterung ist deutlich. Man besteht darauf, dass die Bewerberländer im Stande sein müssen, ihren Anteil am EU-Budget zu zahlen, und dass ihr Beitritt für die existierenden Mitgliedstaaten nicht zu kostspielig werden darf. Die Bürger sind weniger an der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder interessiert. Mit 71% glauben die Bürgern der EU am seltensten, dass die Bewerberländer die Interessen der EU über ihre eigenen stellen sollten, und dass dies ein wichtiges Kriterium wäre. Jedoch variiert die Meinung der Öffentlichkeit über dieses Kriterium von Land zu Land sehr, mit 82% der Bevölkerung, die es in Belgien für wichtig hält und nur 35% in Dänemark. (Tabelle 3.8)

Wie schon gesagt, muss die EU ihre Funktionsweise vor dem Eintritt neuer Länder in mehreren Bereichen ändern. Eine Union, die 28 Mitglieder hat, kann nicht die derzeitige Form der Beschlussfassung (die sehr viele einstimmige Entscheidungen verlangt) beibehalten, da es sehr schwierig wäre, eine Übereinstimmung zu erreichen. Dieser ist einer der Bereiche, der während der laufenden IGC debattiert wird. Das Eurobarometer hat die öffentliche Meinung über dieses Thema mit der folgenden Frage gemessen:

Nach der geplanten Erweiterung der Europäischen Union wird die Anzahl der Mitgliedstaaten von 15 bis über 25 ansteigen. Sollten, Ihrer Meinung nach, EU-Entscheidungen einstimmig oder durch die Mehrheit der Mitgliedstaaten getroffen werden?

Aus den Ergebnissen geht hervor, dass die Öffentlichkeit in einer erweiterten Union die Entscheidungsnahme durch eine mehrheitliche Wahl mit 45% der Befragten eher unterstützt, im Gegensatz zu 38% der Befragten, die die einstimmige Wahl bevorzugen. Trotzdem kann sich die öffentliche Meinung, mit 17% der Bürger, die noch unentschlossen sind, in beide Richtungen verändern.



Die Länderanalyse zeigt, dass die Bevölkerung in den Niederlanden (66%) die Beschlussfassung mit einer Mehrheit der Stimmen bei weitem bevorzugt, gefolgt von der Bevölkerung in Finnland (59%), Dänemark und Luxemburg (beide 58%). Griechenland und Österreich sind die einzigen 2 Länder, wo mehr als 50% der Befragten möchten, dass EU-Entscheidungen einstimmig getroffen werden. (Tabelle 3.9a)

Die demographische Analyse zeigt, dass Manager (55%) am häufigsten dazu neigen, eine Mehrheits-Beschlussfassung zu bevorzugen, gefolgt von Personen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter verließen (54%), Angestellten (51%) und Studenten (50%). Hausfrauen und -männer (38%) stimmen der Beschlussfassung durch eine Mehrheit der Stimmen am seltensten zu. Da man kaum eine Variation in den Anteilen der Bevölkerung, die sich für die einstimmige Wahl aussprachen feststellt, wurden die gegebenen Differenzen der Zustimmungsraten zur mehrheitlichen Wahl durch einen schwankenden Anteil an "weiß nicht"-Antworten erklärt.

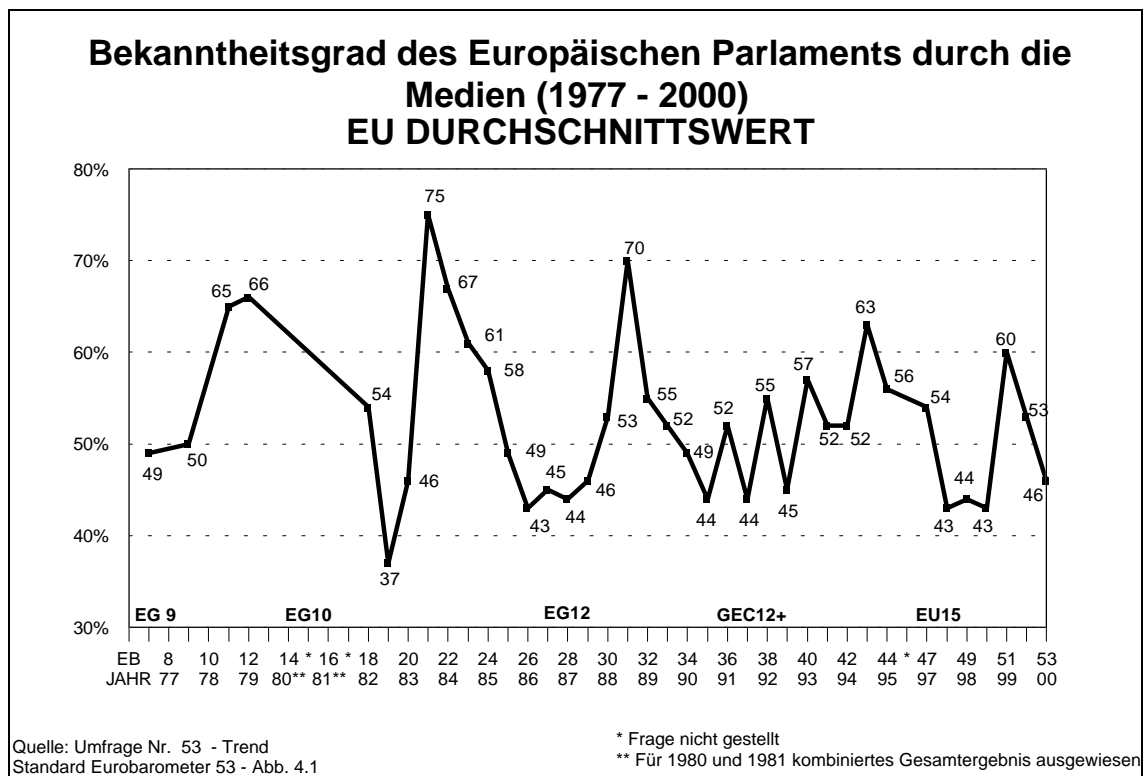
Bezüglich der Einstellung der Menschen über die EU finden wir, dass die Befürworter der Union eher eine Meinung haben als die Gegner der EU. Trotzdem betrachten wir eine deutliche Tendenz der Befürworter der Union, die mehrheitliche Wahl zu bevorzugen (53%) und der Gegner der Union, eher zu einer einstimmigen Wahl zu neigen (44%). (Tabelle 3.9b)

4. Das Europäische Parlament

In dieses Kapitel untersuchen wir die von der Öffentlichkeit empfundene Bedeutung des Europäischen Parlaments und die Rolle, die sich die Öffentlichkeit für das Europäische Parlament wünschen würde. Wir untersuchen ebenfalls, wie die Öffentlichkeit die Fähigkeit des Europäischen Parlaments, ihre Interessen zu beschützen, abschätzt und die Bereiche, die die Bürger als Prioritäten des Parlaments bezeichnen. Zu Beginn des Kapitels beschäftigen wir uns mit dem Bekanntheitsgrad dieser Europäischen Institution.

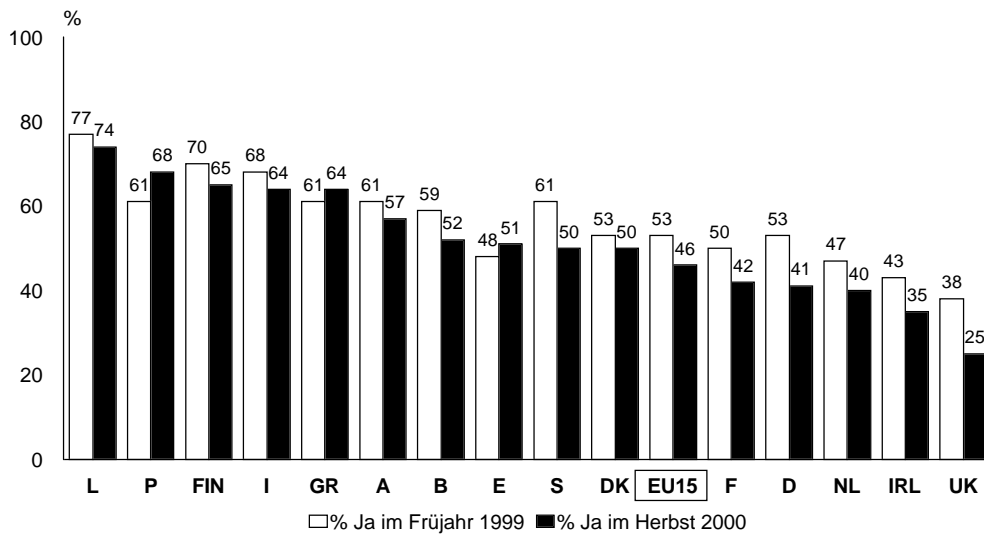
4.1. Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments durch die Medien

Seit 1977 ermittelt das Eurobarometer, ob die europäische Bevölkerung in der letzten Zeit in der Zeitung, im Radio oder im Fernsehen etwas über das Europäische Parlament gehört oder gelesen hat. Die letzte Schätzung zeigt, dass 46% der EU-Bürger durch diese 3 Medien etwas über das Europäische Parlament erfahren haben. Dieser Anteil ist niedriger als der entsprechende Wert vom Herbst 1999 (53%) und noch niedriger als er im Frühjahr 1999 (60%) war, als das Europäische Parlament aufgrund der Wahlen im Juni 1999 häufig die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zog. Wie das folgende Schaubild zeigt, ist der Bekanntheitsgrad kurz vor den Wahlen immer am höchsten.



Die Bevölkerung in Luxemburg (74%) hat am häufigsten in letzter Zeit durch die Medien etwas über das Europäische Parlament gehört, gefolgt von der Bevölkerung in Portugal (68%), Finnland (65%), Italien und Griechenland (beide 64%). Im Vereinigten Königreich (25%) und Irland (35%) geben weniger als 4 von 10 Personen an, in letzter Zeit etwas über das Europäische Parlament in der Zeitung, dem Radio oder Fernsehen gehört oder gelesen zu haben.

Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments durch die Medien



Quelle: Umfrage Nr. 52.0 - Okt - Nov 1999
Umfrage Nr. 53 - April - Mai 2000
Standard Eurobarometer 53 - Abb. 4.2

Wie das oben stehende Schaubild zeigt, sind Portugal (+7), Griechenland (+3) und Spanien (+3) die einzigen Mitgliedstaaten, wo der Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments seit Herbst 1999 gestiegen ist. Der Abfall des Bekanntheitsgrades ist im Vereinigten Königreich (-13), gefolgt von Deutschland (-12) und Schweden (-9), am größten. (Tabelle 4.1a)

Die demographische Analyse zeigt, dass der Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments bei den Managern (59%) am höchsten liegt, gefolgt von Personen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung verblieben sind (58%) und Selbstständigen (55%). Den niedrigsten Bekanntheitsgrad findet man bei Personen, die die Vollzeitausbildung im Alter von 15 und jünger abgeschlossen haben, bei Handarbeitern (beide 39%) und Hausfrauen/männern (40%).

Die folgende Tabelle zeigt, dass es zwischen den Personen, die glauben, sehr viel über die EU zu wissen und denjenigen, die sehr wenig zu wissen glauben, eine tiefe Kluft besteht.

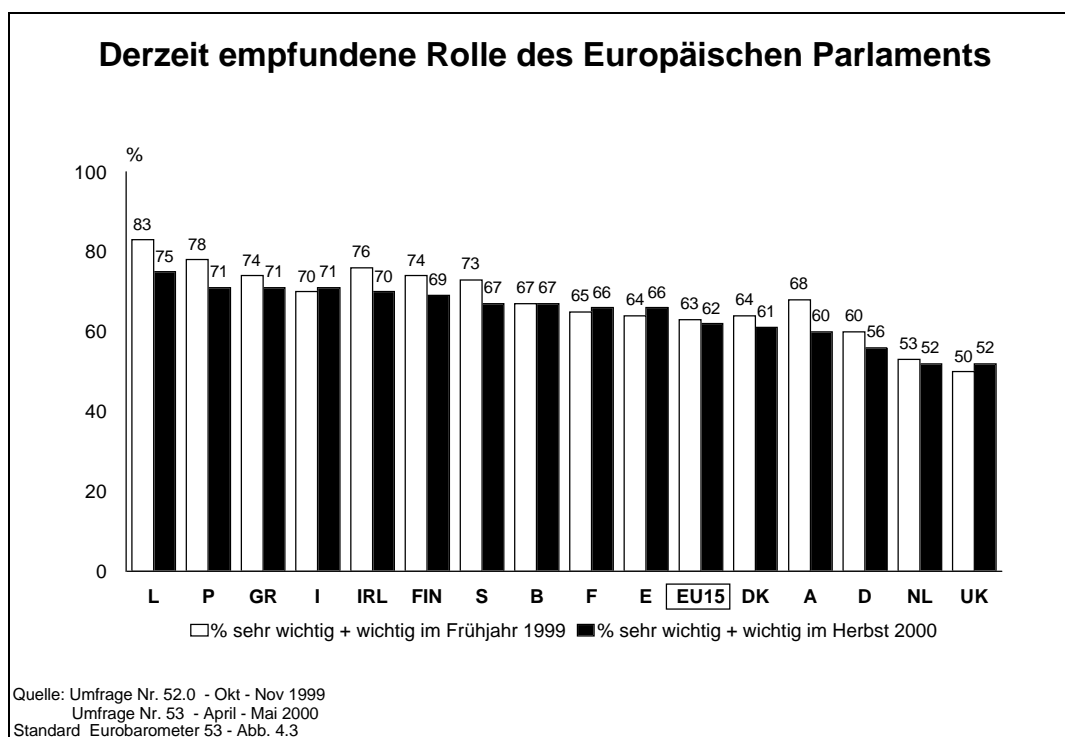
Bekanntheitsgrad des EP durch die Berichterstattung in den Medien im Vergleich zum selbst empfundenen Kenntnisstand			
Haben Sie in letzter Zeit etwas über das EP erfahren?	Hoher Kenntnisstand	Durchschnittlicher Kenntnisstand	Niedriger Kenntnisstand
% Ja	74	54	31
% Nein	20	39	59
% weiß nicht	6	7	9
% Total	100	100	99

Außerdem stellen die Analysen eine Differenz von 19 Prozentpunkten zwischen denjenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes für positiv halten und denjenigen, die sie ablehnen, fest. (Tabelle 4.1b)

4.2. Die empfundene und die gewünschte Bedeutung des Europäischen Parlaments

Im Laufe der Jahre haben sich die Kompetenzen des Europäischen Parlaments bedeutend vermehrt. Als es 1979 zum ersten Mal direkt vom Volk gewählt wurde, spielte es im Entscheidungsprozess hauptsächlich eine beratende Rolle. Der Maastrichter Vertrag von 1993 gab dem Parlament in einer Reihe von Bereichen zusammen mit dem Ministerrat ein Mitentscheidungsrecht im Entscheidungsprozess. Mit dem Inkraftsetzen des Vertrags von Amsterdam hat das Europäische Parlament jetzt Mitentscheidungskompetenzen in den meisten Politikbereichen der Europäischen Union.

Wie schon im Herbst 1999, glauben mehr als 6 von 10 der EU-Bürger, dass das Parlament eine wichtige Rolle im Leben der Union spielt¹⁴. Wie das folgende Schaubild zeigt, hält die Bevölkerung in Luxemburg die aktuelle Rolle des Europäischen Parlaments im Leben der EU am häufigsten für wichtig (75%), gefolgt von der Bevölkerung in Portugal und Griechenland (beide 71%). Mit 52% ist der Anteil der Bevölkerung im Vereinigten Königreich und den Niederlanden, die die Rolle des Europäischen Parlaments im Leben der EU für wichtig hält, am geringsten. Die Anzahl der "weiß nicht"-Antworten variiert bedeutend und reicht von 9% in Luxemburg bis zu 34% im Vereinigten Königreich.

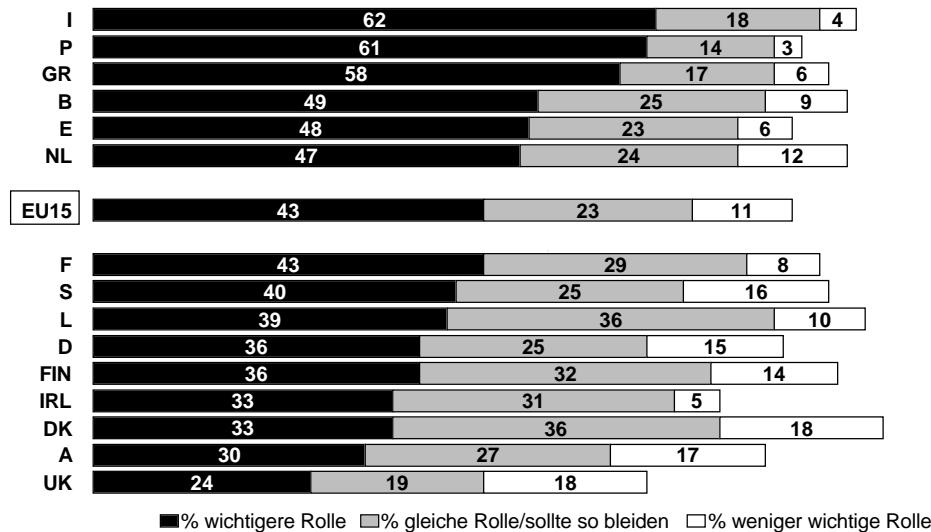


Im Vergleich zu den Ergebnissen vom Herbst 1999 finden wir, dass die Bevölkerung in vielen der Mitgliedstaaten die Bedeutung des Europäischen Parlaments im Leben der Union jetzt für weniger wichtig hält. Die einzigen Ausnahmen sind Spanien, das Vereinigte Königreich (beide +2), Frankreich (+1), Italien und Belgien (beide keine Änderungen). Der größte Rückgang wurde in Luxemburg (-8) aufgezeichnet, gefolgt von Portugal und Österreich (beide -7). Einer der Gründe, warum die Bürger die Rolle des Europäischen Parlaments seltener für bedeutend halten ist, dass das Europäische Parlament die Aufmerksamkeit der Medien jetzt weniger auf sich zieht als es vor den vorigen zwei Umfragen tat. (Tabelle 4.2)

Wenn wir die von der Öffentlichkeit gewünschte Rolle des Europäischen Parlaments betrachten, sehen wir, dass sich 43% der EU-Bürger eine wichtigere Rolle wünschen, während 23% mit seiner Rolle zufrieden sind und nur 11% sich eine weniger bedeutende Rolle für das Europäische Parlament wünschen.

¹⁴ In Kapitel 3 haben wir bereits festgestellt, dass die EU-Bürger am häufigsten der Ansicht sind, dass das Europäische Parlament von 9 aufgelisteten EU-Institutionen und -Körperschaften eine wichtige Rolle im Leben der EU spielt. Wir stellen auch fest, dass die Öffentlichkeit dieser Institution am häufigsten vertraut.

Gewünschte Rolle des Europäischen Parlaments



Quelle: Umfrage Nr. 53 - April - Mai 2000
Standard Eurobarometer 53 - Abb. 4.4

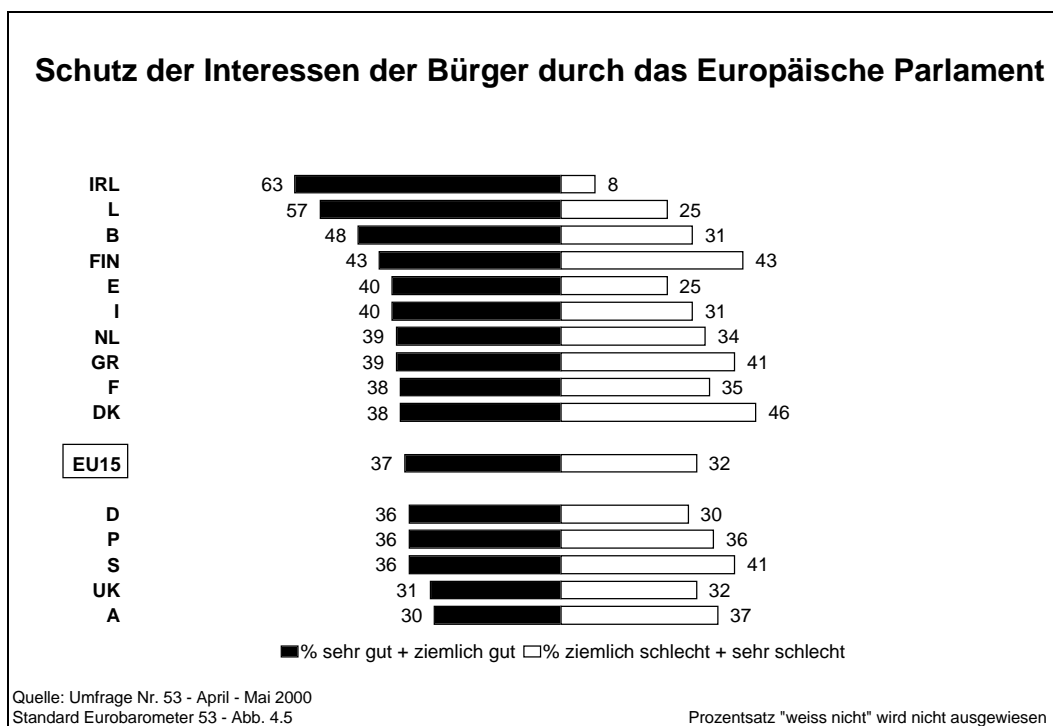
Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Die Bevölkerung in Italien (62%) wünscht sich am häufigsten eine wichtigere Rolle für das Europäische Parlament, gefolgt von der Bevölkerung in Portugal (61%) und Griechenland (58%). Andere Länder, wo diese die verbreitetste Meinung ist, sind Belgien (49%), Spanien (48%), die Niederlande (47%), Frankreich (43%), Schweden (40%), Luxemburg (39%), Deutschland, Finnland (beide 36%) und Österreich (30%). Dänemark ist das einzige Land, in dem der Anteil der Bevölkerung, die sich dieselbe Rolle wie früher für das EP wünscht (36%), die Mehrheit bildet. Im Vereinigten Königreich äußerten 4 von 10 Personen keine Meinung. Dies führt uns zur Schlussfolgerung, dass sich die Briten am seltensten eine bedeutendere Rolle für das EP wünschen (24%). Der Anteil derer, die sich eine weniger bedeutende Rolle des Europäischen Parlaments im Leben der Europäischen Union wünschen, ist sehr gering und liegt zwischen 3% in Portugal und 18% in Dänemark und dem Vereinigten Königreich.

Im Vergleich zum Herbst 1999 ist die Bevölkerung in Spanien (+6) und in Frankreich (+4) viel eher dazu bereit, dem EP eine wichtigere Rolle zuzuschreiben. Eine positive Entwicklung konnte man auch in Dänemark und dem Vereinigten Königreich verzeichnen, wo die Bürger jetzt seltener wünschen, dass das EP eine weniger wichtige Rolle spiele wie früher (beide -5%). Eine generell negative Tendenz wurde in Österreich verzeichnet. In diesem Land ist der Anteil derjenigen, die sich eine bedeutendere Rolle wünschen, mit 8 Prozentpunkten gefallen, und der Anteil der Personen, die sich eine weniger wichtige Rolle wünschen, mit 5 Prozentpunkten gestiegen. (Tabelle 4.3)

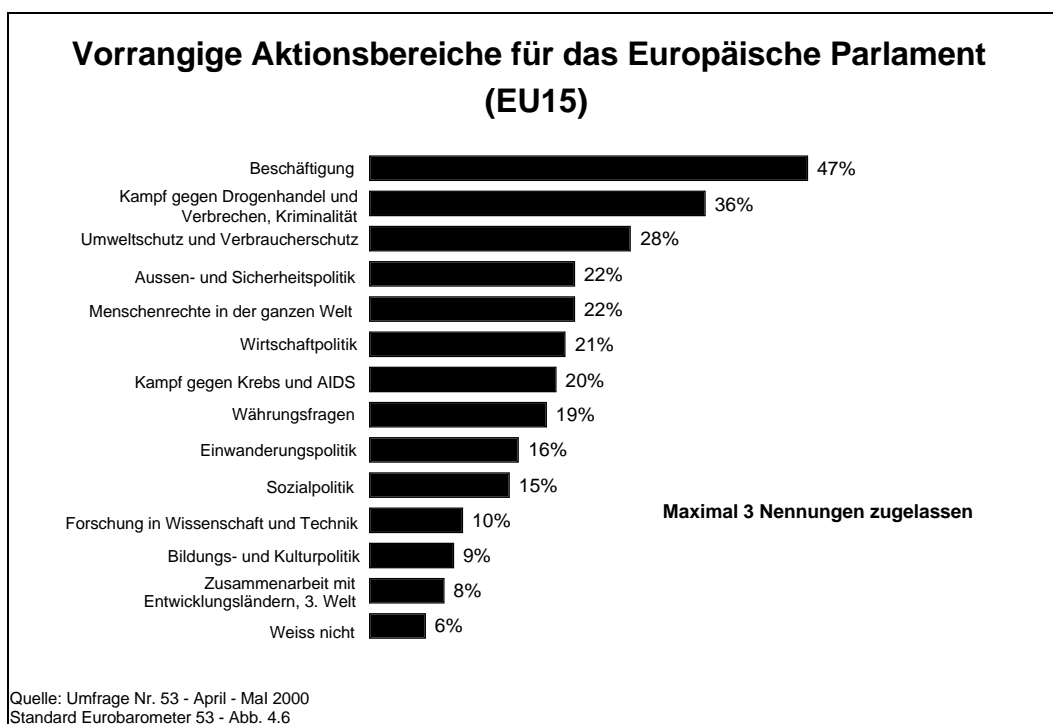
4.3. Die Interessen der Bürger

Die Umfrage untersucht auch, inwieweit das Europäische Parlament, nach Meinung der Öffentlichkeit, die Interessen der Bürger schützt. 37% der EU-Bürger glauben, dass ihre Interessen durch das Europäische Parlament gut oder sogar sehr gut geschützt werden, und 32%, dass sie schlecht oder sehr schlecht geschützt werden. 3 von 10 Personen können nicht sagen, ob ihre Interessen gut oder eher schlecht durch das Europäische Parlament geschützt werden.



Länderanalysen zeigen, dass die Bevölkerung in Irland eher der Meinung ist, dass das Europäische Parlament ihre Interessen gut schützt (63%), gefolgt von der Bevölkerung in Luxemburg (57%). Die Anzahl der zufriedenen Befragten übersteigt die der unzufriedenen Befragten auch in Belgien, Spanien, Italien, den Niederlanden, Frankreich und Deutschland. Dänemark (46%), Finnland (43%), Schweden und Griechenland (beide 41%) sind die einzigen Länder, in denen mehr als 4 von 10 Personen finden, dass das Europäische Parlament die Interessen der Bürger nicht schützt. Der Anteil von "weiß nicht"-Antworten ist hoch und liegt zwischen 14% in Finnland und 37% im Vereinigten Königreich. (Tabelle 4.4)

Die Umfrage zeigt auch, in welchen Bereichen die Bürger den Schutz des Europäischen Parlaments betreffend ihrer Interessen haben möchten¹⁵.



¹⁵ Den Teilnehmern wurde eine Karte mit 13 Politikbereichen gegeben und sie wurden gebeten, maximal 3 Bereiche anzugeben.

47% der EU-Bürger denken, dass das Europäische Parlament der **Arbeitslosigkeit** eine besondere Aufmerksamkeit schenken sollte. An zweiter Stelle kommt der **Kampf gegen Verbrechen und Drogenhandel**, der von 36% der EU-Bürger genannt wurde, gefolgt vom **Umwelt- und Verbraucherschutz** (28%). In Kapitel 3 stellten wir fest, dass eine Mehrheit der EU-Bürger diese 3 Bereiche als Prioritäten der EU betrachtet. Bereiche, die die Öffentlichkeit nicht direkt angehen und berühren, wie die 3. Welt (8%) und die Bildungspolitik (9%) sind weniger populär als die Forschung (10%), die viele als eine Verantwortung der nationalen Regierungen ansehen.

Die nächste Tabelle zeigt, dass die **Arbeitslosigkeit** in 9 von 15 Mitgliedstaaten an erster Stelle steht, in Irland, Luxemburg und dem Vereinigten Königreich an zweiter, in den Niederlanden an dritter und in Schweden und Dänemark an vierter. In Spanien (65%), wo die Arbeitslosigkeit immer noch die höchste Rate Europas erreicht, wünscht sich die Bevölkerung am häufigsten, dass das Europäische Parlament sich mit diesem Thema befasst, während die Bevölkerung in Dänemark (22%) diese Meinung am seltensten teilt.

Der Kampf gegen Drogenhandel und Verbrechen ist in Schweden (52%), Irland (51%), den Niederlanden (43%), dem Vereinigten Königreich (42%) und Luxemburg (36%) an erster Stelle, in Finnland (47%), Portugal (44%), Dänemark (39%), Belgien und Österreich (beide 36%), Italien (35%), Frankreich (34%) und Griechenland (33%) an zweiter, in Deutschland (32%) an dritter Stelle und in Spanien (24%) an vierter.

Der Umwelt- und Verbraucherschutz ist in Dänemark (53%) an erster Stelle und in Schweden (47%), den Niederlanden (36%), Luxemburg, Finnland (beide 33%), Frankreich (31%), Spanien (29%), Italien (28%), Belgien, Portugal, Österreich (alle 27%) und Irland (24%) unter den 4 ersten Plätzen. Griechenland (23%) und Deutschland (27%) sind die einzigen Länder, in denen sich dieser Politikbereich nicht unter den 4 wichtigsten befindet.

Die Menschenrechte in der ganzen Welt gelten als einer der wichtigsten 4 Aktionsbereiche in Schweden (45%), Dänemark (35%), Spanien (34%), den Niederlanden (28%), dem Vereinigten Königreich und Irland (beide 24%). Die Bürger in Deutschland (16%), Portugal, Italien, Belgien (alle 17%) und Österreich (19%) betrachten die Menschenrechte am seltensten als eine Priorität des Europäischen Parlaments.

Die Außen- und Sicherheitspolitik wurde einem der ersten 4 Plätze in Deutschland, Österreich, Finnland (alle mit 34%), Griechenland (30%), Luxemburg (28%) und Italien (22%) zugeordnet. Mit 6% betrachtet die Bevölkerung in Portugal dies am seltensten als eine Priorität des Europäischen Parlaments.

Der Kampf gegen Krebs und AIDS wurde in Irland (29%), dem Vereinigten Königreich (28%), Portugal (26%) und Frankreich (24%) unter den ersten 4 Prioritäten des EP genannt. Die Bevölkerung in Deutschland (13%) und Finnland (14%) teilt diese Ansicht am seltensten.

Wirtschaftspolitik wurde in Deutschland und Griechenland (beide 29%) zu den ersten 4 Aktionsbereichen gezählt. Mit 13% der Bevölkerung in Dänemark sieht man sie eher nicht so.

DIE VIER WICHTIGSTEN PRIORITÄTSBEREICHE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS IN DEN EINZELNEN MITGLIEDSTAATEN (IN %)			
Belgien		Luxemburg	
Arbeitslosigkeit	57	Drogen und Kriminalität	36
Drogen und Kriminalität	36	Arbeitslosigkeit	35
Umwelt-/Verbraucherschutz	27	Umwelt-/Verbraucherschutz	33
Krebs/AIDS	23	Außen- und Sicherheitspolitik	28
Dänemark		Die Niederlande	
Umwelt-/Verbraucherschutz	53	Drogen und Kriminalität	43
Drogen und Kriminalität	39	Umwelt-/Verbraucherschutz	36
Menschenrechte	35	Arbeitslosigkeit	28
Arbeitslosigkeit	22	Menschenrechte	28
Deutschland		Österreich	
Arbeitslosigkeit	39	Arbeitslosigkeit	42
Außen- und Sicherheitspolitik	34	Drogen und Kriminalität	36
Drogen und Kriminalität	32	Außen- und Sicherheitspolitik	34
Wirtschaftspolitik	29	Umwelt-/Verbraucherschutz	27
Griechenland		Portugal	
Arbeitslosigkeit	38	Arbeitslosigkeit	54
Drogen und Kriminalität	33	Drogen und Kriminalität	44
Außen- und Sicherheitspolitik	30	Umwelt-/Verbraucherschutz	27
Wirtschaftspolitik	29	Krebs/AIDS	26
Spanien		Finnland	
Arbeitslosigkeit	65	Arbeitslosigkeit	52
Menschenrechte	34	Drogen und Kriminalität	47
Umwelt-/Verbraucherschutz	29	Außen- und Sicherheitspolitik	34
Drogen und Kriminalität	24	Umwelt-/Verbraucherschutz	33
Frankreich		Schweden	
Arbeitslosigkeit	61	Drogen und Kriminalität	52
Drogen und Kriminalität	34	Umwelt-/Verbraucherschutz	47
Umwelt-/Verbraucherschutz	31	Menschenrechte	45
Krebs/AIDS	24	Arbeitslosigkeit	29
Irland		Das Vereinigte Königreich	
Drogen und Kriminalität	51	Drogen und Kriminalität	42
Arbeitslosigkeit	42	Arbeitslosigkeit	35
Krebs/AIDS	29	Krebs/AIDS	28
Umwelt-/Verbraucherschutz	24	Menschenrechte	24
Italien			
Arbeitslosigkeit	56		
Drogen und Kriminalität	35		
Umwelt-/Verbraucherschutz	28		
Außen- und Sicherheitspolitik	22		

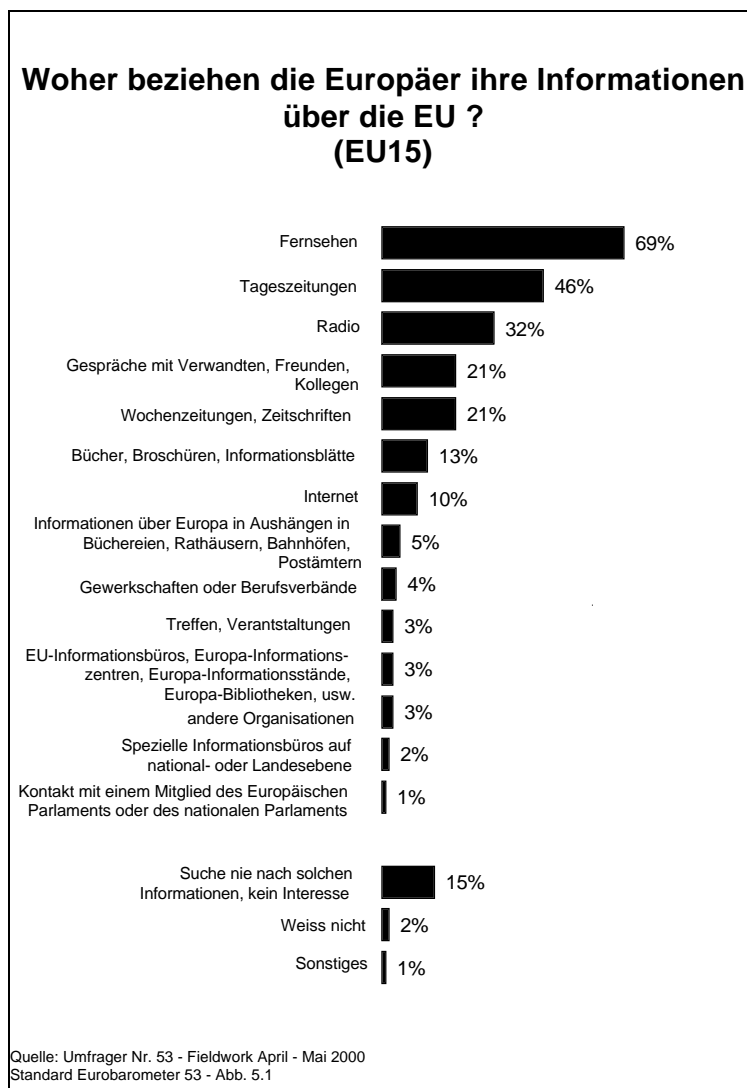
Die anderen Bereiche befinden sich in keinem der Mitgliedstaaten unter den ersten 4 Plätzen. Die **Währung** wurde in Luxemburg (27%) am öftesten und in Schweden (7%) und Dänemark (8%) am wenigsten erwähnt. Deutschland (22%) und das Vereinigte Königreich (20%) sind die einzigen Länder, in denen mehr als 2 von 10 der Befragten **die Einwanderungspolitik** auswählen, während in Portugal (3%), Spanien, Schweden (beide 6%), Irland und Finnland (beide 9%) diese Anzahl unter 10% liegt. **Sozialpolitik** wird in Griechenland (27%), Belgien (22%) und Deutschland (20%) am häufigsten für einen Prioritätsbereich gehalten. Die Menschen in Irland (8%), Dänemark, Schweden und dem Vereinigten Königreich (alle 9%) neigen am wenigsten dazu, sie so anzusehen. Die Meinung, dass **Bildung und Kulturpolitik** eine Priorität sein sollte, reicht von 5% in Frankreich bis 18% in den Niederlanden. Die Meinung, dass **die wissenschaftliche und technische Forschung** ein Prioritätsbereich sein sollte, variiert von 5% in Portugal bis 14% in Dänemark. Die **Dritte Welt** wurde nur von 5% der Befragten in Deutschland, Griechenland und Finnland und bis zu 14% in Dänemark als eine Priorität betrachtet. (siehe auch Tabelle 4.5)

5. Informationsquellen und Wissensstand der EU-Bürger

In diesem Kapitel sehen wir, wo die Bürger nach Informationen über die EU suchen, inwiefern sich die Medien mit den EU-Angelegenheiten beschäftigen, die Selbstbeurteilung der Kenntnisse der Bürger über die EU und deren Bewusstsein über einige der Institutionen der EU.

5.1. Informationsquellen über die EU

Seit vielen Jahren hat das Eurobarometer die europäischen Bürger über die Informationsquellen befragt, die sie am meisten benützen, wenn sie sich über die EU informieren wollen. Wie schon gewohnt, finden wir, dass die Massenmedien die beliebteste Quelle sind. Fast 7 von 10 der Befragten sagen, dass sie das Fernsehen einschalten, wenn sie nach Informationen über die EU suchen, 46% der Befragten lesen Tageszeitungen und 32% hören Rundfunknachrichten¹⁶. Etwa 2 von 10 Personen lesen andere Zeitungen und Zeitschriften oder diskutieren mit Verwandten, Freunden oder Kollegen. 13% ziehen es vor, Bücher, Broschüren oder Informationsblätter zu benützen. 10% der Befragten benützen das World Wide Web, um an Informationen zu gelangen, im Gegensatz zu nur 6% im Herbst 1999¹⁷. Die anderen 7 im Fragebogen genannten Quellen wurden von weniger als 1 von 10 Personen ausgewählt. 15% der Befragten suchen nie nach Informationen über die EU, 1 von 100 Personen nannte Quellen, die im Fragebogen nicht aufgelistet wurden und 2% hatten keine Meinung zu äußern.

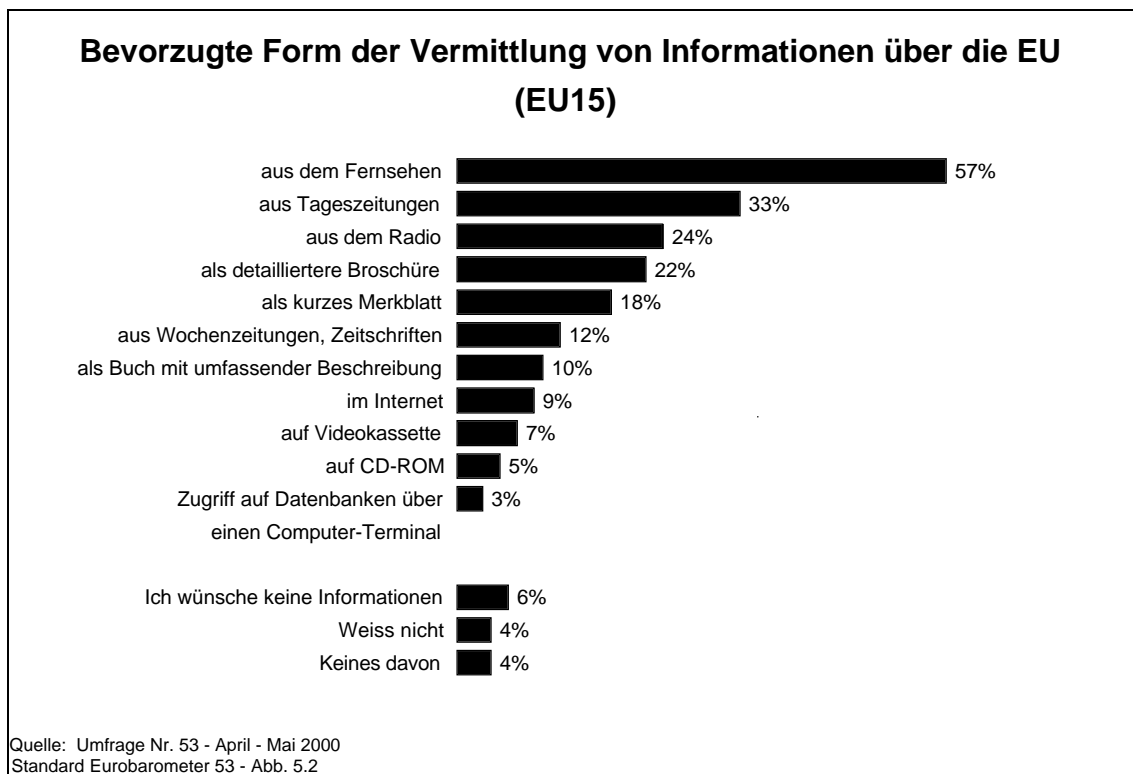


¹⁶ Den Teilnehmern wurde eine Karte mit 14 Quellen oder Arten von Quellen gegeben und sie wurden gebeten, alle Quellen zu nennen, auf die zurückgegriffen wurde, um Informationen über die EU zu erhalten. Es war ihnen auch möglich, andere Quellen zu nennen und zu antworten, dass sie niemals Information über die EU suchen (kein Interesse), oder mit «weiß nicht» zu antworten.

¹⁷ 8% der Befragten haben einen Internetanschluss zuhause. 84% dieser Befragten geben an, das Internet selbst zuhause zu benützen. Für mehr Informationen siehe Kapitel 7.

Die Länderanalyse zeigt, dass **das Fernsehen** in allen 15 Mitgliedstaaten die beliebteste Informationsquelle ist, mit Anteilen der Bevölkerung, die von 49% in Irland bis 80% in Griechenland, Dänemark und Luxemburg reichen. Die Anzahl der Befragten, die eher **Tageszeitungen** haben, liegt zwischen 21% in Portugal und 64% in den Niederlanden. **Der Hörfunk** wurde von 18% der Befragten im Vereinigten Königreich bis zu 57% in Luxemburg ausgewählt. Der Anteil derjenigen, die für **das World Wide Web** stimmten, liegt bei 5% in Portugal und geht bis zu 26% in den Niederlanden.

Die Teilnehmer wurden auch gebeten, ihre bevorzugten Methoden, um Informationen über die Europäische Union zu erhalten, von einer Liste von 11 vordefinierten Quellen anzugeben. Nicht überraschend wurden die drei Medienquellen am häufigsten vorgezogen. Fast 6 von 10 Personen sagen, dass sie das Fernsehen vorziehen, mehr als 3 von 10 sagen, dass sie Tageszeitungen vorziehen, während mehr als 2 von 10 den Rundfunk als bevorzugte Quelle angeben. Das Internet ist von 9% genannt worden, mehr als die 7% im Herbst 1999. Die anderen modernen Informationsträger, wie z.B. Videofilme (7%), CD-ROMs (5%) und elektronische Datenbanken (3%) sind immer noch weniger beliebt als Druckerzeugnisse. (Tabelle 5.1)



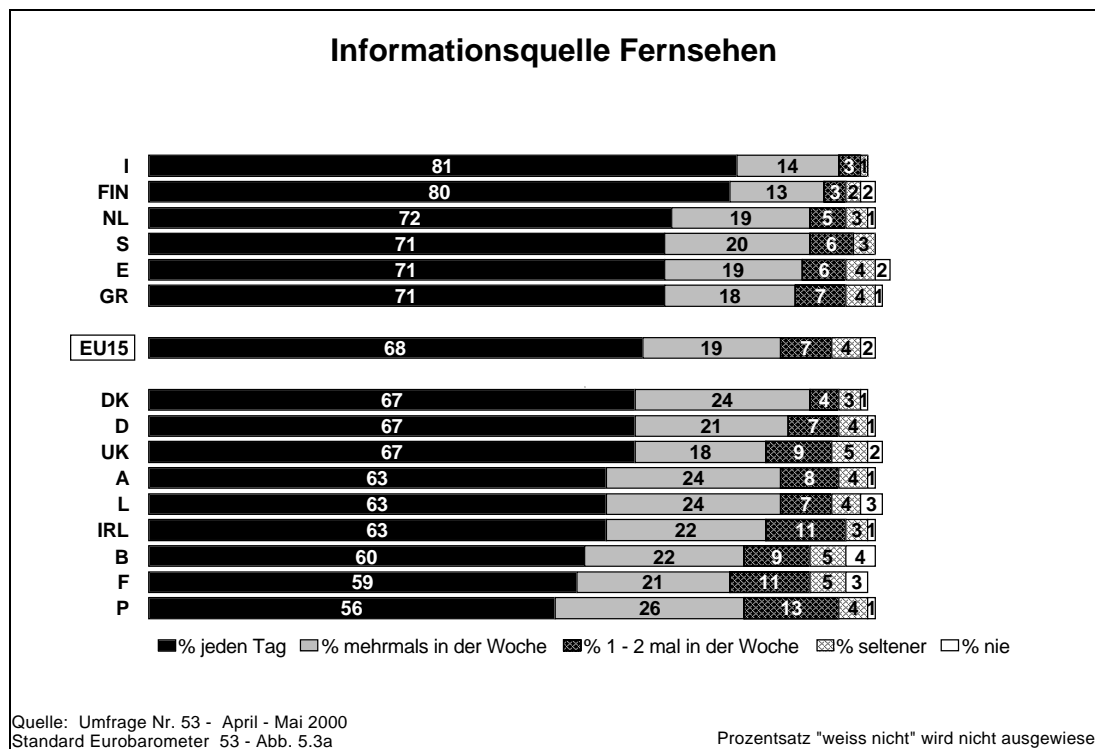
Die Länderanalyse zeigt, dass **das Fernsehen** in allen 15 Mitgliedstaaten die beliebteste Informationsquelle ist, mit der Bevölkerung in Dänemark (73%), die es am häufigsten nennt und der Bevölkerung in Irland (39%), die es am seltensten vorzieht. Der Anteil der Bürger, die **Tageszeitungen** nannten, liegt zwischen 18% in Portugal und 46% in Finnland und Schweden. Für das **Radio** entschieden sich zwischen 17% (das Vereinigte Königreich) und 42% (Dänemark) der Befragten. Das **Internet** wird von einem Anteil der Befragten vorgezogen, der zwischen 5% in Portugal und Spanien und 22% in Dänemark und den Niederlanden liegt. (Tabelle 5.2)

5.2. Die Berichterstattung der Medien über EU-Angelegenheiten

Da die Medien die am häufigsten konsultierten und bevorzugten Informationsquellen über die EU sind, werfen wir zunächst einen Blick auf die Häufigkeit, mit der die EU-Bürger die Nachrichten anschauen, die Tageszeitung lesen oder die Rundfunkennachrichten hören.

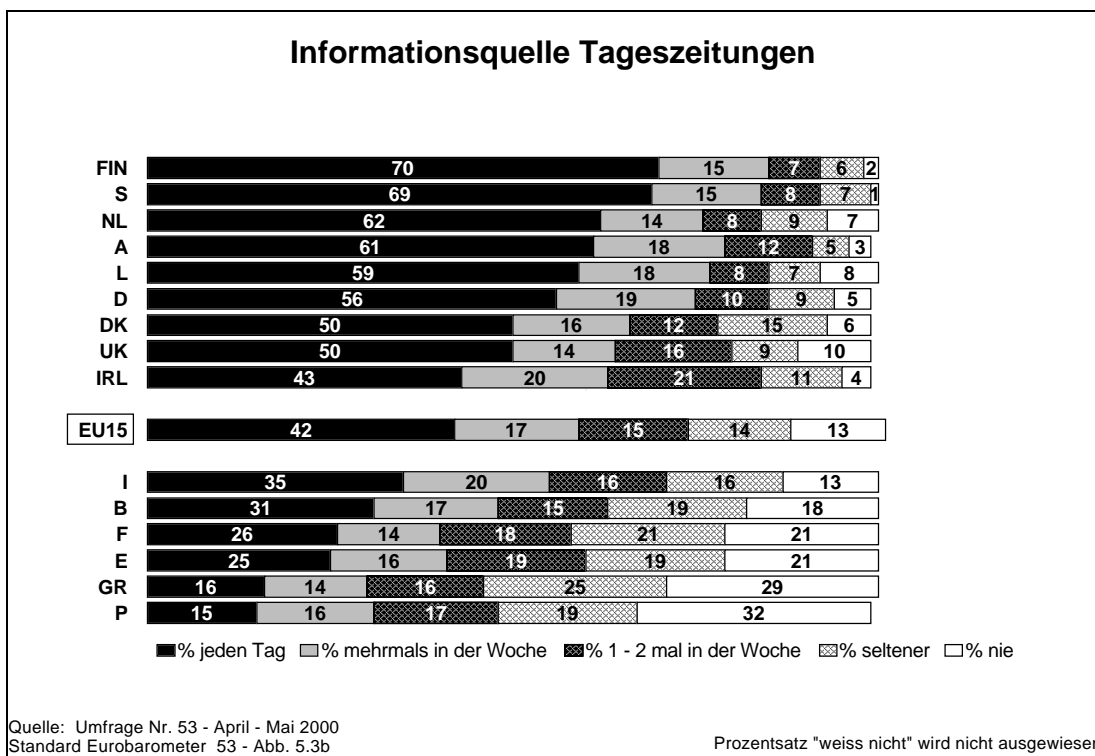
Die Häufigkeit, mit der man die Nachrichten im Fernsehen anschaut

Wie das folgende Schaubild zeigt, schauen sich 68% der Befragten die Nachrichten jeden Tag an, mit weiteren 19%, die sich die Nachrichten mehrmals wöchentlich anschauen¹⁸.



Die Häufigkeit, mit der man die Nachrichten in Tageszeitungen liest

Zirka 6 von 10 Befragten lesen täglich (42%) oder mehrmals wöchentlich (17%) die Berichterstattungen in den Tageszeitungen¹⁹.

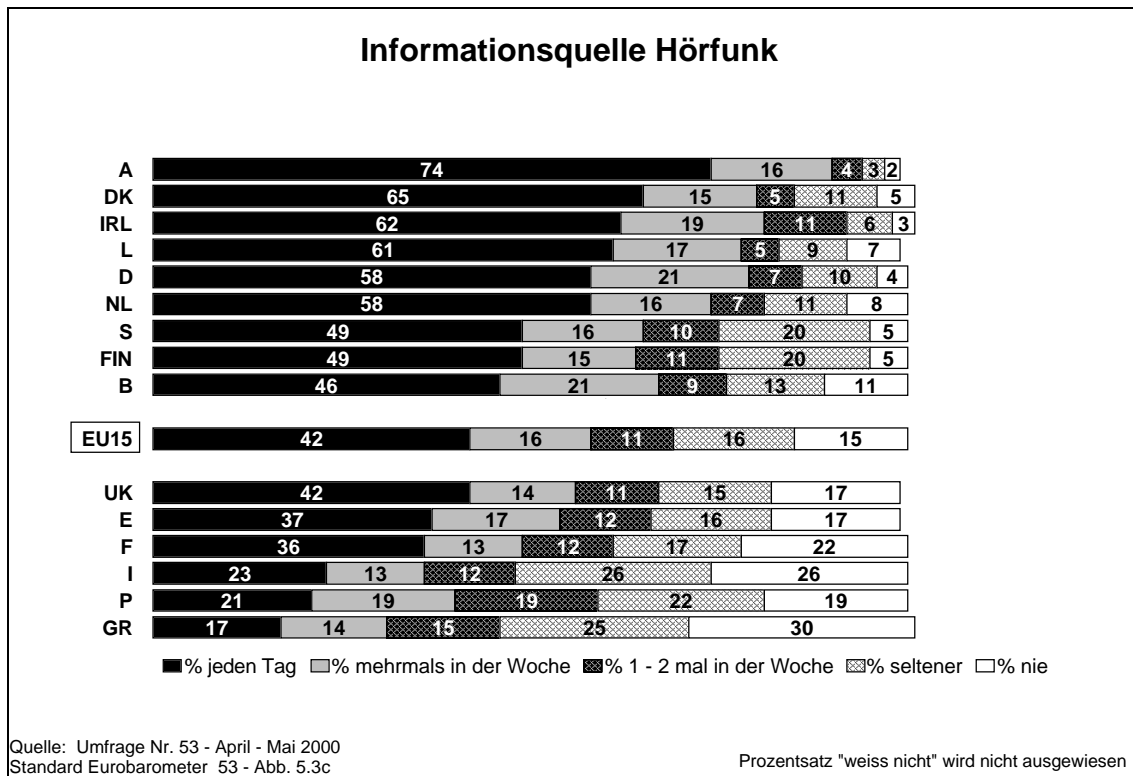


¹⁸ Siehe Tabelle 5.3a für Ergebnisse nach Ländern.

¹⁹ Siehe Tabelle 5.3b für Ergebnisse nach Ländern.

Die Häufigkeit, mit der man sich die Nachrichten im Hörfunk anhört

Diese Informationsquelle ist auch sehr verbreitet, mit etwa 6 von 10 Personen, die sich die Rundfunknachrichten täglich (42%) oder mehrmals wöchentlich (16%) anhören²⁰.



Umfang der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten

Als nächstes untersuchen wir, was die Europäer über den Umfang der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten denken. Den Befragten wurde die folgende Frage gestellt:

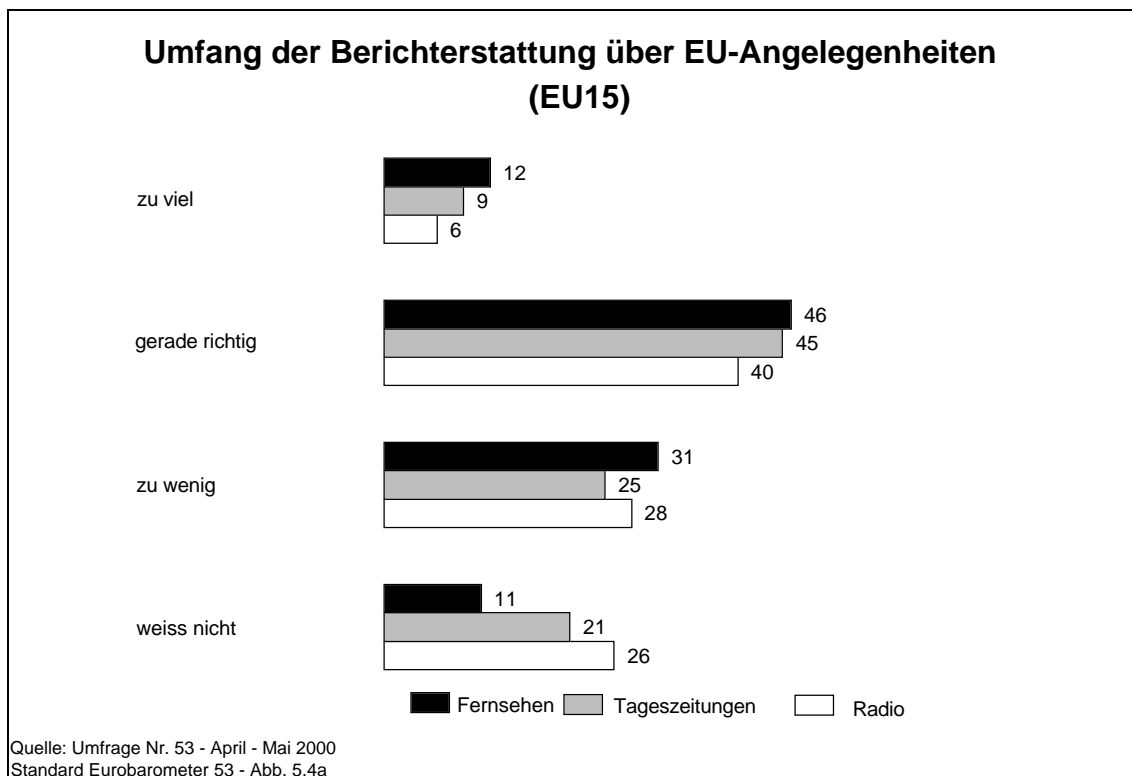
"Denken Sie, dass der Umfang der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten in den Medien viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig ist in..."

- a) den Nachrichten im (Nationalität) Fernsehen?
- b) den Nachrichten in den (Nationalität) Tageszeitungen?
- c) den Nachrichten im (Nationalität) Rundfunk?"

Wie das folgende Schaubild zeigt, gibt es sehr wenige Menschen, die der Meinung sind, dass die 3 Medien zu viel über EU-Angelegenheiten berichten, während ein bedeutender Anteil der EU-Bürger glaubt, dass die Medien nicht genügend berichten. 31% glauben, dass das Fernsehen dies zu wenig tut, 28% glauben das gleiche über das Radio und 25% über die Tageszeitungen²¹.

²⁰ Siehe Tabelle 5.3c für Ergebnisse nach Ländern.

²¹ Mit 26% für das Radio und 21% für Tageszeitungen ist die Anzahl von "weiß nicht"-Antworten höher als die typischen Werte, die wir im Eurobarometer finden. Der Anteil von "weiß nicht"-Antworten bei der Frage über das Fernsehen ist niedriger (11%).



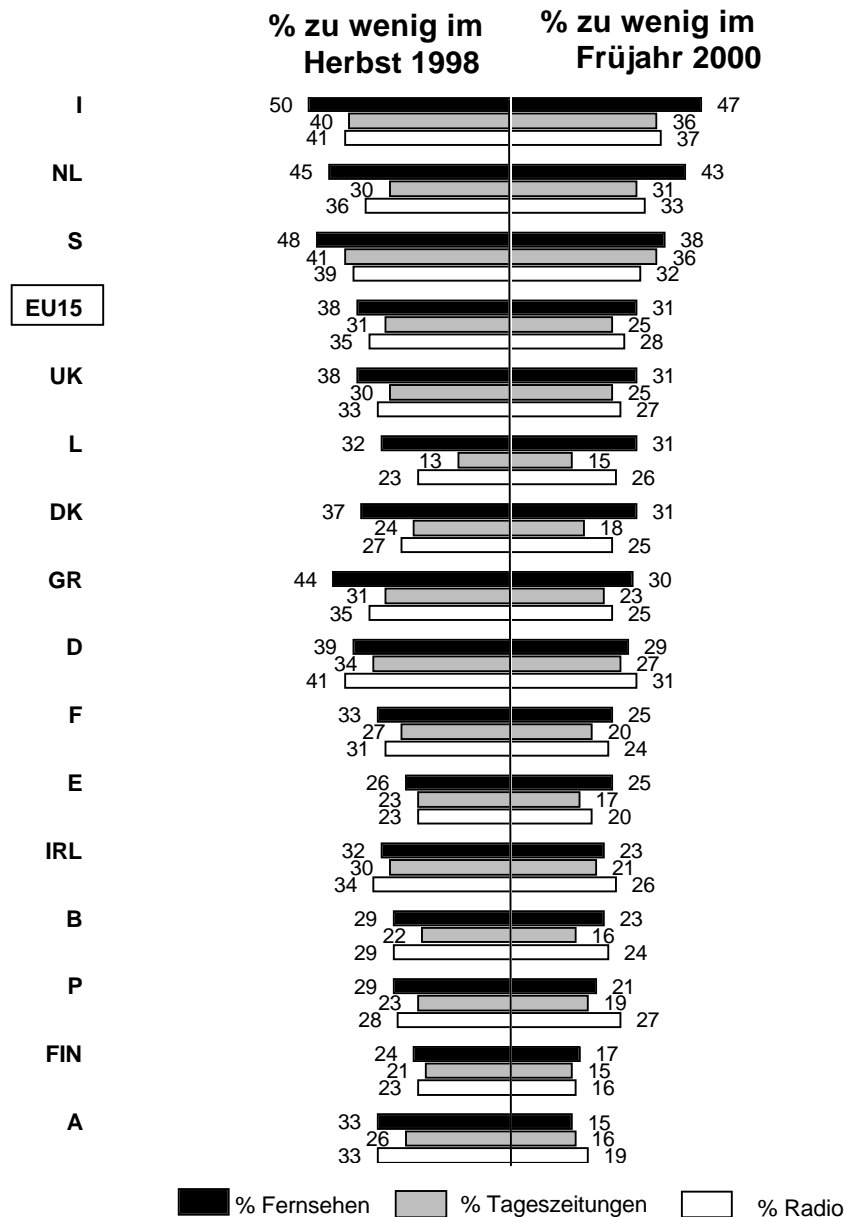
Die Ergebnisse pro Land zeigen, dass die Bevölkerung in Italien (47%) bei weitem am häufigsten der Meinung ist, dass die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten in den Nachrichten im **Fernsehen** zu gering sei, gefolgt von der Bevölkerung in den Niederlanden (43%) und Schweden (38%). Die Anzahl derer, die glauben, diese sei zu hoch, ist in Österreich am größten (24%), gefolgt von Portugal (17%), Spanien (16%), Frankreich und Griechenland (beide 15%). In Finnland (68%), Belgien (60%), Irland, Dänemark (beide 55%), Österreich (54%) und Frankreich (51%) ist mehr als die Hälfte der Öffentlichkeit der Meinung, dass der Umfang der Berichterstattung im Fernsehen gerade richtig sei.

Die Finnen sind auch die, die am meisten glauben, dass die Berichterstattung in den **Tageszeitungen** gerade richtig sei (65%), gefolgt von der Bevölkerung in Luxemburg, Dänemark (beide 59%) und Belgien (58%). Andere Länder, wo mehr als die Hälfte der Befragten diese Meinung teilen, sind Irland (55%), Österreich (52%) und Schweden (51%). In Italien, Schweden (beide 36%) und den Niederlanden (31%) sind die Menschen am häufigsten der Meinung, dass der Umfang der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten gering ist. Österreich ist das einzige Land, wo wenigstens 2 von 10 Personen glauben, dass der Umfang zu viel sei.

Wenn es um den **Hörfunk** geht, entdecken wir, dass Italien (37%) den größten Anteil an Leuten hat, die den Umfang der Berichterstattung für zu klein halten. Andere Länder, in denen mehr als 3 von 10 Personen auch diese Meinung teilen, sind die Niederlande (33%), Schweden (32%) und Deutschland (31%). Die Österreicher sind wieder am häufigsten der Meinung, dass die Reichweite der Berichterstattung zu groß sei (17%). Spanien ist das einzige Land, außer Österreich, wo dieser Wert mehr als 10% beträgt. Wie bei den anderen 2 Medien, sind es die Finnen, die am häufigsten finden, dass die Berichterstattung gerade richtig ist (58%). Die anderen Länder, in denen diese Zahl über 50% liegt, sind Belgien, danach Dänemark, Österreich und Irland.

Im Vergleich zum Herbst 1998 sind die Leute in vielen Ländern heutzutage viel mehr dazu geneigt, den Umfang der Berichterstattung durch die Medien als normal anzusehen. Während ein bedeutender Anteil der Menschen weiterhin glaubt, dass es nicht genug Berichterstattung gibt, ist die Situation jetzt viel besser als im Herbst 1998. Dies unterstreicht auch das folgende Schaubild. (siehe auch die Tabellen 5.4a-c)

Umfang der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten



Quelle: Eurobarometer 50.0 - Umfrage Oct - Nov 1998

Eurobarometer 53 - Umfrage April - Mai 2000

Standard Eurobarometer 53 - Abb. 5.4b

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Wahrgenommene Korrektheit der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten in den Medien

Wie schon im Herbst 1998 hält durchschnittlich 1 EU-Bürger von 2 die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten in den Medien in seinem Land für korrekt. Die Analysen zeigen, dass intensive Benützer der Medien eher positiv über das Thema denken als Benützer, die sich nicht so oft an die Medien wenden, um Informationen zu erhalten²². Jedoch unabhängig von der Häufigkeit, mit der die Medien benützt werden, ist zirka ein Drittel der Bevölkerung der Meinung, dass die Medien nicht unparteiisch berichten. Wie die folgende Tabelle zeigt, je seltener Menschen die Medien benützen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich nicht im Stande fühlen, zu beurteilen, ob die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten unparteiisch ist oder nicht.

²² Anhang C enthält Definitionen des Mediennutzer-Index und des Meinungsführer-Index.

Empfundene Objektivität der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten nach den Bewertungen des Mediennutzer-Index			
Mediennutzer-Index:	% der Befragten, die den Umfang für sehr+ ziemlich objektiv halten	% der Befragten, die den Umfang für nicht sehr+ überhaupt nicht objektiv halten	% Weiß nicht
+++	54%	30%	17%
++	51%	31%	18%
--	46%	32%	22%
---	28%	28%	45%

Die Meinung der Menschen hängt auch damit zusammen, wie viel sie über die EU zu wissen glauben²³. 63% der Befragten, die ihre Kenntnis über die EU für gut halten (von 8 bis 10 Punkte auf der Skala), glauben, dass die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten in ihrem Land korrekt ist, im Vergleich zu nur 37% derer, die glauben, wenig über die Europäische Union zu wissen. Wie dem auch sei, Personen, die viel über die Union zu wissen glauben, teilen auch am häufigsten die Ansicht, dass die Berichterstattung nicht korrekt ist, während die, die eher glauben, wenig über die EU zu wissen, am meisten dazu neigen, keine Meinung zu äußern. Je geringer der selbstbeurteilte Kenntnisstand ist, um so größer wird der Anteil der "weiß nicht"-Antworten.

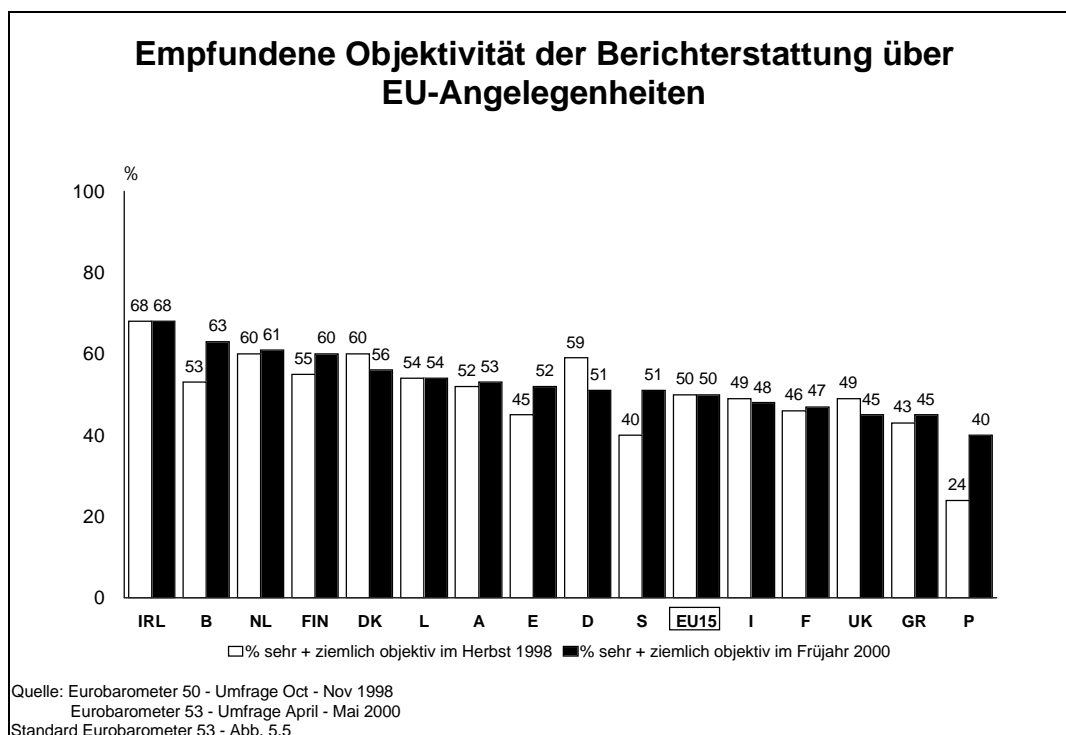
Wahrgenommene Objektivität der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten nach den selbstbeurteilten Kenntnissen über die Europäische Union			
Selbstbeurteilte Kenntnis der EU-Angelegenheiten (auf einer Skala von 1-10):	% der Personen, die die Berichterstattung für sehr+ relativ objektiv halten	% der Personen, die die Berichterstattung für nicht sehr+ überhaupt nicht objektiv halten	% Weiß nicht
Weiß sehr viel über die EU (Bewertung 8-10)	63%	33%	4%
Weiß ein bisschen über die EU (Bewertung 4-7)	58%	31%	11%
Kennt sehr wenig über die EU (Bewertung 1-3)	37%	29%	34%

Die öffentliche Meinung, ob die Medien die Angelegenheiten der EU korrekt behandeln, hängt auch davon ab, was sie generell über die Union denken. Diejenigen, die positiv über die EU denken, sind viel mehr dazu geneigt, die Berichterstattung durch die Medien in ihrem Land als korrekt zu betrachten als Personen, die gegen die EU sind. Die Ansicht, dass die Berichterstattung nicht korrekt sei, hängt auch von der Einstellung der Menschen über die Union ab.

²³ Anhang C enthält eine Definition der subjektiven Kenntnis-Skala. Der nächste Abschnitt des Kapitels berichtet über die Grade der subjektiven Kenntnis-Skala unter den EU-Bevölkerungsgruppen.

Wahrgenommene Objektivität der Berichterstattung über EU-Angelegenheiten in den Medien nach der Einstellung der Bürger über die Europäische Union			
Einstellung:	% der Personen, die den Umfang für sehr+ ziemlich korrekt halten	der Personen, die den Umfang für nicht sehr+ überhaupt nicht korrekt halten	% Weiß nicht
Das Image der EU ist positiv	62%	27%	11%
Die EU-Mitgliedschaft ist eine gute Sache	61%	27%	13%
Die EU-Mitgliedschaft ist eine schlechte Sache	39%	44%	18%
Das Image der EU ist negativ	36%	46%	19%

Ein Blick auf die Differenzen der wahrgenommenen Korrektheit der Berichterstattung durch die Medien von Land zu Land zeigt, dass, wie schon in den Jahren 1997 und 1998, Menschen in Irland die Berichterstattung eher als korrekt oder sogar sehr korrekt ansehen (68%). Zirkum 6 von 10 Personen in Belgien, den Niederlanden und Finnland geben den Nationalmedien eine gute Note was die Korrektheit betrifft, mit Ergebnissen, die in Belgien (+10) und Finnland (+5) jetzt bedeutend positiver sind als im Herbst 1998. Mit 55% kommt Dänemark an fünfter Stelle, obwohl die Menschen die Korrektheit weniger positiv einschätzen (-5). In anderen 5 Ländern glaubt mehr als die Hälfte der Bevölkerung, dass die Medien EU-Angelegenheiten korrekt behandeln. Mit 40% sind die Menschen in Portugal immer noch am seltensten dieser Meinung, obwohl eine bedeutende Verbesserung seit Herbst 1998 zu erkennen ist. Trotzdem ist nach der Bevölkerung in Griechenland (41%) die in Portugal eher der Ansicht, dass die Berichterstattung der Medien über EU-Angelegenheiten nicht korrekt ist (40%). In Frankreich (39%), Italien (37%) und Dänemark (35%) teilt diese Meinung mehr als ein Drittel der Bevölkerung. (Tabelle 5.5a)



Die soziodemographischen Analysen zeigen, dass Manager eher der Meinung sind, dass die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten in ihrem Land korrekt ist (58%), gefolgt von Personen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder älter in der Vollzeitausbildung waren (56%) und Studenten (55%). Personen, die das Bildungssystem vor dem Alter von 16 Jahren verließen (43%), Arbeitslose (45%) und Hausfrauen/männer (47%) sind seltener dieser Ansicht. Jedoch gibt es eine relativ kleine Differenz zwischen den höchsten und niedrigsten Prozentsätzen. Bei denjenigen die glauben, dass die Berichterstattung nicht korrekt sei, mit einer Differenz von nur 8 Prozentpunkten zwischen 26% der jungen Menschen und Studenten und 34% der Selbstständigen, ist es auch so. Generell finden wir, dass, je kleiner die Anzahl der "weiß nicht"-Antworten ist, um so größer wird die Anzahl derjenigen, die glauben, dass die Berichterstattung korrekt sei. (Tabelle 5.5b)

5.3. Beurteilung des eigenen Kenntnisstandes über die EU

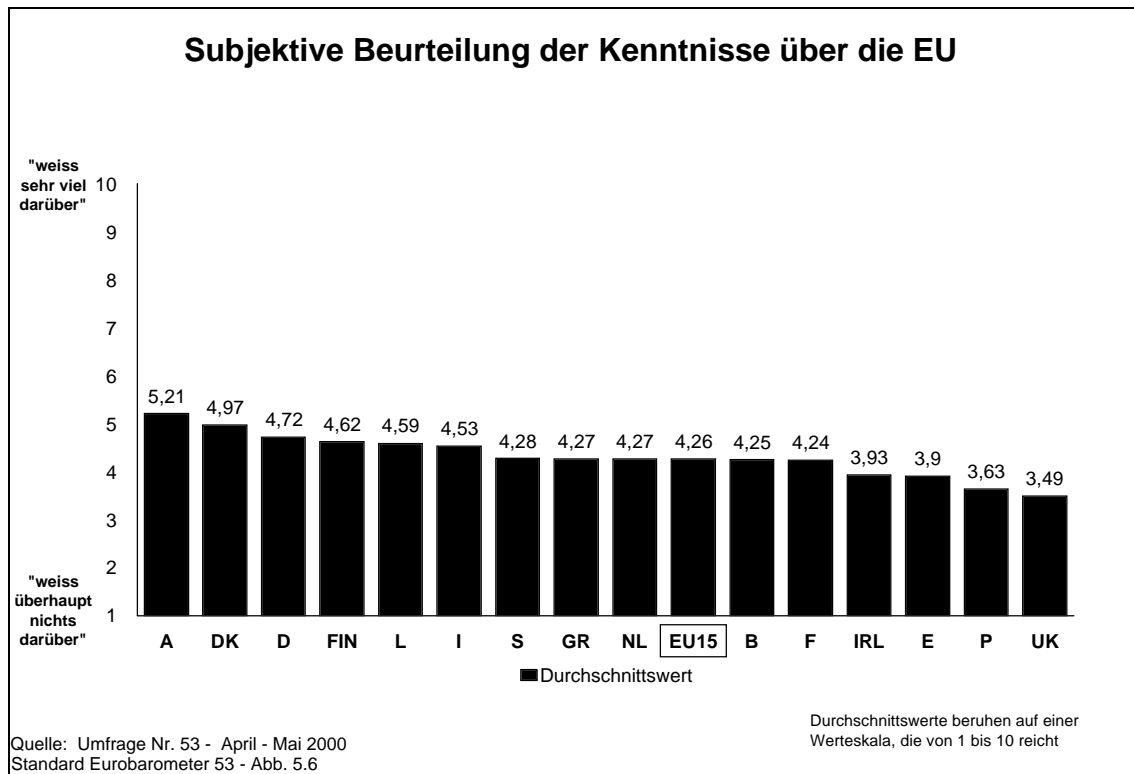
Seit mehreren Jahren hat das Eurobarometer danach gefragt, wie viel die Befragten über die Europäische Union zu wissen glauben, und bis jetzt haben die Ergebnisse eine relativ niedrige Kenntnisebene angezeigt²⁴. Die EU15 Ergebnisse in der folgenden Tabelle zeigen, dass nur 26% der EU-Bürger viel über die EU zu wissen glauben (von 6 bis 10 Punkte auf der Skala).

Subjektive Kenntnis der EU- Angelegenheiten Frühjahr 2000 (in %, EU15)	
Wert	%
1 (Weiß überhaupt nichts)	11
2	11
3	16
4	15
5	18
6	11
7	8
8	5
9	1
10 (Weiß sehr viel)	1
Weiß nicht	2
Durchschnittswert	4,26

Die Länderanalyse zeigt, dass diese Kenntnisebene von Land zu Land bedeutend variiert. Das folgende Schaubild verzeichnet die Durchschnittswerte²⁵ für die einzelnen Mitgliedstaaten.

²⁴ Die Frage lautete: "Wie viel glauben Sie über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Institutionen zu wissen?" Die Befragten wurden gebeten, eine Nummer von einer Karte – von 1 bis 10 – zu wählen, die am besten mit ihren Kenntnissen über die Europäische Union übereinstimmt. Je höher die ausgewählte Nummer, desto mehr glauben sie über die EU zu wissen.

²⁵ Die Durchschnittswerte stellen die zentrale Tendenz der Antworten dar, und sind die Summe der Antworten für jeden der zehn Punkte der Skala, geteilt durch die Anzahl der Antworten für die jeweiligen Punkte.



Wie schon im Herbst 1999 ist die Kenntnisebene in Österreich am größten, wo der Durchschnittswert bei 5,21 liegt und im Vereinigten Königreich am niedrigsten, wo dieser nur 3,5 beträgt. Im Vergleich zu Herbst 1999 ist diese Kenntnisebene relativ stabil geblieben, mit der größten positiven Differenz in Dänemark (+0,26) und der größten negativen Differenz in Belgien (-0,12)²⁶.

Bei einer Untersuchung der Distribution der Antworten zeigt, dass 39% der Österreicher viel über die Europäische Union zu wissen glauben (von 6 bis 10 Punkte auf der Skala). Mit 35% kommen die Dänen als nächste, gefolgt von den Bevölkerungen in Italien (33%), Deutschland (32%), Finnland und den Niederlanden (beide 30%). Portugal (15%) und Spanien (19%) sind die einzigen zwei Länder, wo weniger als 2 von 10 Befragten viel über die EU zu wissen glauben. (Tabelle 5.6²⁷)

Die folgende Tabelle zeigt die Durchschnittswerte der verschiedenen soziodemographischen Gruppen in der EU. Sie zeigt, dass Meinungsführer, Manager, Menschen die am längsten in Vollzeitausbildung blieben und die, die häufig die Medien benützen, die Gruppen sind, die sich hinsichtlich der Kenntnisse über die EU die größte Punktzahl geben. Am Ende der Liste befinden sich die Menschen, die die niedrigsten Ergebnisse bei dem Mediennutzer-Index und Meinungsführer-Index erzielt haben²⁸.

²⁶ Siehe Eurobarometer Nr. 52, Schaubild 2.5.

²⁷ Um die Interpretation der Tabelle zu erleichtern, wurde die Skala neu kodiert und in vier Kategorien unterteilt: „weiß (fast) nichts darüber“ – 1-2 Punkte; „weiß etwas darüber“ – 3-5 Punkte; „weiß ziemlich viel darüber“ – 6-8 Punkte; „weiß sehr viel darüber“ – 9-10 Punkte.

²⁸ Anhang C.4 enthält Definitionen des Mediennutzer-Index und des Meinungsführer-Index.

Durchschnittswerte auf der subjektiven Kenntnis-Skala für verschiedene Gruppen auf EU 15-Ebene	
Gruppe	Kennzahl
Meinungsführer-Index: + +	5,91
Führungskräfte	5,41
Bildungsabschluss bis 20+	5,21
Mediennutzer-Index: + + +	4,85
Meinungsführer-Index: +	4,79
Selbstständige	4,76
Männer	4,69
Angestellte	4,58
Schüler/Studenten	4,51
Altersgruppe 40-54	4,49
Altersgruppe 25-39	4,32
Durchschnittswert für EU 15	4,26
Mediennutzer-Index: ++	4,25
Bildungsabschluss mit 16-19	4,21
Altersgruppe 55 und älter	4,14
Rentner/Pensionisten	4,14
Meinungsführer-Index: -	4,10
Altersgruppe 15-24 Jahre	4,04
Arbeiter	3,93
Arbeitslose	3,89
Frauen	3,84
Mediennutzer-Index: --	3,65
Bildungsabschluss mit 15-	3,58
Hausmänner/Hausfrauen	3,53
Meinungsführer-Index: --	3,08
Mediennutzer-Index: ---	2,82

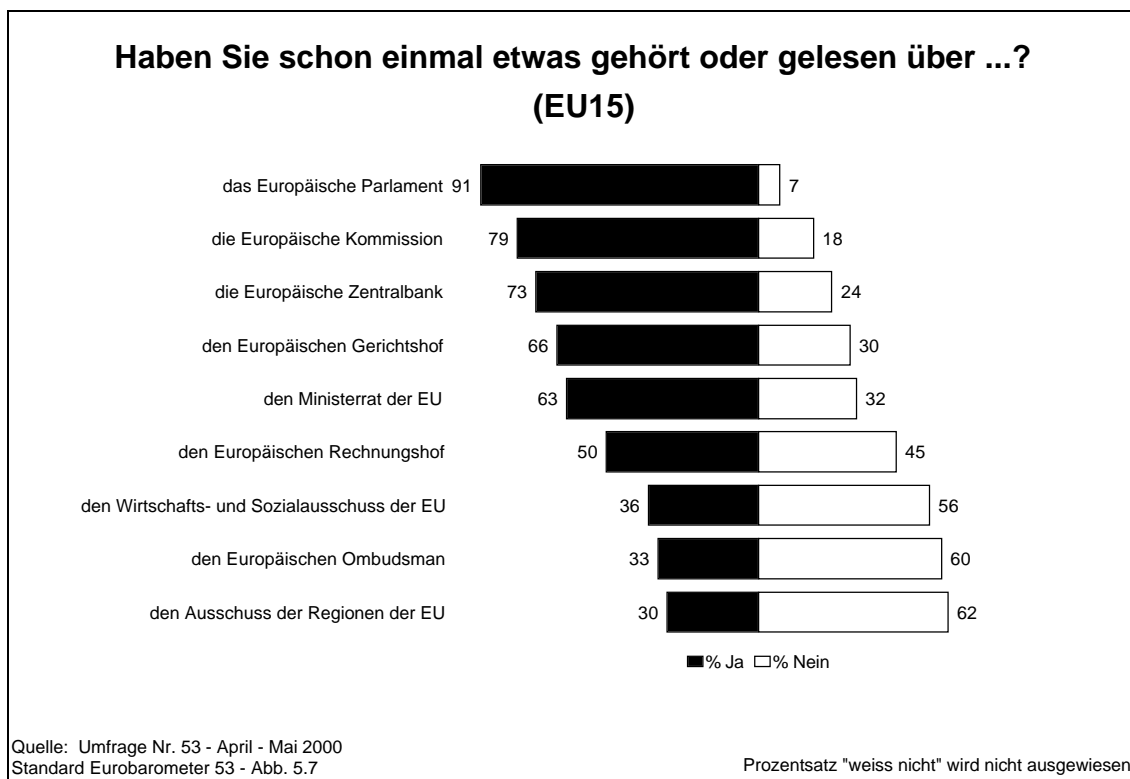
Der Vergleich zwischen diesen Ergebnissen und denen vom Herbst 1999 zeigt, dass die Differenz zwischen denen, die viel über die Europäische Union zu wissen glauben und denen, die eher weniger zu wissen glauben, von 2,82 auf 3,08 gestiegen ist. Die Rangordnung bleibt mehr oder weniger unverändert.

5.4. Bekanntheitsgrad der EU-Institutionen und Körperschaften

Das dritte Mal nacheinander hat die Untersuchung das öffentliche Bewusstsein über 9 Institutionen und Körperschaften der Europäischen Union gemessen²⁹.

²⁹ Die Befragten sollten angeben, ob sie schon einmal etwas von der betreffenden EU-Institution/Körperschaft gehört haben. Die Ergebnisse einer ähnlichen Befragung, ob die Menschen kürzlich in den Medien etwas über das Europäische Parlament gesehen oder gehört haben, werden in Kapitel 4 präsentiert. Kapitel 3 berichtet über das Ausmaß der Wichtigkeit dieser Institutionen bzw. das Ausmaß des Vertrauens in diese.

Die Öffentlichkeit hat am öftesten etwas über das Europäische Parlament gehört (91%), gefolgt von der Europäischen Kommission (79%) und der Europäischen Zentralbank (73%). Am wenigsten haben die Befragten über die zwei neuen europäischen Institutionen gehört - den Regionalausschuss (30%) und den Sozial- und Wirtschaftsausschuss (36%) - und den Europäischen Ombudsman (33%).



Im Vergleich zum Herbst 1999 hat sich das Bewusstsein über einige Institutionen der EU vergrößert (+4 für die Europäische Zentralbank, den Gerichtshof und den Rechnungshof; +3 für den Ministerrat) jedoch bleibt die Rangordnung die selbe³⁰.

Die Ergebnisse der Länder weisen darauf hin, dass das Bewusstsein über das **Europäische Parlament** in allen Ländern über 90% liegt, außer Griechenland (85%), Deutschland (87%) und das Vereinigte Königreich (88%). Wenigstens 9 von 10 Personen in Finnland (95%), Dänemark, Luxemburg (beide 94%), Schweden (92%) und Belgien (90%) haben von der **Europäischen Kommission** gehört. Griechenland (69%), Deutschland (72%) und das Vereinigte Königreich (74%) sind die einzigen Länder, wo weniger als drei Viertel der Bevölkerung davon gehört hat. Das Bewusstsein über die **Europäische Zentralbank** ist in Finnland (89%) und in den Niederlanden (85%) am größten und am niedrigsten in Griechenland (55%) und im Vereinigten Königreich (57%). Die Menschen in Dänemark (92%) haben am meisten über den **Gerichtshof** gehört und die aus Italien (52%) am wenigsten. Die Menschen in Luxemburg (86%) haben am meisten vom **Ministerrat** gehört, während das Bewusstsein über die Existenz dieser Institution am kleinsten im Vereinigten Königreich (37%) ist. Das Bewusstsein über den **Europäischen Rechnungshof** ist in Luxemburg (74%) am größten und am kleinsten im Vereinigten Königreich (15%). In den nordischen Ländern - Dänemark (25%), Finnland (32%) und Schweden (39%) - ist dieses auch unter dem Durchschnittsniveau. Die Menschen in Luxemburg (58%) haben am meisten über den **Sozial- und Wirtschaftsausschuss** gehört, während die aus den Niederlanden (21%) am wenigsten davon wissen. Wie schon im Herbst 1999 ist der **Europäische Ombudsman** - Jacob Söderman aus Finnland - am meisten in seinem Herkunftsland bekannt (81%). Am wenigsten ist er in Deutschland bekannt (22%). Das Bewusstsein über den **Regionalrat** ist in Österreich (53%) und Portugal (49%) am größten, während die Menschen in den Niederlanden (12%) am wenigsten über die Existenz dieser Institution wissen. (Tabelle 5.7)

³⁰ Siehe Eurobarometer Nr. 52, Schaubild und Tabelle 2.6.

Um eine allgemeine Sicht über das Bewusstsein über die EU-Institutionen in jedem Mitgliedstaat zu liefern, haben wir einen Durchschnitt durch Addieren der Prozentsätze der "bewusst"-Antworten für jede Institution und durch Teilen des Ergebnisses durch die Anzahl der Institutionen (9), auf die sich die Untersuchung bezieht, kalkuliert. Wie die folgende Tabelle zeigt, ist das Bewusstsein über die EU-Institutionen in Luxemburg (wo sich viele dieser befinden) am größten und am niedrigsten im Vereinigten Königreich.

Bekanntheitsgrad der EU-Institutionen (Durchschnittlicher Bekanntheitsgrad von neun Institutionen/Körperschaften, in % pro Land)	
Land	%
Luxemburg	74
Finnland	70
Österreich	70
Dänemark	66
Irland	67
Portugal	62
Frankreich	62
Schweden	62
Belgien	61
Spanien	61
Deutschland	60
Niederlande	58
EU15	58
Italien	57
Griechenland	56
Vereinigtes Königreich	45

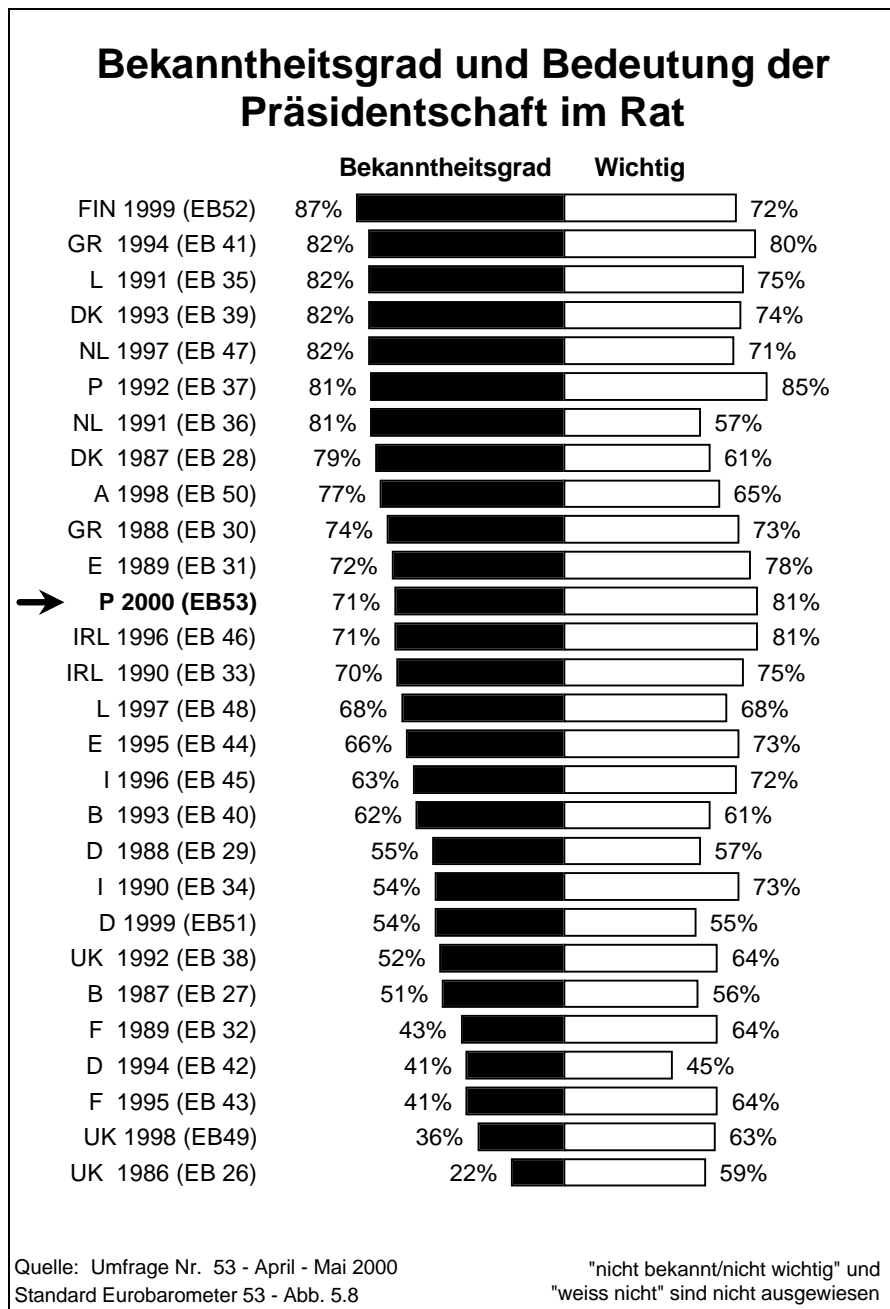
Das Bewusstsein variiert nicht nur von Land zu Land, sondern hängt davon ab, wie viel die Menschen über die Europäische Union zu wissen glauben. Die folgende Tabelle zeigt, dass, je mehr die Menschen der Meinung sind, dass sie gut über die EU informiert sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie über die EU-Institutionen gehört haben.

Bekanntheitsgrad der EU-Institutionen und -Körperschaften - aufgeschlüsselt nach subjektiven Kenntnissen über die EU			
Institution:	Ausgezeichnete Kenntnisse	Durchschnittliche Kenntnisse	Geringe Kenntnisse
Europäisches Parlament	98%	95%	84%
Europäische Kommission	96%	88%	65%
Europäische Zentralbank	93%	83%	56%
Europäischer Gerichtshof	92%	75%	50%
Ministerrat	88%	73%	45%
Rechnungshof	79%	59%	33%
Wirtschafts- und Sozialausschuss	69%	44%	20%
Ausschuss der Regionen	63%	37%	16%
Europäischer Ombudsman	58%	39%	22%

5.5. Bekanntheitsgrad und Bedeutung der Ratspräsidentschaft

Seit 1986 hat das Eurobarometer das Bewusstsein und die wahrgenommene Wichtigkeit der Präsidentschaft des Ministerrates in dem Land, das zur Zeit der Untersuchung diese hält, gemessen³¹. Während der ersten sechs Monate des Jahres 2000 war das Portugal.

Wie das folgende Schaubild zeigt, waren sich 71% der Portugiesen bewusst, dass ihr Land die Präsidentschaft hält. Dies ist bedeutend weniger als im Jahr 1992, als dieses Land zum ersten Mal die Präsidentschaft bezog (-10%). 81% der Menschen in Portugal hielten die Präsidentschaft für wichtig, was auch weniger ist als im Jahr 1992, als 85% der Portugiesen dieser Meinung waren.



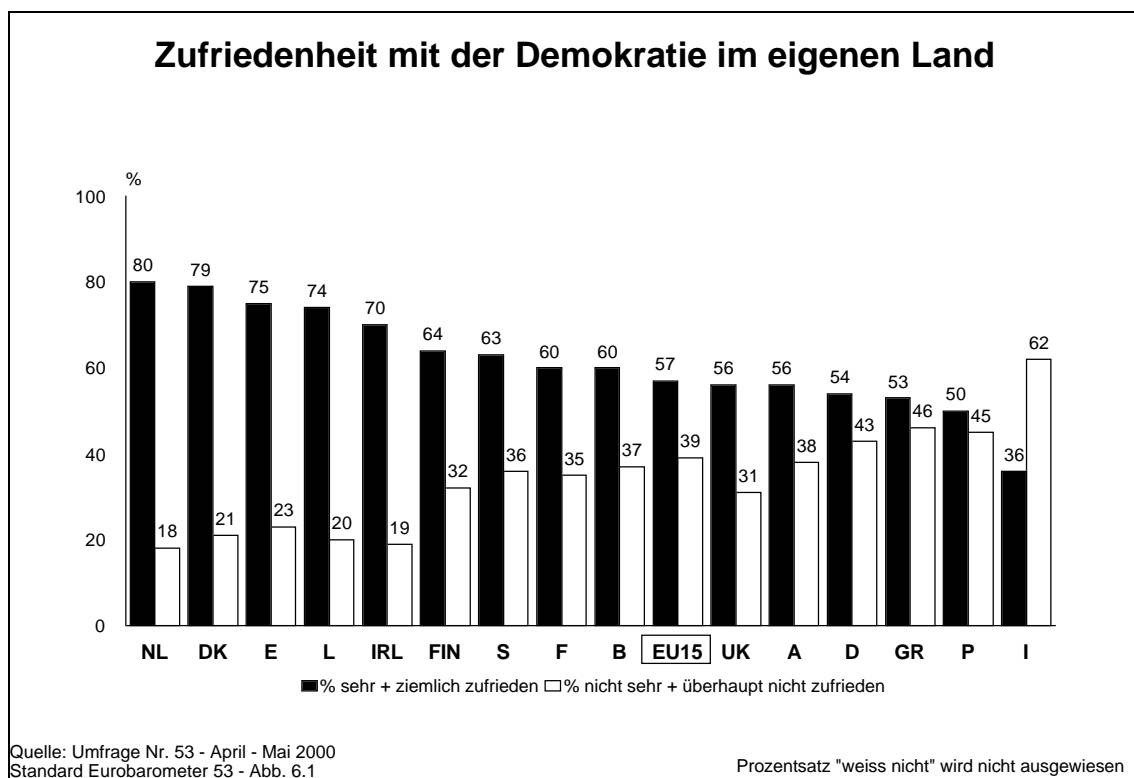
³¹ Jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union hält der Reihe nach die Präsidentschaft für eine Periode von 6 Monaten.

6. Demokratie und Staatsbürgerschaft

In diesem Kapitel untersuchen wir die Zufriedenheit der Öffentlichkeit mit der Demokratie in jedem Mitgliedstaat und die Weise, wie sie in der Europäischen Union funktioniert. Wir schauen auch darauf, in welchen Maße sich die EU-Bürger als Europäer betrachten. Das Kapitel endet mit einem allgemeinen Blick auf den Nationalstolz in den EU-Mitgliedstaaten.

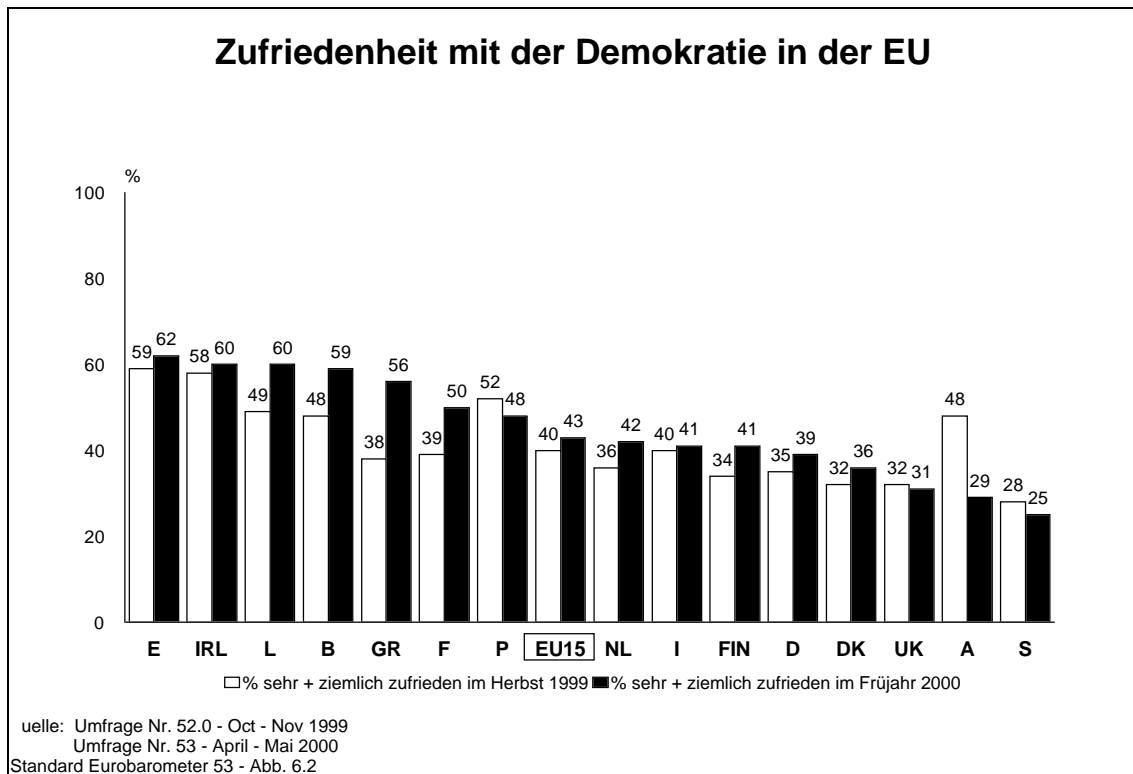
6.1. Zufriedenheit mit der Demokratie

Wenn wir auf die Art und Weise schauen, in der die Demokratie in den Mitgliedstaaten funktioniert, entdecken wir, dass wenigstens drei Viertel der Bevölkerung in den Niederlanden, Dänemark und Spanien damit zufrieden sind. 7 von 10 Personen in Luxemburg und Irland denken positiv über die Demokratie in ihrem Land. Das selbe ist auch für 6 von 10 Personen in Finnland, Schweden, Frankreich, Belgien, dem Vereinigten Königreich und Österreich gültig und für 5 von 10 Personen in Deutschland, Griechenland und Portugal. Italien ist das einzige Land, wo es eine Mehrheit gibt, die unzufrieden ist (62%). Trotzdem ist diese negative Meinung nicht mehr so verbreitet wie im Herbst 1999, als 70% der Italiener unzufrieden waren. (Tabelle 6.1a)



Demographische Analysen zeigen, dass Manager (64%) am meisten mit der Demokratie im eigenen Land zufrieden sind, während die Arbeitslosen (47%) die einzige Gruppe sind, wo das Niveau der Zufriedenheit unter 50% liegt. Eine Analyse auf Basis der Einstellung der Menschen bezüglich der EU zeigt eine 31-prozentige Differenz in der Zufriedenheit zwischen denen, die die Mitgliedschaft ihres Landes als gut und denen, die sie als schlecht empfinden. (Tabelle 6.1b)

Ein Blick auf die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Europäischen Union zeigt eine bedeutend größere Anzahl von positiven Ergebnissen in vielen Mitgliedstaaten im Vergleich zu der vorigen Umfrage.



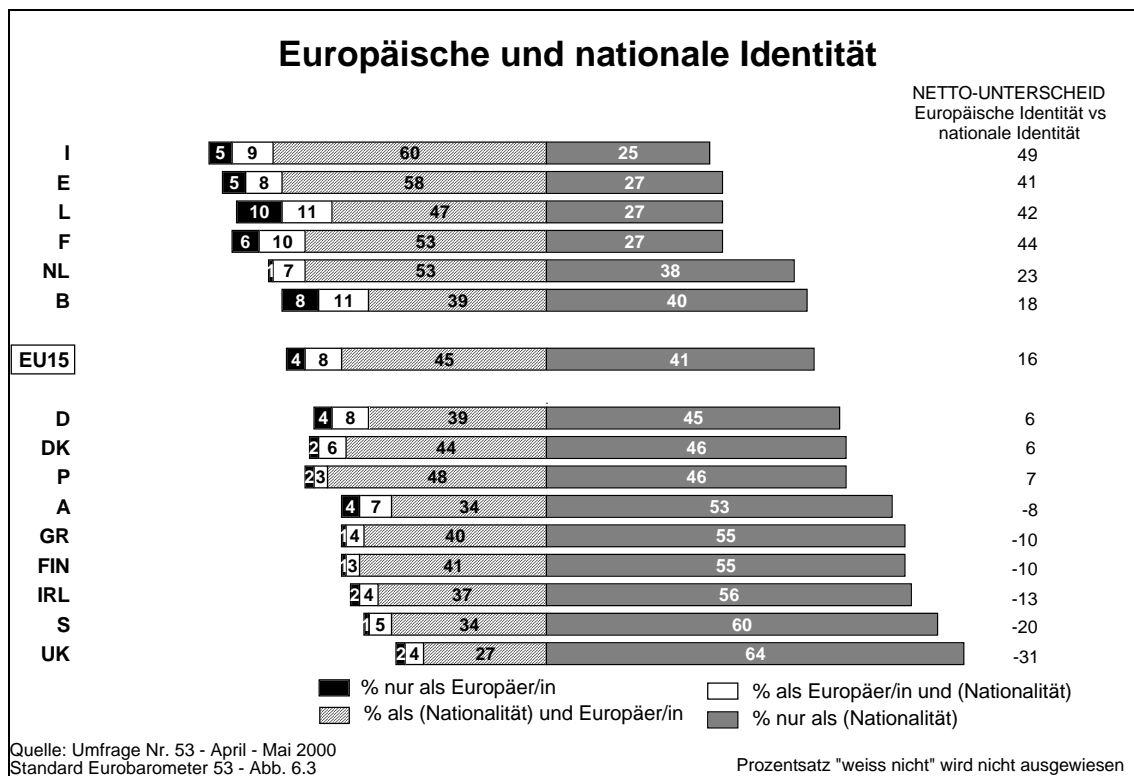
Während die Zufriedenheit in Spanien (62%) am größten ist, wurden die bedeutendsten Verbesserungen in Griechenland (+18), Luxemburg, Belgien, Frankreich (alle mit +11), Finnland (+7) und den Niederlanden (+6) aufgezeichnet. In allen außer einem der anderen Länder, wurde eine bis zu 4-prozentige Steigerung oder Verringerung des Zufriedenheitsgrades bemerkt. Österreich ist das einzige Land, in dem eine Verminderung (-19) der Zufriedenheit aufgezeichnet wurde. Wie schon gesagt, ist die Öffentlichkeit in Österreich im Frühjahr 2000 bedeutend weniger der Europäischen Union wohlgesinnt, nachdem die anderen Mitgliedstaaten gegen dieses Land Sanktionen verhängt haben. (Tabelle 6.2a)

Die demographischen Analysen zeigen, dass Studenten (52%) und junge Leute im Allgemeinen (51%) am wahrscheinlichsten mit der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden sind, während Menschen, die das Bildungssystem bevor sie 15 Jahre alt waren verließen und Arbeitslose (beide 37%) am wenigsten dieser Meinung sind. Der Anteil der "weiß nicht"-Antworten variiert sehr und erklärt zum Teil die Differenzen im Zufriedenheitsgrad.

Eine Analyse der Einstellungen der Menschen betreffend der Zufriedenheit mit der EU zeigt eine noch größere Differenz als bei der Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land, mit 61%, die zufrieden sind und nur 18% von Gegnern. (Tabelle 6.2b)

6.2. Europäische und nationale Identität

In 9 von 15 Mitgliedstaaten sagt die Mehrheit der Menschen, dass sie sich als Europäer fühlen, wenn danach gefragt wird, wie sie sich in naher Zukunft sehen, obwohl sich die meisten nicht nur exklusiv als Europäer betrachten.



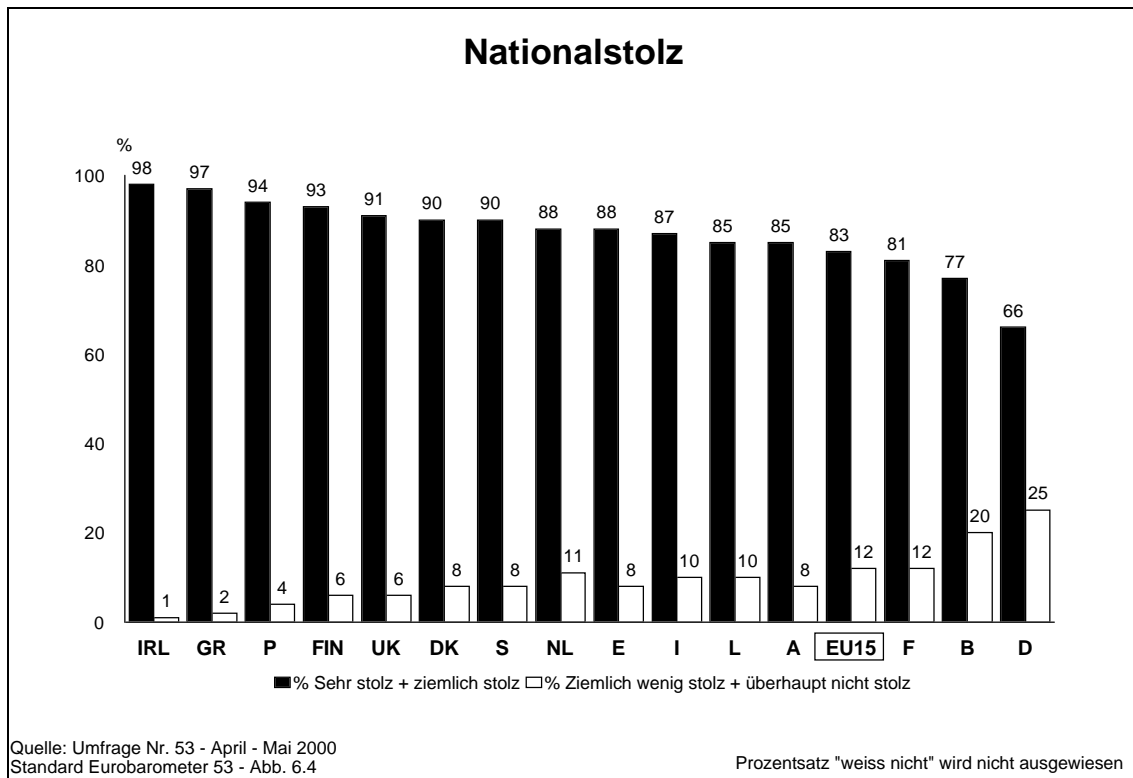
Weil Luxemburg einen großen Anteil an Bürgern anderer EU-Länder hat, finden wir wieder, dass sich die Menschen in diesem Land am wahrscheinlichsten nur als Europäer betrachten. In all den anderen Ländern teilen weniger als 10% der Bevölkerung dieses Gefühl. Wenn wir die Menschen, die sich nur zum Teil als Europäer betrachten miteinschließen, dann sind die Italiener mit 74% an erster Stelle, gefolgt von Spanien (71%), Frankreich (69%) und Luxemburg (68%). Die anderen 5 Länder, wo sich die Menschen, die sich als Europäer betrachten, die Mehrheit bilden, sind die Niederlande (61%), Belgien (58%), Portugal (53%), Dänemark (52%) und Deutschland (51%). In den anderen 6 Ländern bilden die Menschen, die sich nur mit ihrer eigenen Nationalität identifizieren, die Mehrheit, obwohl diese Mehrheit in einigen dieser Länder sehr gering ist. Die nationale Identität ist mit Sicherheit das überwiegende Gefühl im Vereinigten Königreich (64%) und Schweden (60%).

Wir wissen aus Tendenzanalysen, dass die Entwicklung, sich als Europäer zu fühlen, sehr konstant ist, so dass es normalerweise keine großen Änderungen von einer Untersuchung zur anderen gibt. Ausnahmsweise finden wir dieses Mal solche bedeutenden Änderungen. Zum Beispiel in Frankreich und Dänemark ist der Anteil derer, die sich nur mit ihrer Nationalität identifizieren, um 12 und 10 Prozente gefallen, während es in Luxemburg einen Wandel in Richtung der nationalen Identität gibt. Wie üblich gibt es keinen bedeutenden Wechsel in der Anzahl derer, die sich als Europäer betrachten, außer in Luxemburg (-10). (Tabelle 6.3a)

Die demographische Analyse zeigt, dass Manager und die, die das Bildungssystem im Alter von 20 Jahren oder älter verließen, sich am wahrscheinlichsten als Europäer betrachten (beide mit 75%). Menschen, die sich im Ruhestand befinden (54%) und die, die Schule, bevor sie 15 Jahre alt waren, verlassen haben (53%), identifizieren sich am meisten mit ihrer eigenen Nationalität.

Die Einstellungsanalysen zeigen, dass 76% der Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes als gut empfinden, sich zumindest zum Teil als Europäer betrachten. Auf der andere Seite finden wir, dass 69% derer, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen, sich mit ihrer eigenen Nationalität identifizieren. (Tabelle 6.3b)

In einer verwandten Sache liegt der Nationalstolz zwischen 66% in Deutschland und 98% in Irland. (Tabelle 6.4)



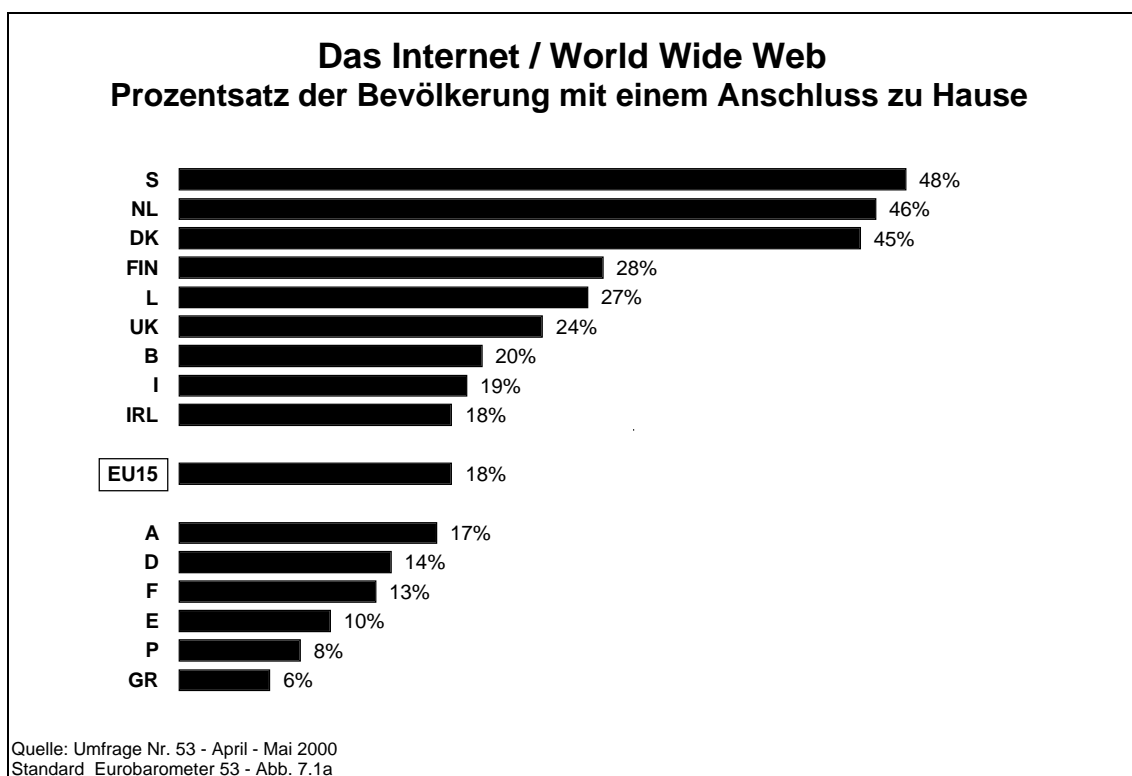
7. Andere Dimensionen der Europäischen Union

In diesem Kapitel schauen wir kurz auf eine Reihe von Bereichen, die vom Eurobarometer im Frühjahr 2000 behandelt wurden auf Anfrage anderer Dienste oder des Generaldirektorats der Europäischen Kommission. Die Ergebnisse vieler dieser Fragen werden ausführlicher in speziellen Eurobarometer-Berichten behandelt³².

7.1. Das Internet

In den letzten Jahren ist das Internet weltweit ein "Haushalts-Phänomen" geworden. Während der Zugang zum Internet vor nicht sehr langer Zeit nur wissenschaftlichen Institutionen vorbehalten war, ist das Internet heutzutage öffentlich zugänglich und man kann schon fast alles über das Internet kaufen. E-Commerce ist momentan eines der am schnellsten wachsenden Geschäftsbereiche. Wegen der wachsenden Wichtigkeit des Internets hat das Eurobarometer das Ausmaß, in dem EU-Haushalte ans Internet angeschlossen sind, gemessen³³.

Wie das folgende Schaubild zeigt, ist die Anschlussrate in den nordischen Ländern viel höher als in Süd-Europa. Diese liegt zwischen 6% in Griechenland und 48% in Schweden. Dänemark und die Niederlande sind die einzigen zwei anderen Länder, in denen mehr als 4 von 10 Haushalten ans Internet angeschlossen sind³⁴.

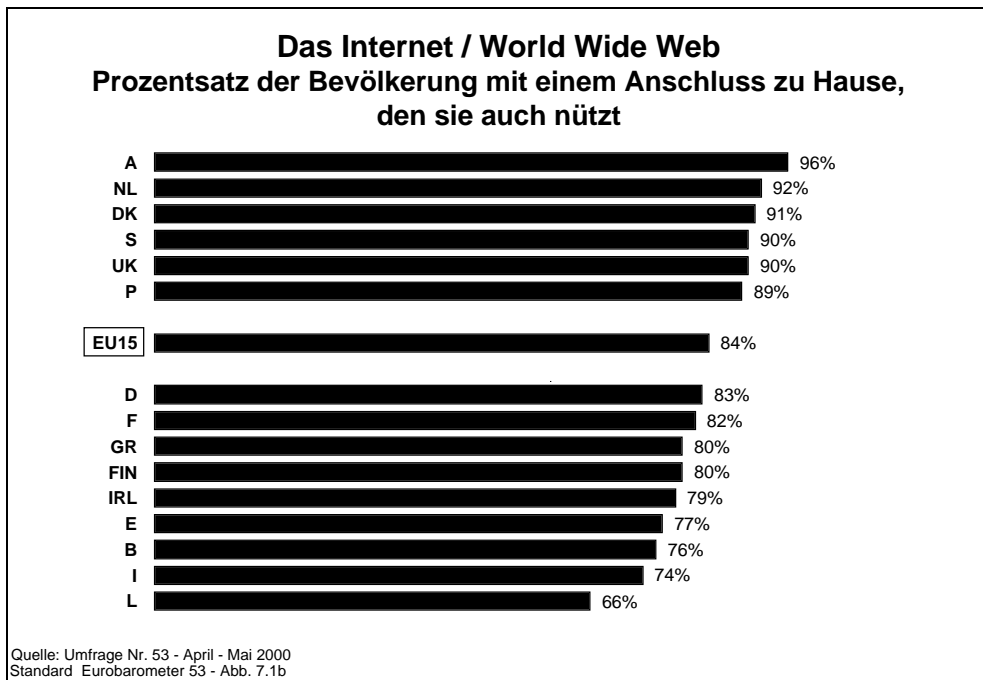


Die Studie misst auch, in welchem Ausmaß die Menschen, die einen Anschluss zu Hause haben, auch von diesem Gebrauch machen. Die Ergebnisse sind verblüffend. Die Nutzung zu Hause reicht von 66% in Luxemburg bis zu 96% in Österreich. Es gibt noch 4 andere Staaten, in denen mindestens 9 von 10 Personen, die einem Anschluss haben, das Internet auch benutzen und in 13 von 15 Mitgliedstaaten ist dies für 3 von 4 Personen der Fall. (Tabelle 7.1)

³² Siehe Anhang D für mehr Informationen über spezielle Eurobarometer-Umfragen und -Berichte.

³³ Die Frage misst genau das Ausmaß der Internet-Anschlüsse der Befragten zuhause.

³⁴ Während Internet-Anschlüsse zuhause noch sehr gering sind, haben viele Menschen in der Arbeit Zugang zum Internet. Es gibt auch viele öffentliche Einrichtungen, wie Straßentelephone und Kaffees, wo man Zugang zum Internet hat.



Ein Blick darauf, wie die Menschen ihren Anschluss ans Internet benutzen, zeigt, dass 69% der Befragten³⁵ in den letzten drei Monaten e-mails an ihre Familie, Freunde oder Kollegen abgeschickt haben. Die weiteren populärsten Nutzungsweisen sind, nach Dokumenten und Bildungsmaterialien oder nach Informationen über ein bestimmtes Produkt zu suchen (beide 47%).



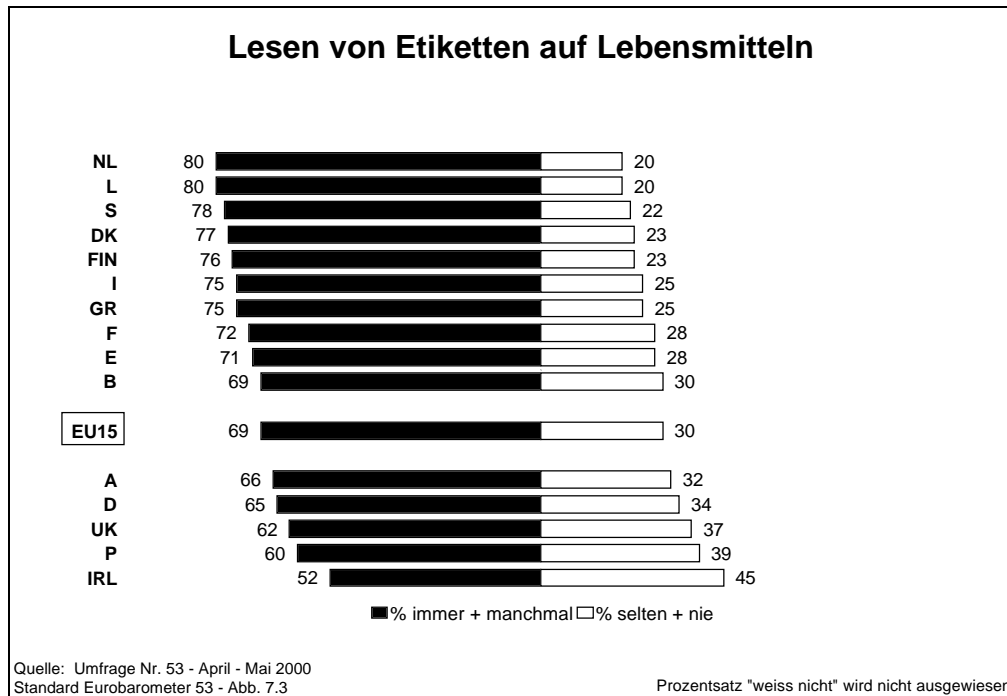
³⁵ Diese Frage wurde den Leuten gestellt, die einen Internet-Anschluss zuhause haben und diesen auch benutzen.

Die folgende Tabelle enthält die 3 populärsten online-Aktivitäten unter den Internetbenutzern von zu Hause in jedem der Mitgliedstaaten. Wie man sehen kann, ist **e-mail** die häufigste Nutzung in allen Ländern, außer Griechenland, wo die Suche nach Informationen über Sport und Freizeitbeschäftigungen die häufigste Nutzung ist und wo e-mail den dritten Platz mit **Computerspielen** teilt. Der Anteil der Befragten, die nach **Bildungsmaterialien und Dokumenten** in den letzten drei Monaten gesucht haben, liegt zwischen 33% in Italien und 58% in Spanien. Diese Beschäftigung befindet sich auf den ersten 3 Plätzen in 12 von den 15 Mitgliedstaaten. Der Anteil der Befragten, die nach **Informationen über ein bestimmtes Produkt** gesucht haben, liegt zwischen 38% in Spanien und 58% in Finnland. Diese Aktivität befindet sich auf den ersten 3 Plätzen in 10 Ländern. Außer in Griechenland befindet sich die Suche nach **Informationen über Sport- und Freizeitbeschäftigungen** unter den ersten drei Aktivitäten in 4 anderen Länder. Das **“Runterladen” von kostenloser Software** ist eine der drei populärsten Beschäftigungen in den Niederlanden, Deutschland, Luxemburg und Österreich. Die Befragten aus Finnland benutzen ihren Internet-Anschluss sehr oft, um **Operationen über ihr Bankkonto durchzuführen** (64%) und es ist das einzige Land, wo sich diese Beschäftigung unter den ersten 3 Plätzen befindet. (siehe auch Tabelle 7.2)

DIE DREI HÄUFIGSTEN ON-LINE AKTIVITÄTEN IN DEN EINZELNEN MITGLIEDSTAATEN (IN %)			
Belgien		Luxemburg	
E-mail	58	E-mail	70
Bildungsuntersuchung	54	Bildungs-/Produktuntersuchung	43
Freizeituntersuchung	46	Unentgeltliche Software	41
Dänemark		Die Niederlande	
E-mail	86	E-mail	63
Produktuntersuchung	54	Unentgeltliche Software	57
Bildungsuntersuchung	47	Untersuchung nach Produkten	46
Deutschland		Österreich	
E-mail	73	E-mail	56
Produktuntersuchung	53	Unentgeltliche Software	41
Bildungsuntersuchung / unentgeltliche Software	51	Bildungs-/Produktuntersuchung	39
Griechenland		Portugal	
Freizeituntersuchung	63	E-mail	49
Bildungsuntersuchung	55	Bildungsuntersuchung	45
E-mail/Computer Spiele	54	Produktuntersuchung/Nachrichten	39
Spanien		Finnland	
E-mail	71	E-mail	80
Bildungsuntersuchung	58	finanzielle Abschlüsse	64
Freizeituntersuchung	50	Produktuntersuchung	58
Frankreich		Schweden	
E-mail	59	E-mail	79
Bildungsuntersuchung	43	Produktuntersuchung	49
Freizeituntersuchung	42	Bildungsuntersuchung	44
Irland		Das Vereinigte Königreich	
E-mail	71	E-mail	75
Bildungsuntersuchung	56	Bildungsuntersuchung	56
Produktuntersuchung	45	Produktuntersuchung	52
Italien			
E-mail	63		
Freizeituntersuchung	48		
Produktuntersuchung	40		

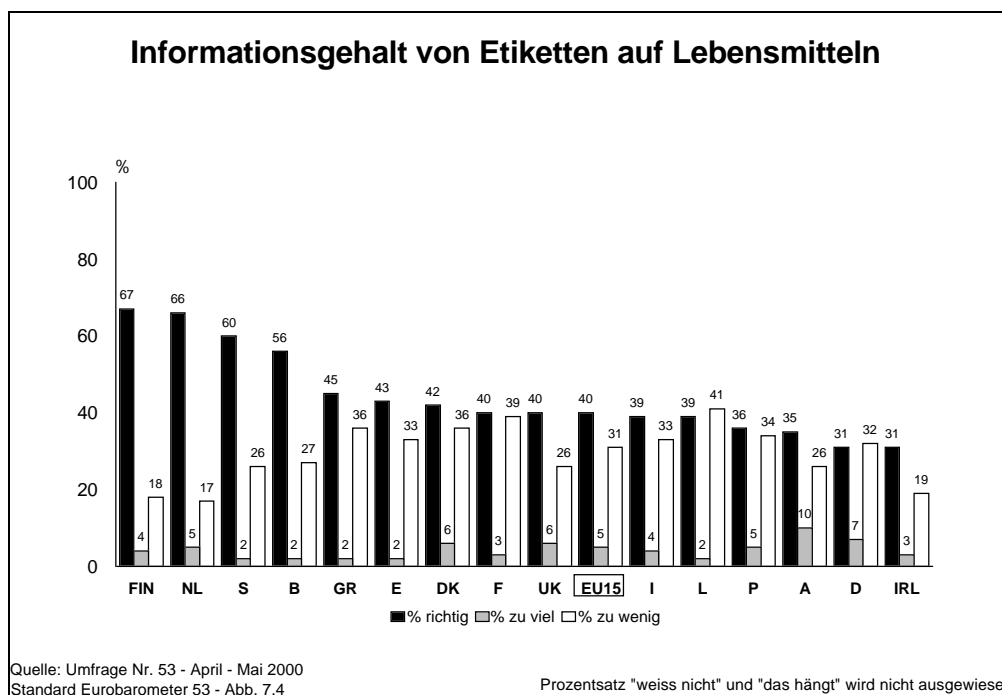
7.2. Etiketten auf Lebensmitteln

Um jetzt zu einem ganz anderen, aber genau so wichtigem Thema zu kommen, hat die Untersuchung die Befragten eine Reihe von Fragen über Etiketten auf Lebensmitteln gestellt. Das folgende Schaubild zeigt, dass im Durchschnitt 7 von 10 Personen Etiketten immer oder gelegentlich lesen.



Die Länder-Analyse zeigt, dass Menschen in den Niederlanden und Luxemburg am öftesten die Etiketten lesen (80%), mit drei Vierteln der Befragten in Schweden, Dänemark, Finnland, Italien und Griechenland, die das selbe tun. 45% der Menschen in Irland sagen, dass sie die Etiketten auf Lebensmitteln selten oder sogar niemals lesen. (Tabelle 7.3)

Die Untersuchung fragte auch, wie viel Informationen diese Etiketten nach der Meinung der Befragten liefern. 4 von 10 Personen sagten, dass sie das richtige Ausmaß an Informationen liefern, während 31% der Meinung sind, sie würden nicht genügend Informationen enthalten. Nur 5 Befragte von 100 sagten, die Etiketten würden zu viele Informationen enthalten.

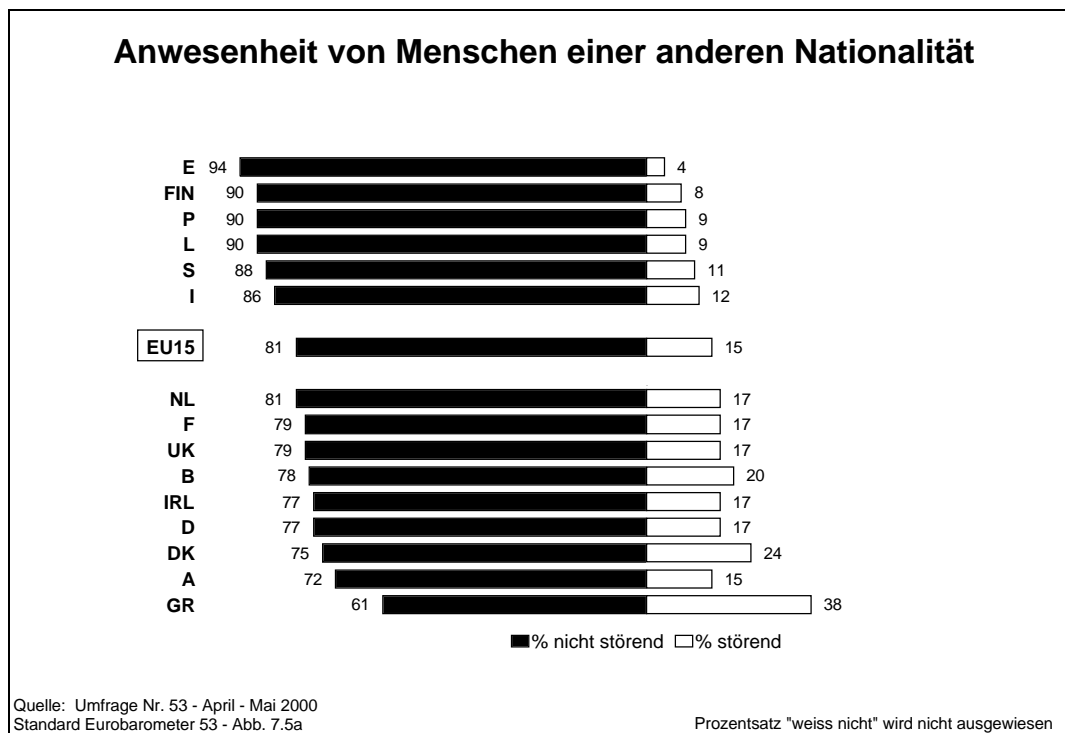


Bei Betrachtung der Ergebnisse für jedes Land sehen wir, dass mehr als die Hälfte der Öffentlichkeit in Finnland (67%), der Niederlande (66%), Schweden (60%) und Belgien (56%) der Meinung ist, dass Lebensmittel-Etiketten genug Informationen über das Produkt liefern und in den meisten anderen Ländern wird diese Meinung geteilt. Ausnahmefälle sind Luxemburg (41%) und Deutschland (32%), wo die Menschen, die der Ansicht sind, dass die Etiketten zu wenig Informationen enthalten, eine geringe Mehrheit bilden. Frankreich (39%), Griechenland, Dänemark (beide mit 36%), Portugal (34%), Spanien und Italien (beide mit 33%) sind die anderen Länder, wo mehr als ein Drittel der Bevölkerung empfindet, dass die Informationen, die die Etiketten liefern, zu gering sind. (Tabelle 7.4)

7.3. Einstellung zu Menschen mit anderer Nationalität, Rasse oder Religion

Wir beenden dieses Kapitel mit den Ergebnissen einer Reihe von Fragen, die eigentlich eine Messung der Xenophobie und des Rassismus sind. Die Befragten wurden danach gefragt, ob sie persönlich die Anwesenheit von Menschen einer anderen Nationalität, Rasse oder Religion als störend empfinden.

Zuerst ein Blick auf die Ergebnisse der Menschen betreffend einer anderen Nationalität. Dabei finden wir, dass 8 von 10 EU-Bürgern diese nicht als störend empfinden. Jedoch 15% geben zu, ein Problem mit der Anwesenheit von Menschen einer anderen Nationalität zu haben.

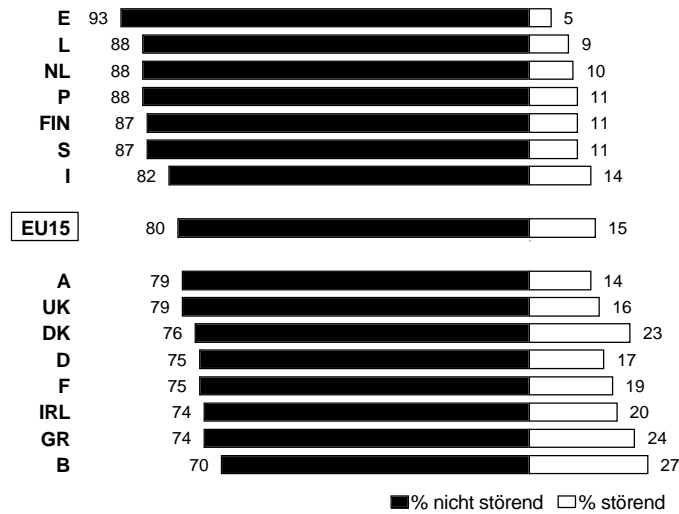


Menschen in Spanien (94%) haben am wenigsten ein Problem mit Ausländern, mit 9 von 10 Personen in Finnland, Luxemburg und Portugal, für die die Anwesenheit von Menschen einer anderen Nationalität kein Problem darstellt. Menschen in Griechenland teilen diese Meinung am wenigsten und 38% geben zu, sich in Anwesenheit von Ausländern nicht wohl zu fühlen. Dänemark (24%) und Belgien (20%) sind die anderen 2 Länder, in denen mehr als 2 von 10 Personen zugeben, dieses als Problem zu empfinden. (Tabelle 7.5a)

Als nächstes schauen wir, wie die Öffentlichkeit über die Anwesenheit von Personen einer anderen Rasse denkt und sehen, dass sich die Ergebnisse sehr ähneln, mit 8 von 10 EU-Bürgern, die dies als nicht störend empfinden und 15% die zugeben, ein Problem damit zu haben.

Wieder mal entdecken wir, dass Menschen aus Spanien (93%) am wenigsten ein Problem damit haben, mit mehr als 8 von 10 Personen in Luxemburg, den Niederlanden, Portugal, Schweden, Finnland und Italien, die auch dieser Meinung sind. Menschen in Belgien empfinden es am meisten als problematisch, in der Anwesenheit einer Person anderer Rasse zu sein (27%), gefolgt von Bürgern aus Griechenland (24%), Dänemark (23%) und Irland (20%). In den anderen Ländern empfinden weniger als 2 von 10 Personen dies als störend. (Tabelle 7.5b)

Anwesenheit von Menschen einer anderen Rasse

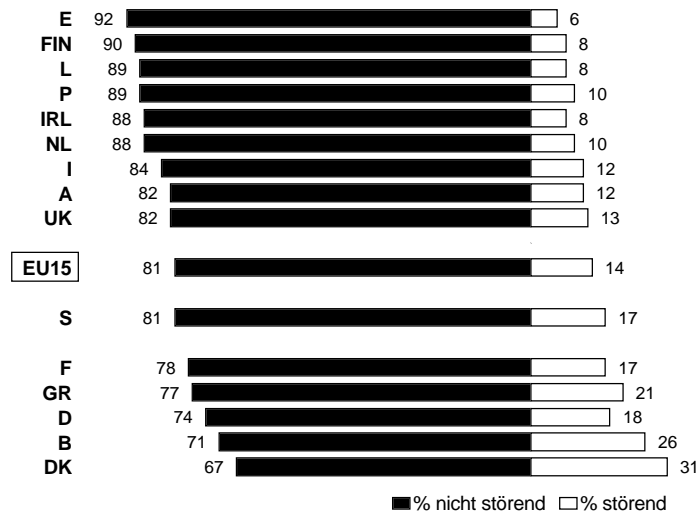


Quelle: Umfrage Nr. 53 - April - Mai 2000
Standard Eurobarometer 53 - Abb. 7.5b

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Wenn es um die Anwesenheit von Menschen einer anderen Religion geht, sind die Ergebnisse wieder fast identisch, mit 8 von 10 Personen, die damit kein Problem haben und 14% der Befragten, die sagen, sie empfinden es als störend.

Anwesenheit von Menschen einer anderen Religion



Quelle: Umfrage Nr. 53 - April - Mai 2000
Standard Eurobarometer 53 - Abb. 7.5c

Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Die Ergebnisse für jedes Land zeigen, dass zirka 9 von 10 Personen in Spanien, Finnland, Luxemburg, Portugal, Irland und den Niederlanden die Anwesenheit von Menschen einer anderen Religion nicht als störend empfinden. Menschen in Dänemark sind am wenigsten dieser Meinung, mit 31% der Befragten, die dies besagen. Belgien und Griechenland sind die einzigen 2 anderen Länder, wo mehr als 2 von 10 Personen mit der Anwesenheit einer Person, die einer anderen Religion angehört, ein Problem haben. (Tabelle 7.5.c)